Dienstag, 9. August 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 183 - 32.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 100,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Dollar erreicht 2,70 DM: Die amerikanische Währung hat an der Frankfurter Devisenbörse ihren Höhenflug fortgesetzt. Die Mark blieb aufgrund abfließender Devisenreserven fremder Notenbanken aus der Mark in den Dollar auch gegen Yen, Schweizer Franken und Pfund schwach. Nach Überschreiten der 2,70-DM-Grenze am Vormittag stellte sich der Dollar auf 2,6994 Mark.

Shultz zu Siedlungen: Der US-Außenminister hat dem israelischen Grundsatz zugestimmt, daß Juden im Westjordanland leben können, sich aber nach Abschluß der Verhandlungen der künftigen Hoheitsgewalt unterwerfen müssen. In Israel wurde diese Haltung gestern begrüßt. Außenminister Shamir: „Anerkennung unseres Anrechts."

Trauer in Baalbek: Nach dem Bombenanschlag – 35 Tote, 133 Verletzte – blieben Geschäfte, Schulen und Behörden einen Tag geschlossen. – US-Sonderbotschafter McFarlane nach fruchtlosem Vermittlungsversuch in Syrien nach Saudi-Arabien.

US-Prinzipien für Mittelamerika: Förderung der Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung, regionale Verhandlungslösungen und Schaffung eines „Schutzschildes" sind die vier Anliegen der Mittelamerikapolitik Washingtons, erklärt Außenminister Shultz.

Cheysson dementiert: Frankreichs Außenminister hat Aussagen seines US-Kollegen Shultz dementiert, daß Washington „enge Konsultationen" mit Paris über den Tschad-Konflikt führe. Frankreich schließt nach wie vor direkte Truppenhilfe im Tschad aus.

Neues Cruise-Missile? In den USA wird nach einem Bericht der „Los Angeles Times" an einer zweiten Generation von Marschflugkörpern gearbeitet, mit vierfacher Reichweite und Radar-Abwehrsystemen.

USA gegen C-Waffen: Washington soll der Sowjetunion einen neuen Vorschlag zur Vernichtung der Nervengas-Kampfmittel auf beiden Seiten gemacht haben.

Lockerung in Sri Lanka: Der wegen Rassen-Unruhen verhängte Ausnahmezustand ist in 15 von 24 *Regierungsbezirken aufgehoben* worden.

Blockade beendet: Rund 1000 ausländische und italienische „Pazifisten" haben die Blockade des NATO-Stützpunktes Comiso auf Sizilien beendet. Dort sollen Cruise-Missiles stationiert werden, falls es zur Nachrüstung kommt. – Vor dem Strategischen Luftwaffen-Kommando der USA in Omaha sind 189 Demonstranten festgenommen worden.

Heute: Bundesaußenminister Genscher in Rumänien. – Japans Außenminister besucht Bagdad. – Endergebnis der nigerianischen Wahl erwartet.

ZITAT DES TAGES



» Überall nur Ansprüche, und dann wundern sich die Leute, daß diese nicht alle finanziert werden können. «

Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt beim 73. Bergedorfer Gesprächskreis.
FOTO: WOLFGANG MORELL

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Sparkassenverband erwartet Fast-Verdoppelung des Leistungsbilanz-Überschusses auf 16 Milliarden DM und Verbraucherpreisanstieg für 1983 unter drei Prozent.

Benzinpreis: BP erhöht noch einmal um drei Pfennig für Diesel und Benzin wegen Dollar-Anstiegs.

Spielwaren: Rückgang von 1982 überwunden, Umsatzanstieg um vier Prozent im ersten Halbjahr; elektronische Spiele plus 25 Prozent, konventionelle minus 20.

Großbanken: Rekordgewinne melden Deutsche Bank (Teilbetriebsergebnis von 1,04 Milliarden DM, plus 15,5 Prozent), Dresdner Bank (570 Millionen, plus 45,5 Prozent), Commerzbank (468 Millionen, plus 130 Prozent).

Zigaretten: Verkaufszuwachs im zweiten Quartal um 15,5 Prozent auf 6,3 Milliarden DM gegen Vorjahresniveau trotz Preis- und Steuererhöhungen; Tabaksteuer 12,21 Milliarden DM 1982.

Börse: Zu teilweise zweistelligen Verlusten kam es an der deutschen Aktienbörse. WELT-Aktien-index 140,3 (142,8). Auch der Rentenmarkt war schwach. Dollar-Mittelkurs 2,6994 (2,6875) Mark. Goldpreis je Feinunze 408,50 (409,75) Dollar.

KULTUR

Festspiele: Triumph für Riccardo Muti mit den Wiener Philharmonikern in Salzburg mit Stücken von Schubert und Rossini.

Bildungsausgaben: Bund und Länder haben 1982 zusammen 81,8 Milliarden DM für die Bildung ausgegeben, 1,5 Prozent mehr als 1981. 83,8 Milliarden sollen es 1983 werden.

Forschung: Koalitionsabgeordnete fordern, die Forschung über die Anwendung neuer Technologien in der Privatindustrie zu fördern.

SPORT

Leichtathletik: Bei der Weltmeisterschaft in Helsinki erreichten alle drei 400-m-Läufer aus der Bundesrepublik das Halbfinale. Hartmut Weber, einer der Favoriten, lief mit 45,90 Sekunden die zweitbeste Zeit.

Motorsport: Niki Lauda, Fünfter beim Großen Preis von Deutschland der Formel-1-Fahrer, ist nachträglich disqualifiziert worden. Er hatte beim Auftanken seines McLaren eine Boxenmarkierung überfahren.

AUS ALLER WELT

Anschläge: Durch drei Bombenanschläge auf einen Zulieferbetrieb des Atomkraftwerks Golfech (Südwestfrankreich) wurden 230 Menschen arbeitslos.

Geisterfahrer: Pläne des Bundesjustizministeriums bestätigt, Falschfahrern bis zu zwei Jahre, bei Vorsatz bis zu fünf Jahre Freiheitsstrafe anzudrohen.

Wetter: Das Azorenhoch reicht bis Skandinavien; es bringt Warmluft und heiteres Wetter mit Temperaturen von 25 bis 30 Grad.

Außerdem heute in der WELT:

Der Dollarkurs steigt weiter. Aktienbörse: Starke Verluste

Prime Rate in USA jetzt bei elf Prozent / Zinsanstieg auch bei uns

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Der Dollar hat gestern seinen Höhenflug fortgesetzt. Bei anfangs sehr hektischem Geschäft stieg der Kurs zeitweilig bis auf 2,7025 DM. Später ging es etwas ruhiger zu am Devisenmarkt, und der amtliche Kurs wurde in Frankfurt mit 2,6994 nach 2,6875 DM am Freitag notiert. An der Börse verkaufte die Bundesbank 76 Millionen Dollar.

Trotz des weiteren Kursanstiegs – so hoch wie gestern lag die Dollar-Notierung seit neuneinhalb Jahren nicht mehr – hat die Bundesbank außerbörslich bis zum Mittag nach Beobachtungen von Devisenhändlern nicht in den Markt eingegriffen. Man führt dies auf eine gewisse Verärgerung der Bundesbank über die amerikanischen Währungsbehörden zurück, die am Donnerstag just in dem Moment nicht mit Interventionen Flagge gezeigt hatten, in dem der Devisenmarkt offensichtlich die Ernsthaftigkeit der amerikanischen Interventionspolitik testen wollte.

Hinter dem Kursanstieg des Dollars stand weiterhin die Erwartung anziehender Zinsen in den USA. Man rechnet jetzt damit, daß die Banken die Prime Rate, den Basiszins für Kredite an erste Adressen, von 10,5 auf elf Prozent heraufsetzen. Als erste Großbank vollzog gestern bereits die Citibank diesen Schritt.

Inzwischen hat sich auch der Zinsanstieg in der Bundesrepublik Deutschland beschleunigt, vor allem am Euromarkt. Die Sitzung des Zentralbankrates am Donnerstag wirft ihre Schatten voraus. Man erwartet, daß die Bundesbank die Liquidität, die durch Dollarverkäufe und das zurückgezahlte Wertpapierpensionsgeschäft absorbiert worden ist, nur zu höheren Zinssätzen als bisher zur Verfügung stellt. Daraufhin kam es gestern an der Aktienbörse zu starken Kursverlusten bis zu fünf Mark und nicht selten sogar bis zu zehn Mark. Auch der Rentenmarkt war schwach; das Angebot überwog eindeutig die Nachfrage.

*

DW. **Washington/Bonn**

In den USA wird das Zinsniveau nach Ansicht des amerikanischen Handelsministers Malcolm Baldrige weiter hoch bleiben. Damit werde sich trotz des hohen amerikanischen Außenhandelsdefizits der Höhenflug des Dollar fortsetzen. In einem Interview mit der Zeitschrift „U. S. News and World Report" sagte der Minister, für 1984 müsse mit einem Anstieg des Defizits auf 100 Milliarden Dollar gerechnet werden, wenn der Dollarwert nicht zurückgehe. 1982 hatte das Minus in der US-Leistungsbilanz 11,2 Milliarden Dollar betragen. Für 1983 hält Baldrige einen Fehlbetrag von 30 Milliarden Dollar für möglich. Baldrige sagte, der normale Korrekturprozeß funktioniere nicht, weil die hohen Zinsen verhinderten, daß der Dollar an Wert verliere und damit eine Verringerung des Außenhandelsdefizits erreicht werde.

Nach Ansicht des US-Ministers gibt es zur Zeit kein anderes Land, in dem die realen Zinssätze so hoch sind wie in den USA. Baldrige widersprach mit dieser Äußerung einer Erklärung von US-Präsident Ronald Reagan. Dieser hatte am Wochenende in einer Radioansprache gesagt, andere Länder hätten teilweise höhere Zinsen als die USA.

DER KOMMENTAR

Mark unter Druck

CLAUS DERTINGER

Die Deutsche Mark präsentiert sich derzeit in ungewohnter Rolle als ausgesprochener Schwächling an den internationalen Devisenmärkten. Sie verliert nicht nur gegenüber dem weltweit steigenden Dollar kontinuierlich an Terrain, sondern auch, wenngleich nicht so ausgeprägt, gegenüber dem Schweizer Franken, dem japanischen Yen und dem Pfund. Und im Europäischen Währungssystem (EWS) trägt die Mark die „rote Laterne".

Verständlich ist es noch, warum der Dollar immer teurer wird. Die hohen Zinsen in den USA machen ihn zur weltweit begehrten Anlagewährung. Aber warum steigt er bei *uns stärker als in ande*ren Ländern? Dafür gibt es einen simplen Grund, der überhaupt nichts mit internationalem Mißtrauen in die Bundesrepublik Deutschland oder in die Mark zu tun hat.

Die Deutsche Mark spielt nämlich nach dem Dollar die wichtigste Rolle als Währung, in der Notenbanken ihre Währungsreserven halten. Daher wandert jetzt aus Deutschland mehr Geld in die amerikanischen Hochzinsgefilde als aus anderen Ländern, und zwar vor allem saudisches. Darum polarisieren sich die zinsbedingten Spannungen an den Finanzmärkten vor allem auf den Kurs des Dollars zur Deutschen Mark, die damit stärker unter Druck gerät als andere Währungen. Das ist die zusätzliche Last, welche die Mark als Reservewährung tragen muß. Bei freiem Kapitalverkehr, dem die Bundesrepublik Deutschland ihren Wohlstand mit verdankt, ist das nicht zu ändern.

Noch etwas anderes kommt hinzu. In keiner anderen großen Währung sind Kredite so billig und ohne administrative Beschränkungen zu haben wie in unserer. Das reizt Ausländer, sich in Mark zu verschulden und sie anschließend in hochverzinsliche Dollars umzutauschen. Auch das drückt auf den Wechselkurs der Mark.

Das erklärt allerdings nur zum Teil, warum die Mark auch im EWS das Schlußlicht ist. Dies wiederum liegt mit daran, daß der Aufwertungssatz, der Paris bei der Bereinigung der Wechselkurse im März aus politischen Gründen zugestanden worden war, eher zu hoch als zu niedrig war. Solange die Mark in diesen Kurs nicht voll „hineingewachsen" ist, fehlt ihr die Aufwertungsphantasie, die sie im EWS stärken könnte.

USA sehen Erfolge in Mittelamerika

Warnende Worte aus Kuba / Kürzt Bonn Entwicklungshilfe für Nicaragua?

DW. **Washington**

In der Mittelamerika-Politik Washingtons stellen sich nach Ansicht von US-Außenminister Shultz erste Erfolge ein. In einem Fernseh-Interview nannte Shultz die vier Stoßrichtungen amerikanischer Politik in dieser Region: die Förderung von Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung, direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien sowie die Schaffung eines „Schutzschildes". „Es gibt Hinweise, daß diese Politik einige Resultate zu zeigen beginnt", sagte der Außenminister.

Er sei „froh" über die jüngsten Erklärungen von Verhandlungsbereitschaft in Kuba und Nicaragua, fügte Shultz hinzu. Auf die Frage, ob die USA die regierungsfeindliche Guerrilla in Nicaragua unterstützten, erwiderte er: „In Anbetracht der Meinung, die wir von der nicaraguanischen Regierung haben, können wir uns kaum von den Zielen der Rebellen abwenden." Obwohl die USA die Sandinisten-Regierung nicht stürzen wollten, sei die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß die Rechtsrebellen ihr Ziel erreichen. Falls die Unzufriedenheit in dem Land derart anwachse, daß sich die Menschen gegen die Regierung erhöben, sei das Sache des Regimes in Managua.

Der Regierungschef Nicaraguas, Daniel Ortega, hat die USA beschuldigt, sie wollten „am Rande des Krieges verhandeln". In einer Rede in Managua sagte er, seine Regierung hoffe noch immer auf eine Verhandlungslösung für die Region. Die Option der „militärischen Aggression" mache jedoch schnellere Fortschritte.

Ortega forderte die Reagan-Regierung auf, an die Erfahrungen der Vergangenheit zu denken, als die amerikanische Armee sich „bewaffneten Völkern" gegenübergesehen habe. An diesen Beispielen müsse sie begreifen, „daß sie auf diese Art nichts erreichen könne".

Ähnliche Töne schlug auch Kubas Staatschef Fidel Castro an, der erklärte, sein land und Nicaragua würden sich „niemals einer Politik der Stärke" beugen, wie sie derzeit von den USA mit Großmanövern in Mittelamerika praktiziert werde. Vor Journalisten in Havana lehnte Castro Vereinbarungen mit den USA über den Abzug kubanischer Militärberater oder Truppen aus Drittländern ab.

In Honduras trafen gestern die ersten von insgesamt 5600 amerikanischen Soldaten ein, die zusammen mit 6000 honduranischen Soldaten an den größten militärischen Übungen teilnehmen, die je in Mittelamerika stattgefunden haben. An den Manövern sind 19 US-Kriegsschiffe mit insgesamt 16 000 Mann Besatzung beteiligt.

*

AP, **Bonn**

Die Bundesregierung erwägt offenbar, die Hilfe für Nicaragua einzuschränken. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke (CSU), erklärte in einem Interview der Zeitschrift „Europa": „Die Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua setzt ein Mindestmaß an politischem Pluralismus, an Handlungsspielraum für die Privatwirtschaft und an echter Blockfreiheit voraus." Die politische Entwicklung in dem Lande stelle diese Voraussetzungen allerdings zunehmend in Frage.

Paris: Keine Flugzeuge für Tschad

Enge Konsultationen USA–Frankreich / Libyscher Pilot bestätigt Intervention

rtr/AP, **Paris/Washington**

Frankreich will nach den Worten seines Verteidigungsministers Charles Hernu an seiner Weigerung festhalten, den Regierungstruppen Präsident Hissne Habres in der umkämpften zentralafrikanischen Republik Tschad direkte Luftunterstützung durch Entsendung von Flugzeugen zu gewähren. Zu dieser Entscheidung der französischen Regierung erklärte US-Außenminister George Shultz in einem Interview mit der US-Fernsehgesellschaft NBC, es sei Sache Frankreichs, über seine Handlungen zu entscheiden. Die Regierung in Washington stehe in „engen Konsultationen" mit Paris. Die USA seien wegen der Hilfe Libyens für die Truppen des Rebellenführers Gukuni Weddeyes beunruhigt. Washington verfüge auch über „Beweise für die Anwesenheit libyscher Truppen" in Tschad, sagte Shultz.

In einem in der „Washington Post" veröffentlichten Interview wies aber ein hoher Beamter des Pentagon darauf hin, die Entsendung von Awacs-Flugzeugen sei beschlossen worden, um Paris von der „Entschlossenheit der USA zu überzeugen, sich der Aggression Libyens zu widersetzen". Der Vorsitzende des Streitkräfte-Ausschusses des Senats, John Tower, betonte, daß Tschad „für die Interessen der Vereinigten Staaten von lebenswichtiger Bedeutung" sei. Die USA seien, laut Tower, in Tschad „nicht in einem weiteren Bürgerkrieg Partei, sondern widersetzen sich Oberst Khadhafi".

Die Regierung Tschads hat gestern in der Hauptstadt N'Djamena einen libyschen Piloten vorgeführt, dessen Flugzeug die Regierungstruppen am Samstag über der heftig umkämpften Oasenstadt Faya Largeau abgeschossen hatten. Vor 50 meist ausländischen Journalisten gab sich der Pilot einer Maschine vom sowjetischen Typ SU-22 als libyscher Major Abdel Salam Mohammed Tscharfadin zu erkennen. Er bestätigte, daß Libyen den Truppen des gegen Habre kämpfenden ehemaligen Präsidenten Weddeye militärische Hilfestellung leiste.

Der Pilot gab an, seine Maschine habe zu einer Gruppe von 16 unter libyschem Befehl stehenden Flugzeugen im Ausu-Streifen an der tschadisch-libyschen Grenze gehört. Libyen plane nach seinem Wissen auch weitere Luftangriffe auf Faya Largeau, erklärte der Pilot.

Libyen hat bisher jede militärische Verwicklung in die Kämpfe in Tschad kategorisch abgestritten. In einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur Jana hieß es, daß Libyen eine Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gefordert habe, um die Verantwortlichkeiten für die Ereignisse in Tschad klarstellen zu können.

Der inzwischen vom Schauplatz der Kämpfe wieder in die Hauptstadt N'Djamena zurückgekehrte Staatspräsident Habre hat in den vergangenen Tagen mehrfach vergeblich an Frankreich appelliert, mit seiner Luftwaffe direkt zugunsten der Regierungstruppen in Tschad zu intervenieren. Westliche Kreise berichteten gestern, daß vier in Libreville in Gabun stationierte französische Kampfflugzeuge vom Typ „Jaguar" nicht zu ihrem Stützpunkt zurückgekehrt seien, nachdem sie diesen am Samstag verlassen hätten.

Ansturm auf Paßbehörde in Warschau

Reisevorschriften gelockert, aber bürokratische Hürden bestehen weiter

AP, **Warschau**

Vor dem Gebäude der Warschauer Paßbehörde stehen die Menschen wieder Schlange. Seit der Lockerung der Reisevorschriften im Zuge der Aufhebung des Kriegsrechts am 22. Juli haben sich erneut Tausende von Polen aus allen Landesteilen an die Vorbereitung zum Besuch von Verwandten oder Freunden in West und Ost gemacht. Doch bis zum Erhalt des erforderlichen Passes ist es ein mühsamer Weg, der durch den plötzlichen Ansturm so vieler Menschen noch erschwert wird. Ohne stundenlanges Anstehen ist das begehrte Dokument nicht zu haben.

Schon früher – unter Edward Giereks Parteiführung – hatte Polen die mit Abstand großzügigsten und liberalsten Reisevorschriften aller Ostblockländer. 1979, ein Jahr vor Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität", reisten 634 000 Menschen in den Westen, 1980 waren es 708 000 und bis zur Verhängung des Kriegsrechts Ende 1981 sogar 1,3 Millionen. Diese Zahl sank rapide auf 339 000 1982 und 120 000 in der ersten Hälfte dieses Jahres. Nach den jetzt in Kraft getretenen Erleichterungen wird bis zum Jahresende wiederum mit einem Anstieg auf eine Million gerechnet.

Um in den Westen zu fahren, brauchen Polen die Einladung von Verwandten, Bekannten oder Institutionen, die von der polnischen Botschaft im Reiseland beglaubigt sein muß. Darin müssen die Gastgeber zusichern, daß sie für Unterhalt und eventuell erforderliche medizinische Versorgung des Eingeladenen aufkommen.

Wegen des großen Andrangs hat das polnische Innenministerium nicht nur einige Dutzend Beamte mehr in die Paßbehörde versetzt, sondern auch die Öffnungszeiten bis in die Abendstunden ausgedehnt. Aber eine Reihe bürokratischer Hürden bleibt bestehen. Die Bemühungen um einen Paß werden zum Beispiel durch die Anordnung erschwert, daß für das Abheben vor dem 14. Oktober 1982 eingezahlter Devisen auf polnische Konten eine Sondergenehmigung vorgelegt werden muß. An diesem Tag war die mit Ausrufung des Kriegsrechts verfügte Einfrierung der Devisenkonten aufgehoben worden. Eine weitere Einschränkung ergibt sich dadurch, daß die Banken entgegen früherer Praxis Reisewilligen keine Dollar mehr gegen Zloty verkaufen.

Gemeinsames Manöver Ägypten – USA

dpa, **Kairo**

Aus politischen Gründen hält die Kairoer Regierung noch immer eine Nachrichtensperre über das bisher größte amerikanische Militärmanöver im Nahen Osten (Codename: Bright Star) aufrecht, das morgen gemeinsam mit ägyptischen Truppen beginnen soll.

Vor wenigen Tagen hatten bereits drei große amerikanische Frachter mit Panzern an Bord im Hafen von Alexandria angelegt. Der Transport der Panzer ins Manövergebiet spielte sich weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab. Die ägyptische Regierung hatte die stark befahrene Wüstenstraße von Alexandria nach Kairo aus „technischen Gründen" für jeglichen Verkehr sperren lassen. Ob die internationale Presse und die in Kairo vertretenen Militärattachés wie bei den Bright-Star-Übungen von 1980 und 1981 auch diesmal zur Beobachtung einiger Manöver-Höhepunkte eingeladen werden, erscheint zunehmend fraglich.

Die ägyptische Regierung möchte offenbar möglichst wenig Publizität über die Präsenz von 5500 amerikanischen Soldaten am Nil, um nicht die Kritik von arabischen Nachbarn oder Oppositionskreisen im eigenen Land auf sich zu ziehen. Daher betonte Außenminister Kamal Hassan Ali, mit dem Manöver sei keinweges beabsichtigt, etwa das Nachbarland Libyen einzuschüchtern. Die Übungen seien schon seit langem geplant und schon Wochen vor der Eskalation der Kämpfe in Tschad formell angekündigt worden.

Fatah will Kritik an Syrien beenden

DW. **Kuwait/Manama/Washington**

Die palästinensische Gruppe „Fatah" will nach Angaben eines ihrer Führungsmitglieder die über Rundfunk und Presse verbreitete Kritik an Syrien und an den Rebellen innerhalb der PLO einstellen. In einem Interview der Tageszeitung „Al Watan" sagte der Funktionär Salah Khalaf gestern, man wolle versuchen, die Verhandlungen über eine friedliche Beilegung der Konflikte zwischen Teilen der PLO und Syrien zu erleichtern. Die zur Schlichtung in den innerpalästinensischen und den palästinensisch-syrischen Konflikten gebildete Sonderkommission des Zentralrats der Palästinensischen Befreiungsorganisation wird am Wochenende nach Damaskus reisen.

US-Außenminister George Shultz betonte in einem Interview mit einer amerikanischen Fernsehgesellschaft, daß er dem für Israel wichtigen Grundsatz zustimme, daß Juden das Recht haben, in dem besetzten Gebiet westlich des Jordans zu leben. Sie müßten sich allerdings nach Abschluß der Verhandlungen über das Schicksal dieses Gebiets der dann dafür zuständigen Hoheitsgewalt unterwerfen.

Eine libysche Militärdelegation ist nach Angaben der libyschen Nachrichtenagentur Jana in die Sowjetunion gereist. Der Delegation gehörten unter anderem die Chefs der Luftwaffe, der Luftabwehr, der Seestreitkräfte und der Direktor für Militärindustrie an.

Seite 5: Khomeini führt Regie

Sri Lanka: Ausgangssperre bleibt teilweise bestehen

Eigentum der Tamilen soll verstaatlicht werden

AFP/DW. **Colombo**

Die Ausgangssperre in Sri Lanka, die gestern aufgehoben werden sollte, bleibt nach Angaben offizieller Kreise in neun der 24 Regierungsbezirke bestehen, darunter in der Hauptstadt Colombo. Sie soll von 22 Uhr bis 4 Uhr morgens gelten und den Sicherheitskräften die Suche nach Diebesgut erleichtern.

Die Regierung von Staatschef Junius Jayawardene plant nach offiziellen Angaben außerdem die Einbringung eines Gesetzes, das dem Staat eine Kontrolle über den Besitz der Tamilen einräumt. Bei den Unruhen zerstörtes Tamilen-Eigentum soll in die Kontrolle eines neugeschaffenen „Ministeriums für die Erneuerung von Besitz und Industrie" gebracht werden. Staatsminister Anandatissa de Alvis erklärte über Rundfunk und Fernsehen, die Regierung werde sich möglicherweise „an Unternehmen beteiligen", die bei den Unruhen zerstört und mit Regierungsgeldern wiederaufgebaut werden sollen.

Mit dem neuen Gesetz will die Regierung verhindern, daß sich Unbefugte den Besitz der rund 50 000 vertriebenen Tamilen aneignen. Die Unternehmensbeteiligung ist nach Angaben des Ministers nötig, weil die Regierung hohe finanzielle Hilfen für den Wiederaufbau zerstörter Fabriken gewähren wird. Bei den Unruhen der vergangenen Wochen waren auf der Insel rund 150 000 überwiegend von der singhalesischen Mehrheit eingenommenen Arbeitsplätze von Singhalesen zerstört worden.

Die Partei der Tamilen, die „Tamilische Vereinigte Befreiungsfront" (TULF), hat gestern angekündigt, nicht an der heutigen Parlamentssitzung teilnehmen zu wollen, bei der alle Parlamentarier einen Eid ablegen sollen, mit dem sie sich zur Einheit Sri Lankas bekennen. Die in der vorigen Woche verabschiedete Verfassungsänderung, die in Abwesenheit der Tamilen im Parlament erfolgte, verbietet alle Separatistenparteien in Sri Lanka. Das bedeutet, daß die TULF aus dem Parlament verbannt ist, bis sie ihre Bestrebungen, im Norden der Insel einen eigenen Staat zu gründen, aufgibt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bitte um Partnerschaft

Von Hans Baumann

Nach all den Jahren der Konfliktstrategie, der Agitation gegen jede „Partnerschafts-Ideologie" sehen, ob man es glaubt oder nicht, mindestens die Hälfte aller Bürger den Weg der Vernunft in einer Art Pakt zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Das ergibt sich aus einer Umfrage der Arbeitsgemeinschaft junger Unternehmer der Handelskammern im Ruhrgebiet. Jeder zweite Befragte ist überzeugt davon, daß die hohe Arbeitslosigkeit am besten durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam abgebaut werden kann. Nur rund jeder vierte meint, daß von der Politik entscheidende Anstöße zur Belebung des Arbeitsmarktes kommen könnten.

Und nur ganze 6,5 Prozent der Bürger meinen, daß die Gewerkschaften allein den Schlüssel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in der Hand hielten. 13,9 Prozent der Befragten sind dagegen der Meinung, daß die Unternehmer den wichtigsten Beitrag zu mehr Beschäftigung leisten könnten.

Mit Abstand führt die Ansicht (44,7 Prozent), daß maßvolle Tarifabschlüsse den Arbeitsmarkt beleben könnten. 35,6 Prozent meinen, dieses Ziel durch eine Verkürzung der Arbeitszeit erreichen zu können. Hier sieht die Mehrheit der Befragten den wichtigsten Beitrag der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Hohe Lohnabschlüsse hält lediglich jeder zwanzigste (4,7 Prozent) für einen geeigneten Weg, die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Die Bürger sind sogar zu Opfern bereit, um den Arbeitsmarkt zu beleben. Drei von vier der von den Kammer-Junioren Befragten sind zu finanziellen Einbußen bereit, um ihren Arbeitsplatz zu sichern und nicht arbeitslos zu werden. Nur jeder sechste wollte sich dies nicht zumuten.

Zur Sicherung der Arbeitsplätze empfiehlt die Mehrheit (52 Prozent) eine Lohnpause, also einen befristeten Verzicht auf Lohnerhöhungen. Jeweils ein Viertel sprach sich für Lohnerhöhungen unterhalb der Inflationsrate oder für einen teilweisen oder völligen Verzicht auf Zusatzleistungen aus. Interessant auch: Jeder zweite ist bereit, sich eher selbständig zu machen, womit auch immer, falls er arbeitslos werden sollte, als einfach sein Schicksal hinzunehmen. In alledem steckt gewiß eine Lehre. Nur: Ob sie auch Funktionären zugänglich ist, das bleibt die Frage.

Partei im Museum

Von Dankwart Guratzsch

Was ist das für eine SPD, die dem Parteistrategen Willy Brandt neuerdings vorschwebt? Darüber rätseln viele Genossen nach den dubiosen Andeutungen, mit denen ihr Vorsitzender am Wochenende im hessischen Wahlkampf einer SPD, „wie sie früher war", eine Absage erteilt hat. Von der „neuen Mehrheit links von der CDU" war nicht mehr die Rede, auch nicht vom Zusammengehen mit Grünen, mit Friedens- und Frauenbewegung. Der „Kampf gegen Arbeitslosigkeit, der Schutz des Friedens und der natürlichen Grundlagen unseres Lebens" seien bei der SPD gut aufgehoben, dafür brauche man keine neue Partei, meinte Brandt. Die SPD soll es also wieder allein schaffen.

Der Appell an das Selbstbewußtsein freilich fand bei dem ältlichen Parteivolk, das sich im Freilichtmuseum „Hessenpark" zu dem als „Familienfeier" deklarierten Wahlkampfauftakt zusammengefunden hatte, offene Ohren. Ein anderer Hinweis des Vorsitzenden löste dagegen nur einen einzigen müden Klatscher aus: „Wir wissen, daß der Mensch auch mit Herz und Gefühl ausgestattet ist"; die SPD solle „den Sehnsüchten der Menschen nachspüren, die reichen weiter als materielle Tagesinteressen", hatte Brandt der Partei abverlangt, deren Selbstverständnis einmal im historischen Materialismus wurzelte.

Der Hintersinn dieser Worte hätte manchem aufgehen können, der den Vergleich zum Wahlkampfauftakt vor einem Jahr in Wiesbaden gezogen hätte. Damals hatte die Partei noch internationale Parteiprominenz und fünfzigtausend Besucher auf die Beine gebracht – diesmal feierte sie „en famille" in der Provinz. Nach dem bislang erfolglosen Sturm auf die schwarzen Rathäuser wird nun zum Jagen auf dem platten Land geblasen: Vom Internationalismus zurück zur Heimat, zur Region, zum Schulterschluß und dorthin, wo die „Sehnsüchte der Menschen", wenigstens der Städter, „Herz und Gefühl" suchen: zum Dorf.

Wie ernst es den hessischen Sozialdemokraten, deren Herausforderer Walter Wallmann in Frankfurt mittelalterliche Fachwerkhäuser originalgetreu wiedererstehen läßt, mit dieser Rückwendung ist, sagten sie auf eilig geklebten Plakaten: „Darauf sind wir stolz!" Den Bürgern im Lande muß die Wende freilich erst erklärt werden. Die Verkündung fand in einem Museumsdorf statt, das keine wirklichen Bewohner hat.

Treffpunkt Kabul?

Von Enno v. Loewenstern

Es war ein Wochenende der Demonstrationen. Manches, was dabei demonstriert wurde, war durchaus beherzigenswert. Nehmen wir den Flugtag von Ramstein als durchaus beabsichtigte Probe für den heißen Herbst: Die Sicherheitskräfte griffen auf der Stelle durch, wo immer die Bewegung sich in verbotener Weise bewegte. Und siehe da, die Ordnung konnte voll gewahrt werden. Wo die Staatsmacht sich nicht duckt, setzt sie sich auch gegen Gesetzesbrecher durch. Quod erat demonstrandum.

Zum zweiten: Es sollte ein „machtvoller" Aufmarsch des Protestes werden. Statt dessen wurde es ein machtvoller Aufmarsch der Zustimmung. Mindestens dreihunderttausend Menschen drängten sich um den Fliegerhorst. Nur einige hundert Protestierer versuchten, sie zu behelligen. Die Hunderttausende klatschten begeistert Beifall – wo immer die Protestler festgenommen wurden; je energischer die Festnahmen, desto freudiger der Applaus.

Schließlich mußte auch noch Willy Brandt zum Hiroshima-Tag etwas demonstrieren – sein Feingefühl. Er machte den Vorschlag, Reagan und Andropow sollten sich doch zu Gesprächen in Hiroshima treffen. „Es würde den Ernst der Lage unterstreichen, in der wir uns befinden", meinte der immer so ernste Sozialistenchef, den Tritt ans amerikanische Schienbein gedankenvoll kaschierend. Dennoch, der Gedanke ist interessanter, als Brandt es selbst begriffen hat. Man könnte an jenem Ort schon fragen, warum auf das atomwaffenfreie Japan unbedingt SS 20 gerichtet werden müssen. Und man könnte fragen, welche weiteren Konferenzorte den Ernst unserer Lage unterstreichen würden: Workuta vielleicht, Tschenstochau, Kabul ... Brandt wird sie gewiß gern ins Gespräch bringen. Und sich vorher selbst an Ort und Stelle informieren, wie ernst es dort aussieht.



„Protest? – Wieso? – Wir hören hier nichts!"

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ende der Selbstbedienung

Von Horst Albert Glaser

Unsere Universitäten sind zu groß, zu teuer und zu schlecht geworden. Für die Milliarden, die der deutsche Steuerzahler jährlich dem akademischen Moloch zu opfern hat, erhält er bitter wenig zurück. Jedermann an den Universitäten weiß, daß die Studenten zu lange studieren und trotzdem zu wenig wissen, wenn sie die Universität verlassen. Dem wachsenden akademischen Proletariat bleibt nur der Fall in die Arbeitslosigkeit übrig.

Was der Steuerzahler heute bestaunen darf, das sind die Folgen einer schlecht durchdachten Bildungspolitik, mit der die weiland sozial-liberale Koalition Stimmen bei Jungwählern und Muttis zu gewinnen hoffte. Die „soziale Öffnung" der Hochschulen, wie die Devise lautete, hat zu viele Menschen in sie hineingeführt, die nicht wissen, um was es geht, die nicht können, was von ihnen erwartet wird, und die nicht gebraucht werden, wenn sie ausstudiert haben.

Was ist zu tun? Einen mutigen, wenn auch schmerzhaften Eingriff hat die liberal-konservative Bundesregierung vorgenommen: Sie strich die Stipendien, auf die nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz viele Studenten einen Anspruch hatten, auch wenn sie nicht studierten. Das sogenannte BAföG-Stipendium führte unübersehbar zu einer Frührentnermentalität bei den jugendlichen Empfängern, da nach Leistungen im Ernst nicht gefragt wurde. Wer fürderhin studieren will, muß dies auf eigene Kosten tun; wenn er oder seine Eltern das Geld nicht haben, wird er zinslose Darlehen erhalten können, die er – sofern er über ein entsprechendes Einkommen verfügt – im Verlauf von zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren zurückzahlen muß.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft schließt daraus, daß akademische Bildung in Zukunft nur den Kindern wohlhabender Schichten zugute kommen solle, die Kinder der Armen aber leer ausgehen werden. Das ist falsch. Es wird in Zukunft so sein, daß sich Lehrer oder Zahnärzte die Kosten ihres Studiums nicht länger vom Steuerzahler bezahlen lassen können.

Es könnte sein, daß dies langfristig zu einer Entlastung der Hochschulen von Studenten führt, die nicht studieren. Gewiß ist das freilich nicht. Allerorten steigen die Zulassungszahlen über jedes sinnvolle Maß hinaus. Es scheint, als suchten immer mehr junge Leute – Stipendium hin, Stipendium her – an den Universitäten Zuflucht vor dem rauhen Klima des Stellenmarkts. Das nötigt wohl oder übel zu energischeren Maßnahmen, wenn die Universitäten nicht als Jugendheime verwahrlosen wollen.

Es müssen die Universitäten wieder in den Stand versetzt werden, sich von Studenten zu trennen oder Studenten gar nicht erst aufzunehmen, die weder studierfähig noch studierwillig sind. Von der Problematik des Abiturzeugnisses, das die sogenannte Hochschulreife bescheinigt, sei hier nur am Rande gesprochen. In den Hochschulen müssen Entscheidungsstrukturen wiederhergestellt werden, die es erlauben, sich von unfähigen Studenten zu trennen – aber auch von unfähigen Dozenten und anderem Personal. Es ist einfach nicht länger zu ertragen, daß Studenten über Anforderungen in Studium und Prüfungen mitentscheiden und an vielen Fachbereichen niemand durch die Prüfung fällt.

Wer selber Prüfungen ablegen will, sollte auf deren Anforderungen keinen (auch indirekten) Einfluß haben. Und wer an der Hochschule eine Lebenszeitstelle sucht (wie der akademische Nachwuchs), sollte von Entscheidungen über Stellen, Lehraufträge und Gelder ausgeschlossen werden. Es anders zu machen – und es wurde und wird anders gemacht – heißt, die Universitäten tendenziell in einen Selbstbedienungsladen der dort Studierenden und Beschäftigten zu verwandeln: Jeder verschafft sich selber die Stelle, die er braucht, und jeder stellt sich selbst die Bescheinigung aus, die er für nützlich hält.

Nicht minder fragwürdig ist die Ausgabenpolitik mancher mitbestimmter Universitätsgremien. Ein Amtmann der Verwaltung kann für die falsche Verbuchung von zehn Mark zur Verantwortung gezogen werden. Wenn hingegen politisierte Funktionärsgremien Hunderttausende oder Millionen für Seifenblasen-Projekte zum Fenster hinauswerfen oder unfähiges Personal einstellen, das nicht mehr entlassen werden kann, dann ist das haushaltsrechtlich nicht zu beanstanden. Um dem öffentlich-rechtlichen Unfug die Krone aufzusetzen, sehen von Sozial-Liberalen ausgeklügelte Hochschulgesetze sogar vor, daß der Rektor einer Universität – wenn es hart auf hart geht – vom Funktionärspulk, aber nicht mehr von den Professoren gewählt wird. In Nordrhein-Westfalen verfügen die Professoren nur über zwei Fünftel der Stimmen in dem Gremium, das den Rektor zu wählen hat.

Das Hochschulrahmengesetz erlaubt all dies, wenngleich es nicht überall – dank einiger „konservativer" Landeshochschulgesetze – praktiziert wird. Wenn die Expertenkommission, die von Bundesbildungsministerin Dr. Wilms eingesetzt wurde, noch in diesem Jahr mit Änderungsvorschlägen niederkommen sollte, dann wären sie rasch in Gesetzesentwürfe zu gießen. Sie werden, falls sie das Übel an der Wurzel packen und nicht an Symptomen herumdoktern wollen, der sogenannten Gruppenuniversität den Kampf ansagen müssen.

Das meint nicht – wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstellt –, daß die „abgewirtschaftete Ordinarienuniversität" restauriert werden solle, wohl aber, daß eine Professorenuniversität etabliert wird, wie sie überall besteht, wo an Universitäten ernsthaft Wissenschaft betrieben wird. Denn allein die Professoren (und keine namenlosen Gremienfunktionäre) haben nachgewiesen, daß sie imstande sind, über das zu entscheiden, worum es an den Universitäten geht: um Wissenschaft. Die soziale Beglückung Benachteiligter und Behinderter, in der man lange Zeit die Hauptaufgabe der Universitäten gesehen hatte, sollte anderen, besser hierfür gerüsteten Institutionen überlassen werden: den Wohlfahrtsverbänden.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Horst Albert Glaser lehrt Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Gesamthochschule Essen. 1982 veröffentlichte er im Ullstein-Taschenbuch-Verlag: „Hochschulreform – und was nun?"
FOTO: FRANK DARCHINGER

IM GESPRÄCH Richter Kaufman

Ein Mann gegen die Mafia

Von Wolfgang Will

Nach der Öl-Industrie, die einnahmenmäßig an der Spitze steht, folgt in der Wirtschafts-Rangliste der USA das organisierte Verbrechen, das gemeinhin als Mafia bekannt ist. Die Einnahmen der Mafia werden auf 150 bis 175 Milliarden Dollar veranschlagt, und nach einer Schätzung des Bundesrichters Irving Robert Kaufman entfallen allein 79 Milliarden Dollar „nicht versteuerter" Mafia-Umsätze auf den illegalen Rauschgifthandel. Gegen diese „Industrie" hat Präsident Ronald Reagan jetzt die Mobilmachung befohlen, und Richter Kaufman ist der Chef einer zwanzigköpfigen präsidentiellen Kommission, die das organisierte Verbrechen unter die Lupe nehmen und analysieren wird.



Mit 73 noch kampfbereit: Irving Robert Kaufman FOTO: AP

Kaufman, 73 Jahre alt und nach 34 Jahren in den Roben verschiedener Bundesrichterämter nicht zum Ruhestand bereit, will „Strategien entwickeln und Gesetze vorschlagen, die die Geschäfte des organisierten Verbrechens unprofitabel machen". So lautet seine Antwort auf den Auftrag des Präsidenten, „die Verbrechens-Syndikate, die in Amerika zu lange toleriert wurden, auseinanderzubrechen und zu lähmen". Seine Erfahrung reicht weit:

- Er war der Vorsitzende des Gerichts, das zwanzig Männer und Frauen zu hohen Freiheitsstrafen verurteilte, die 1957 an einer Unterwelt-Konferenz in Apalachin (New York) teilgenommen hatten – erstmals war damals das Augenmerk Amerikas auf Ausmaß, Umfang und Einfluß der Mafia gerichtet worden.
- Er verurteilte 1951 das Physiker-Ehepaar Julius und Ethel Rosenberg zum Tode, weil sie Atomwaffengeheimnisse der USA an die Sowjetunion weitergegeben hatten – das war die einzige Spionage-Todesstrafe, die jemals in Friedenszeiten verkündet und (am 19. Juli 1953) auch vollstreckt wurde.

Die Größe der Mafia schätzt man auf 25 „Familien", mit etwa 2000 „Soldaten" (Berufsmördern), rund 20 000 Gehilfen und 100 000 bis 250 000 „entfernten", aber nützlichen „Familienmitgliedern".

„Geschäfte" werden im kleinen und großen getätigt. Da beteiligen sich – für 50 Cents – Hunderttausende Amerikaner an illegalen Spielen oder Lottos, da müssen New Yorker Geschäftsleute zehn Dollar pro Monat „Abgabe" zahlen, damit ihr Müll pünktlich abgeholt wird, da „versichert" die Mafia Geschäfte gegen Einbruch und Brandstiftung – wer nicht zahlt, sieht sein Etablissement schnell in Flammen aufgehen. Wer in New York und Chicago für sein Restaurant eine Alkohollizenz haben will, muß der Mafia einen „Einstand" von wenigstens 10 000 Dollar zahlen und sie am Gewinn beteiligen. Die Mafia betreibt Pfandanstalten und Kreditunternehmen; sie kontrolliert Waffenschmuggel und Prostitution sowie den Rauschgifthandel. Sie hat viele Polizisten und Richter bestochen.

All dem soll die Kaufman-Kommission, die ein Jahresbudget von wenigstens 500 000 Dollar haben wird, ein Ende bereiten. Ihr gehören Staatsanwälte, Jura-Professoren, Richter, Rechtsanwälte, Kripo-Beamte und Polizeipräsidenten an, und ihren Abschlußbericht soll sie am 1. März 1986 vorlegen. Die Kommission wird Vorladungsvollmacht haben, was heißt: Gefängnis schon droht jenem, der Vorladung und Aussage verweigert.

Ob ihr Erfolg beschieden sein wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist es Ronald Reagan zu verdanken, daß dem organisierten Verbrechen eine Aufmerksamkeit geschenkt wird wie nie in den Jahrzehnten davor.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Das Heidelberger Blatt kommentiert die Sowjet-Studie:

In der Sowjetunion mangelt es nicht an glänzenden Analysen der „sozialen und ökonomischen Probleme" und auch nicht an konkreten Vorschlägen zu ihrer Lösung. Ihre Verfasser allerdings sind im für sie günstigsten Fall von ihrem Regime postwendend ausgebürgert und im Westen. Andere büßen ihre klarsichtige Hilfestellung für die sowjetische Malaise im GULag.

Nordwest-Zeitung

Zu Engelhards Warnungen meint das Blatt:

Zwar verbietet niemand einem Richter, seine eigenen politischen Meinungen und Anschauungen zu haben und auch zu vertreten – nur der Rahmen in dem er das tut, ist nun einmal gesetzlich eng gespannt. Und er wird mit Sicherheit gesprengt, wenn der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises sozialdemokratischer Juristen, Horst Isola, im Zusammenhang mit Demonstrationen zu „kalkulierten Rechtsbrüchen" auffordert oder Richter im selben Zusammenhang die Verletzung geltenden Rechts zur „Wahrung höherer Werte" empfehlen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Zeitung schreibt zur Afrikapolitik Frankreichs und der USA:

In Afrika hatte man andere Dinge von Mitterrand erwartet, vor allem nicht, daß er sich von Reagan gängeln ließe. Die Jaguar-Flugzeuge stiegen erst auf, nachdem zwei zusätzliche Awacs und zwölf F-15 zwischen Ägypten und Sudan angekündigt worden waren. Man hat verstanden. Die Vereinigten Staaten haben wieder einmal gezeigt, daß sie sich nicht durch uns ersetzen lassen wollen. Tatsache ist, daß sie heute so handeln müssen und daß dies zu ständigem Ärger zwischen Washington und Paris führen wird. Frankreich hat vielleicht nicht über seine Taktik gelogen. Es hat sie aber auch nicht erklären können, nicht einmal seinen Freunden.



Zum NATO-Flugtag in Ramstein merkt die Massenzeitung an:

Rund 300 000 friedliche Bürger kamen zum Flugtag der Amerikaner nach Ramstein. Das darf man getrost eine Abstimmung mit den Füßen nennen, eine Großkundgebung des Vertrauens und der Sympathie. Für ein Land, das uns die Freiheit sichert. Und die „Friedens"-Demonstranten? Sie waren ein Häuflein in der Masse.

REUTLINGER GENERAL-ANZEIGER

Über die Demonstrationen schreibt das Blatt:

Vor allem sind es die Anführer der sogenannten Friedensbewegung selbst, die sich zunehmend unter einem Erwartungsdruck zu befinden scheinen, das auch wirklich zu realisieren, was man ihnen, sei es befürchtend oder erhoffend, zutraut. Das Blut-Attentat eines ehemaligen grünen Abgeordneten von Wiesbaden muß als ganz besonders schlimmes Vorzeichen verstanden werden. Wenn bereits jetzt eine derartige Aktion möglich ist, wird man sich auf Fürchterliches einzurichten haben.

Die Berufung Svidercoschis war als Signal gemeint

Wie ein Papst allen Beschwichtigungs-Gerüchten entgegentritt / Von Alfons Dalma

Es gab einige Reaktionen der Überraschung, als der weißhaarige und doch jugendlich wirkende Endvierziger Federico Svidercoschi zum geschäftsführenden Chefredakteur des „Osservatore Romano" ernannt wurde. Denn damit wurde an die Spitze des päpstlichen Hausorgans zum ersten Mal in seiner hundertdreiundzwanzigjährigen Geschichte ein Mann gestellt, der weder Geistlicher noch ein immer dem Vatikan zugeordneter „rein katholischer" Journalist ist: Svidercoschi war zuletzt bei der römischen Tageszeitung „Il Tempo". Doch viel wichtiger ist das Signal, das mit der Berufung des Außenseiters gegeben wurde.

Der Mann, den er Hals über Kopf ablöste, Don Virgilio Levi, hatte im „Osservatore" kaum verhüllt behauptet, daß der polnische Papst bei jener mysteriösen Privataudienz in einer Tatra-Berghütte den Arbeiterführer Lech Walesa angewiesen habe, in die Versenkung zu verschwinden. Dies war als Spekulation durch manche Kreise gegeistert. Daß der Chef des „Osservatore" dies nun aussprach, gab der Geschichte einen quasi-amtlichen Charakter: Papst läßt Walesa fallen; Papst läßt Polens Freiheitshoffnungen fallen.

Den auf Akkommodation bedachten Kreisen, auch und gerade in der Bundesrepublik Deutschland, war der polnische Papst seit langem unendlich unbequem. Seine Haltung paßte denen nicht, die Jaruzelskis Kriegsrechtsschlag ausdrücklich begrüßten oder Reagan kritisierten, weil seine Aussagen den Gedanken nahelegten, daß es ihm, o. Schreck, „im Grunde nicht nur um mehr Freiheit geht, sondern um Befreiung vom kommunistischen System". Die daraus angeblich folgende „Destabilisierung" aber „kann in niemandes Interesse liegen, auch nicht im Interesse Washingtons und auch nicht im Interesse der Polen", lamentierte etwa ein Hamburger Wochenblatt. Aber natürlich konnte auch niemand daran zweifeln, daß auch der Papst nicht nur „mehr Freiheit" für die Polen will, sondern die Freiheit schlechthin.

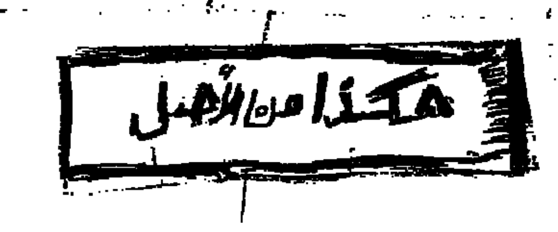
So wurden Gerüchte lanciert, daß das vatikanische Staatssekretariat schon dafür sorge, das vom Papst zerschlagene Porzellan wieder zu kitten. Oder auch: Der Kardinal-Primas von Polen, Glemp, befürworte im Gegensatz zum Papst einen Modus vivendi mit dem Militärregime und lasse sich vom „kalten Krieger im Vatikan" nicht ins Handwerk pfuschen. Und dann wieder wurde geflüstert, der Papst suche ja doch hinter allem schlimmen Gerede von Freiheit selber den Kompromiß mit Jaruzelski.

So wurde denn auch der Abgang von Don Virgilio Levi gedeutet: er habe nur gehen müssen, weil er die richtige Aussage zum unrichtigen Zeitpunkt gemacht habe. Man habe ihn geopfert, um die Wende in der vatikanischen Politik noch eine Weile zu kaschieren. Aber in Wirklichkeit ...

In Wirklichkeit ist ein so brüsker, kaum kaschierter Hinauswurf in vatikanischen Kreisen höchst unüblich und müßte daher eigentlich Signal genug sein, wie der Papst wirklich denkt. Aber die Berufung Svidercoschis unterstreicht dies noch. Schon in seiner Berichterstattung und Kommentierung im „Tempo" hat Svidercoschi klargemacht, daß der Papst zur Gewerkschaftsfreiheit, zur Solidarnosc und zu Walesa steht. So, wie es ihm schon vorher gelungen war, den Papst in der Spannung zwischen realistischer Einsicht in die östlichen Machtverhältnisse und dem Streben nach Freiheit für die Unterdrückten darzustellen.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß Svidercoschi – Nachkomme eines polnischen Rebellen Szwiderkowski, der vor hundertzwanzig Jahren nach einem Warschauer Aufstand nach Italien ging – als erster die Bedeutung des Kardinals Wojtyla erkannte und beschrieb, als erster Wojtylas Wahl zum Papst voraussah. Er versteht den Papst. Er sagt wirklich, was der Papst denkt, anders als Levi, der sagte, was gewisse Kreise als Gedanken des Papstes zu hören wünschten.

Jüngst erschien im „Osservatore" ein Artikel von Professor Mondin, in dem es hieß, der Marxismus sei „eine tödliche Gefahr für die Menschheit", er verdiene keinen anderen Titel als „Gewalt" und „Diktatur". Damit hat Svidercoschi sein Programm offengelegt – und das des Papstes. Es ist nicht die Sprache der Beschwichtigung, der Angst vor der Freiheit. Es ist die Sprache der Freiheit.



WIE WAR DAS?

Als Johnson in Vietnam freie Hand erhielt

Von THOMAS KIELINGER

Wie stark soll die amerikanische Macht an den Brennpunkten der Weltpolitik eingesetzt werden? Diese Frage hat nicht erst jetzt im Zusammenhang mit Mittelamerika zu einer quälenden Auseinandersetzung zwischen Weißem Haus und Kongreß geführt. Ein markantes Datum setzte im August 1964 die sogenannte „Tonkin-Resolution", die in Senat und Repräsentantenhaus mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde und dem damaligen Präsidenten Lyndon B. Johnson eine beinahe schrankenlose Exekutiv-Gewalt einräumte.

Am 2. August 1964 war der US-Zerstörer „Maddox" im Golf von Tonkin von nordvietnamesischen Torpedo-Booten angegriffen worden; zwei Tage später richtete sich ein Angriff gegen den Begleitzerstörer „Turner Joy". Das Ansehen der USA als Ordnungsmacht im südostasiatischen Raum war herausgefordert. Präsident Johnson, mitten im Wahlkampf gegen Barry Goldwater, der für äußerste militärische Entschlossenheit eintrat, mußte handeln. Obwohl Johnson der dem Kongreß nicht gerade dann Mitspracherechte einräumen wollte, wenn der „Commander-in-Chief" aufgerufen war, zog er das Parlament zu Rate, nachdem er zuvor freilich bereits amerikanische Bombenangriffe gegen nordvietnamesische Luftbasen befohlen hatte.

Was aber, wenn die USA weitere Übergriffe mit größerem militärischen Einsatz beantworten mußten? Johnson legte den ins Weiße Haus beorderten Führern des Kongresses den Text einer Resolution vor, die ihm weitgehende Vollmachten für jeden denkbaren Einsatz in Vietnam zusicherten. Anders als heute, da über außenpolitische Schritte der USA monatelang im Kongreß gestritten wird, dauerte die Debatte über die „Südost-Asien-Resolution" (so ihr genauer Titel) damals genau zwei Tage, ehe sie am 7. August verabschiedet wurde, und zwar einstimmig im Repräsentantenhaus und mit nur zwei Gegenstimmen im Senat. Sie ermächtigte den Präsidenten, „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jede Art bewaffneten Angriffs gegen Militärkräfte der USA zurückzuschlagen und weitere Aggression zu verhindern". Ohne daß dies vom Kongreß beabsichtigt war, bereitete die Resolution die massive Steigerung des US-Engagements in Südvietnam vor.

Die Lauterkeit Präsident Johnsons wurde Jahre später, als er längst über Vietnam sein Amt verloren hatte, in Zweifel gezogen. Mit der Veröffentlichung der „Pentagon-Papiere" von 1971 erfuhr ein noch nachträglich empörter Kongreß, daß schon vor dem nordvietnamesischen Torpedo-Angriff südvietnamesische Einheiten Seehäfen im Norden überfallen hatten. War dies Provokation, auf die Hanoi reagiert hatte? Auch wurde bekannt, daß der Text der Tonkin-Resolution schon am 25. Mai als Entwurf parat lag. Hatte Johnson den Kongreß zielstrebig zum Komplizen amerikanischen Engagements in Vietnam machen wollen?

Für den Kongreß war dies ein Schock. Schon ein Jahr zuvor, im Juni 1970, hatte er in aller Form die Tonkin-Resolution widerrufen, denn der Krieg in Vietnam zerrte an den Nerven Amerikas. Während zur Zeit der Ermordung Präsident Kennedys erst 16 000 Militärberater in Südvietnam waren, hatte Johnson bis zum Juli 1965 schon 75 000 Mann reguläre US-Truppen entsandt.

Die Erfahrung mit der Tonkin-Resolution ist einer der wesentlichen Gründe, warum in Amerika Kongreß und Exekutive in einem unablässigen Streit über Ziel und Einsatz amerikanischer Macht in Übersee liegen.

Die Russen auf dem Zugerberg und die hohe Politik

Die Schweiz beherbergt seltene Gefangene: acht Rotarmisten, in Afghanistan von Freiheitskämpfern gefangen, sind auf dem Zugerberg interniert. Ergebnis der Bemühungen des Roten Kreuzes um Gefangenenaustausch in Afghanistan.

Von WALTER H. RUEB

Die jungen Männer im dunklen Drillich richten sich auf, rükken näher zusammen. Sie schauen mißtrauisch. Zwei fassen Schaufel und Pickel fester an, drei blicken abwechselnd auf den sich nähernden Fremden und die sie bewachenden vier Soldaten. Sprechfunkgeräte kommen zum Vorschein. Einen Augenblick lang sind aufgeregte Worte zu vernehmen. Zwei der Soldaten werfen halbgerauchte Zigaretten weg. Von ihren Schultern baumeln Sturmgewehre. Plötzlich die Stimme eines Soldaten: „Stehenbleiben."

Die Schilder entlang der Straßen und Wege waren nicht zu übersehen. Neben der Abbildung eines Soldaten, wie sie einem hier oben auf Schritt und Tritt begegnen, steht in Englisch und allen vier Landessprachen die Warnung: „Sie betreten militärisch bewachtes Gebiet. Auf den Anruf HALT sofort stillstehen und den Weisungen der Truppe nachkommen. Bei Mißachtung der Warnung macht die Truppe von der Schußwaffe Gebrauch."

Ich bleibe nicht stehen – doch von Schußwaffen wird nicht Gebrauch gemacht. Einer der überraschten Soldaten kommt mir zwei Schritte entgegen. „Sind Sie der neue Dolmetscher?" ruft er. „Ja", antworte ich schnell und unbedacht ... Die Spannung löst sich für einen kurzen Augenblick. Ein Wortschwall des größten Mannes in regendurchnäßtem Drillich und mit kurzgeschorenem Haar entlarvt meinen Bluff: Ich spreche nämlich nicht Russisch.

Auf dem Zugerberg, hoch über See und Stadt gleichen Namens im Herzen der Schweiz, werden acht Soldaten der Roten Armee von eidgenössischen Soldaten bewacht und beschützt. Sie waren in Afghanistan in die Hände der Freiheitskämpfer gefallen und von diesen nach schwierigen Verhandlungen mit Sowjets und pakistanischer Regierung dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) zur Internierung in der neutralen Schweiz übergeben worden.

Jeder Schweizer weiß: Dort oben ist das Strafdetachement der helvetischen Armee zu Hause, in dem schwere Sünden wider militärische Disziplin und Ordnung bei harter landwirtschaftlicher Arbeit auf dem Gut Früebüel gesühnt werden.

Es wimmelt dort heute von Uniformen und Tarnanzügen, von Jeeps und Militär-Lastwagen, von Stacheldraht und Waffen. Wo früher ein paar in Uniform grau gewordene Veteranen bestrafte Soldaten bei der Arbeit in Stall und Feld beaufsichtigten, tummeln sich jetzt ganze Kompanien junger Schweizer. Stacheldraht, Absperrungen und ein haushoher Turm mit Ausguck und Scheinwerfern verunzieren die friedliche Voralpen-Landschaft.

In einer geräumigen Baracke abseits der Straße haben die Sowjet-Soldaten Powarnitsin, Dedenko, Sintschuk, Zapodnikow und Malikewitsch im Spätherbst 1982 Bekanntschaft gemacht mit Komfort und Luxus. Geräumige Zimmer und Aufenthaltsräume, Bäder und Duschen, Radio und Fernsehen, Taschengeld und Ausgang sind an die Stelle tristen Kasernen-Daseins in der Heimat und in Afghanistan, dem blutigen Krieg am Hindukusch, sowie die dunklen Verliese während der Gefangenschaft bei den Mudjahedin getreten. Vor der Haustür reicht der Blick bis Rigi und Pilatus, für Auslauf steht eine Fläche von der Größe zweier Fußballfelder zur Verfügung.

Ende Januar 1983 kamen drei weitere Sowjetsoldaten in das wohl bestbewachte Haus in Mitteleuropa. Ihre Namen und Eigenschaften haben sich rund um den Zugerberg noch nicht herumgesprochen. Von den anderen aber weiß man auf Höfen und in Berggasthäusern rund um Stacheldraht und nächtlichen Scheinwerfer-Zauber vieles: daß die Männer zwischen 18 und 21 Jahre alt sind, zwei sich zu Allah bekennen und aus Zentralasien stammen, drei in der Ukraine geboren und aufgewachsen sind und drei sich waschechte Russen nennen.

Major Alfred Klossner, der ehemalige Bauer und Viehhändler, ist hier oben der Chef. Der Kommandant des Straflagers ist oft unterwegs. Dann übernehme, so heißt es unter Eingeweihten, seine Frau die Befehlsgewalt. Auf ihr Wort hörten sogar die schärfsten Wachsoldaten. Und im Notfall sind Sohn und Tochter Klossner noch da. „Die haben neulich einem Reporter die Kamera weggenommen", sagt Frau Klossner. Ihre Worte haben einen drohenden Unterton. „Hier wird nicht fotografiert und Auskünfte gibt es nur in Bern."

In Wirklichkeit gibt es Auskünfte rund um Früebüel. „Alles primitive Gesellen", beschreibt ein Bauer die fremden Gäste. „Sie müssen arbeiten, bekommen Taschengeld und am Wochenende manchmal Ausgang. Ab und zu machen sie unten in der Stadt Einkäufe."

Andere sind weniger zurückhaltend. Sie berichten von Fluchtversuchen, Arbeitsverweigerung, Randaliererei, Demolierung ihrer Zimmereinrichtung und von einer ganzen Latte krimineller Delikte auf dem Zugerberg, die zwei der Sowjets schließlich wochenlang im Gefängnis büßen mußten. „In letzter Zeit hat es sich etwas gebessert", meint ein Jungbauer. „Aber nur, weil die Soldaten es aufgegeben haben, den beiden Schlimmsten Vorschriften zu machen. Zwei Russen arbeiten auch nicht und stehen nur herum."

„Der Schlimmste ist Powarnitsin", verrät ein Schweizer Soldat. „Der war lange im Knast und machte ja auch schon in seiner Einheit in Afghanistan Schwierigkeiten. Als er einmal ohne Erlaubnis von seiner Garnison nach Kabul fahren wollte, fiel er in der Dunkelheit afghanischen Freiheitskämpfern in die Hände. Die brachten ihn in eines ihrer Lager im Osten des Landes. Von dort kam er vor einem Jahr in die Schweiz."

Einige der jungen Eidgenossen, die seit der Unterbringung der Sowjetarmisten auf dem Zugerberg ihren jährlichen Militärdienst bei der Bewachung der Internierten ableisten, sind in den Berggasthäusern am Vorderen Geißboden und am Buschenchappeli nach dem dritten Bier bei weitem nicht so zugeknöpft wie im Dienst. „Die bekommen umgerechnet um die 15 Mark Taschengeld pro Tag", gibt einer Auskunft. „Sie geben alles aus und kaufen das, was gleichaltrige Schweizer auch kaufen: Jeans- und T-Shirts für die Freizeit, Radios und Kassetten ... Einer kauft immer Kaviar ... Wer sich gut aufführt, darf sogar Alkohol kaufen. Und Lektüre ist natürlich erlaubt, nur schwer zu finden ... Frauen gibt es nicht in Zug, auch keine käuflichen."



Mehr Schutz als Gefängnis: die Baracke der Sowjet-Soldaten

Weil die Sowjets zu Beginn ihres Aufenthaltes in der Schweiz den vom Eidgenössischen Außenministerium gestellten Dolmetscherinnen wiederholt buchstäblich zu nahe traten, haben die Gastgeber, die sich ihre Unkosten auf dem Umweg über das IKRK von den Sowjets bis auf den letzten Rappen ersetzen lassen, eine andere Lösung des Dolmetscher-Problems gefunden: Der russischen Sprache mächtige Schweizer können jetzt ihren obligatorischen dreiwöchigen militärischen Wiederholungskurs in Gesellschaft der Sowjets auf dem Zugerberg ableisten. Allerdings ist es nicht leicht, geeignete Männer zu finden: Manchem Sprachgewandten ist die Aufgabe etwas zu heikel.

Tatsächlich sind die Russen im Umgang mit ihren Bewachern nicht schüchtern und schon gar nicht zimperlich. Wiederholt wurden Soldaten bedroht, in zwei Fällen gar tätlich angegriffen. Am gefürchtetsten sind die Tage des Ausgangs. Alkohol macht die Sowjets aggressiv, und problematisch ist das ständige Versteckspiel mit Neugierigen und Verfolgern.

„Wir haben viel Mühe, die Sowjets vor der Neugier der Medien und gewissen Nachstellungen und Verfolgungen zu schützen", gibt ein hoher Vertreter des Eidgenössischen Außenministeriums zu. Er will weder bestätigen noch dementieren, daß westliche Geheimdienste und Vertreter afghanischer Widerstandsorganisationen versuchen, an die internierten Rotarmisten heranzukommen. „Wir sind durch die dritte Genfer Konvention gehalten, sie vor öffentlicher Neugier zu schützen. Von einem Eisernen Vorhang auf dem Zugerberg sollte deshalb nicht gesprochen werden ... Und wir haben auch gegenüber der Sowjetunion Pflichten. Die nimmt die Fürsorgepflicht für ihre Landsleute ernst und muß pro Mann am Tag umgerechnet 90 bis 100 Mark bezahlen. Klar, daß sich ihre diplomatischen Vertreter bei den zwei erlaubten monatlichen Besuchen auf dem Zugerberg davon überzeugen, daß alles o. k. ist."

Auf die Frage, ob die Sowjetarmisten nach Ablauf ihrer im Vertrag auf zwei Jahre begrenzten Internierungszeit überhaupt in die Heimat zurückkehren wollen, sagt der Diplomat: „Im Mai 1984 stellt sich erstmals für drei Sowjets die Frage der Heimkehr. Ob der eine oder andere Asyl beantragen wird, ist uns bisher nicht bekannt. Fest steht nur eines: Wenn ein Internierter heimkehren will, lassen wir ihn reisen, will einer hierbleiben, wird gemäß unseren Asylgesetzen entschieden. Zuständiger Vertragspartner von Sowjetunion und afghanischem Widerstand ist übrigens das IKRK."

Beim Roten Kreuz in Genf wurde zu diesem Thema von IKRK-Sprecher Jean-Jacques Kurz bereits Ende 1982 festgestellt: „Das IKRK wird einen Internierten niemals gegen seinen Willen repatriieren." Der Hinweis, daß einige der Rotarmisten sich möglicherweise der Gefahr nicht bewußt sind, in die sie sich bei einer Rückkehr in die Heimat angesichts sowjetischer Praxis im Umgang mit in Gefangenschaft geratenen Landsleuten oder gar Überläufern aus Unwissenheit begeben, wurde von Wachsoldaten auf dem Zugerberg vom Tisch gewischt. „Die wissen längst Bescheid und werden nichts dem Zufall überlassen."

Die Frage aber, warum seit mehreren Monaten keine weiteren Sowjetsoldaten zur Internierung in die Schweiz gekommen sind, beantwortete der Botschafter in Bern so: „Das IKRK darf nach wie vor nicht in Afghanistan wirken. Verhandlungen finden deshalb zur Zeit keine statt. Und die Afghanen sind zur Herausgabe weiterer sowjetischer Gefangener nicht bereit, weil ihre Vertragspartner im Gegenzug bisher keinen einzigen Freiheitskämpfer freigelassen haben. Sollten jedoch wieder welche kommen – auf dem Zugerberg ist noch reichlich Platz."



Schilder wie dieses weisen auf den militärischen Sperrbezirk am Zugerberg hin. Auf dem Gut Früebüel befindet sich das militärische Straflager der Schweizerischen Armee. Doch mehr Aufmerksamkeit als die „Sünder" der eigenen Streitkräfte finden inzwischen die hier internierten Rotarmisten.

FOTOS: WALTER H. RUEB

Peking setzt neue Prioritäten und plant bescheidener

Zukunftsentwürfe waren nie eine Stärke der Chinesen. Um so erstaunlicher, daß sie sich neuerdings intensiv mit den Pespektiven für das Jahr 2000 auseinandersetzen.

Von OSKAR WEGGEL

Anlässe, sich über die Zukunft Gedanken zu machen, gibt es für Peking genug. So hat sich zum Beispiel seit 1949 die Bevölkerung verdoppelt, während – verursacht durch das Stadt- und Industriewachstum – die landwirtschaftliche Nutzfläche im gleichen Zeitraum um netto 12 Millionen Hektar zurückging – was ziemlich genau der gesamten Ackerfläche der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Die Schere geht auch beim Arbeitskraft/Arbeitsplatz-Verhältnis immer weiter auseinander; außerdem nimmt die innere Verschuldung zu, die 1982 bereits bei 32 Milliarden Yuan (ungefähr 30 Milliarden Mark) angelangt war.

Nicht zu vergessen auch die hohe Analphabetenzahl (235 Millionen) und die geringe Zahl der Funktionäre mit Hochschulabschluß (4,4 Millionen, das sind ungefähr 0,4 Prozent der Bevölkerung) – statistische Werte, die durch die Volkszählung 1982 ans Tageslicht gekommen sind.

Antwort auf die in den nächsten 17 Jahren anstehenden Fragen soll nun der 6. Fünf-Jahres-Plan geben (1981–1985), der formell zwar zur Hälfte bereits abgelaufen ist, dessen konkretes Zahlenwerk aber jetzt erst bekanntgegeben worden ist.

Von den 6 seit 1953 erlassenen Fünf-Jahres-Plänen wurden vier, nämlich die Pläne zwei bis fünf, wie Staatsgeheimnisse behandelt – ein Vorgehen, das deshalb so grotesk anmutet, weil ja gerade Fünf-Jahres-Pläne die alles entscheidenden Grunddaten vorgeben – und daher eigentlich gar nicht oft und gar nicht umfassend genug propagiert werden können. Nur Plan eins (1953/'57) und nun der neueste Plan sind in allen Einzelheiten bekanntgegeben worden.

Die wichtigsten Zielsetzungen:

- Gesamtwachstum des Bruttoproduktionswerts um 21,7 Prozent, also pro Jahr etwas über 4 Prozent
- Priorität für Landwirtschaft, Energie und Verkehrswesen („drei strategische Schwerpunkte") – gleich gefolgt von Erziehung und Wissenschaft
- Bevölkerungsbegrenzung bei 1,060 Milliarden
- Einordnung in die Perspektivplanung bis zum Jahre 2000: Bis dahin soll sich der Bruttoproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft gegenüber 1981 vervierfachen und die Bevölkerung nicht über 1,2 Milliarden ansteigen. Zwei Schritte sind zu vollziehen:

In den achtziger Jahren sind die „Kräfte zu sammeln und die Grundlagen zu legen", in den neunziger Jahren soll dann der eigentliche Aufschwung erfolgen.

Gerechnet wird nach Quantität, nicht Qualität

Der Plan zeigt die bekannten chinesischen Denkschemata (vier – drei – zwei: Vervierfachung, drei Schwerpunkte, zwei Schritte) und erinnert in seiner manchmal enthusiastischen Wortwahl an frühere Pläne, die zumeist nicht eingehalten worden sind. Er geht auch nach wie vor vom „Bruttoproduktionswert" aus, einem volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungs-Parameter, bei dem nicht auf die Qualität der Produkte oder die Rationalität der Produktion, sondern – echt „tonnenideologisch" – auf bloße Quantitäten abgestellt wird.

In drei Punkten unterscheidet sich der 6. Plan trotzdem von seinen Vorgängern: Er peilt ein relativ bescheidenes Wachstum an, er setzt neue Prioritäten (Stahl und Getreide haben als „Hauptkettenglieder" offensichtlich nun endgültig ausgedient), und er räumt der (relativ billigen) Verbesserung bestehender Anlagen Vorrang vor (teuren) Neubauten ein.

Sind die Planziele erreichbar?

Folgende Fragezeichen lassen sich anbringen:

1. Wenn sich der BPW bis zum Jahre 2000 vervierfachen soll, so müßte doch eigentlich ein durchschnittlicher Wachstumspfad von jährlich 7,2 Prozent eingeschlagen werden. Der Plan sieht aber nur knapp über 4 Prozent vor.

Das chinesische Gegenargument lautet hier, daß der 6. Plan nur die Wachstumsfundamente legen soll, insofern er ja selbst noch Ausdruck jener „Übergangs!"-Phase ist, die im Zeichen der „Rejustierung, Umgestaltung, Konsolidierung und Niveauanhebung" steht. Vom 7. Plan an (1986/90) soll dann ein siebenprozentiges und später ein acht- bis zehnprozentiges Wachstum erzielt werden, so daß am Ende der 7,2-Prozent-Durchschnitt wahrscheinlich sogar übertroffen wäre.

2. Wird Chinas verknöchertes Management über seinen eigenen Schatten springen und für die nötigen Wachstumsimpulse sorgen können?

Mehr Eigenständigkeit für die Betriebe

An dieser Stelle verweisen die Reformer auf ihre neue wachstumsfreundliche Politik: Zum einen werde die Ausbildung des Nachwuchses vorangetrieben (auch Hongkong spielt hier eine nicht zu unterschätzende Rolle), zum anderen entstünden gegenwärtig neue, managementfreundliche und bürokratiefeindliche Strukturen, von denen hier nur einige erwähnt werden können:

- Vor allem sollen die Einzelbetriebe künftig mehr Eigenständigkeit erhalten, sind also z. B. selbst für Gewinn und Verlust verantwortlich und brauchen nur noch Steuern zu zahlen. Früher hatten gewinnbringende Betriebe ihre gesamten Profite abzuliefern und erhielten nachträglich davon wieder Mittel zugeteilt – genauso übrigens wie andere Unternehmen, die nur rote Zahlen schrieben.
- Des weiteren entstehen zur Zeit Kombinatsformen, die dem „rein bürokratischen Arbeitsstil" den Nährboden entziehen sollen. Waren zum Beispiel für Baumwolle bisher vier Bürokratien zuständig, nämlich die Ministerien für Landwirtschaft, Textilien, Binnenhandel und Außenhandel, so soll es künftig nur noch eine einheitliche Baumwoll-„Firma" in Form einer juristischen Person geben, die sämtliche Vorgänge, vom Anbau über die Verarbeitung bis hin zum Verkauf, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten in die Hand nimmt.
- Des weiteren werden neuerdings ganze Subregionen zu Wirtschaftseinheiten zusammengefaßt, so etwa die „Wirtschaftszone Changjiang-(Yangtse-)Delta" mit Shanghai als Mittelpunkt. Hier, in dieser fortgeschrittensten und wasserreichsten Region Chinas, leben 4 Prozent der chinesischen Bevölkerung, werden 15 Prozent des gesamten BPW der Volksrepublik China erwirtschaftet, liegt das Pro-Kopf-Einkommen (mit rund 1000 US-Dollar im Jahr) weitaus am höchsten im ganzen Land.
- Weitere Maßnahmen sind Vergabe von Krediten (statt staatlicher Subventionen), verstärkte Effektivitätskontrolle durch die Banken, Erlaß eines modernen Wirtschaftsrechts und dergleichen. Außerdem soll das Kaderkorps verjüngt werden.

3. Läßt sich das Bevölkerungswachstum im Sinne der Prämissen des 6. Fünf-Jahres-Plans drosseln? – Hier sind Zweifel angebracht. Die vorletzte Bevölkerungsverdoppelung Chinas hatte 180 Jahre (1770–1950), die letzte jedoch nur 30 Jahre (1950–1980) gedauert. Die „Ein-Kind-Familien"-Politik hat sich bisher nur in den Städten durchsetzen lassen. Auf dem Land hat die Partei die Dinge noch lange nicht im Griff.

Gerangel in der Union um die Familienpolitik

GISELA REINERS, Bonn

Nach den Sommerferien wird Bonn Schauplatz des Gerangels in der Familienpolitik werden, das der bayerische CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß mit seinen Vorschlägen zur Einführung eines Mutterschaftsgeldes herausgefordert hat. Darauf deutet wachsender Widerstand in der Regierung, aber auch in der Fraktion hin. Ausgelöst wurde die Diskussion um die Familienpolitik schon mit dem der Fraktion abgerungenen Kompromiß, Mutterschaftsgeld und -urlaub im Anschluß an die Geburt von 750 auf 600 Mark und um einen Monat zu kürzen.

Strauß hatte sich inzwischen an die Spitze der Gegner einer Kürzung der Leistungen für Mütter gesetzt. Auf dem CSU-Parteitag im Juli schlug er in München vor, das Kindergeld durch Mutterschaftsgeld zu ersetzen. CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger berief eine Fraktionsarbeitsgruppe ein unter dem Vorsitz seines Stellvertreters Walter Althammer (CSU).

Die Minister Geißler (Familie) und Blüm (Arbeit und Soziales) sehen dies *alles mit Unbehagen, auch in den* Sozialausschüssen werden die Strauß-Pläne mit Skepsis betrachtet. Während die einen von dem Mutterschaftsgeld à la Strauß nichts halten, wollen andere aber mit seiner Hilfe eine Beschränkung der *Mutterschaftshilfen abblocken*, über ein Votum im Bundesrat. Um dies zu verhindern, sind die Regierungschefs für den 25. August zum Kanzler gebeten, allerdings zu einer Sitzung des CDU-Präsidiums, dem alle kraft Amtes angehören – nur der bayerische Ministerpräsident nicht.

Genscher erneut nach Rumänien

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher flog gestern zum zweiten Mal in diesem Jahr zu einem Besuch nach Rumänien. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes wird sich Genscher während seiner zweitägigen Visite in Constanza an der Schwarzmeerküste mit dem rumänischen Staats- und Parteichef Nikolai Ceaucescu und Außenminister Stefan Andrei treffen.

Im Vordergrund der Gespräche werden vor allem der Abschluß des Madrider KSZE-Folgetreffens und die Genfer Rüstungskontrollverhandlungen stehen. Weitere Themenkomplexe werden das deutsch-rumänische Verhältnis und die Ausreisemöglichkeiten für deutschstämmige Rumänen sein. Genscher hatte bei seinem Besuch vor zwei Monaten in Bukarest erreicht, daß für deutschstämmige Ausreisewillige das Dekret, wonach dem rumänischen Staat die Ausbildungskosten in Devisen zu ersetzen sind, nicht angewendet wird. Im Gegenzug erklärte Bonn seine Bereitschaft, sich an der Umschuldung Rumäniens zu beteiligen.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Fritz Wittmann klagte dennoch Mitte Juli darüber, daß von den Aussiedlern in Rumänien „Kopfgelder" bis zu 8000 Mark für die Ausgabe von Ausreiseformularen verlangt würden. Dabei handelt es sich nach Hinweisen des Bonner Auswärtigen Amtes offensichtlich um „private Schmiergelder". Vermutlich wird Genscher mit seinen rumänischen Gastgebern auch darüber sprechen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Der Flugtag von Ramstein und seine Behandlung in den Medien

Ereignis stand im Hintergrund / Das Wort „Frieden" zieht Kameraobjektive magisch an

RÜDIGER MONIAC, Ramstein

Im nachhinein betrachtet: Läßt man die etwa 160 Festnahmen beiseite und ebenso, daß unter den Zehntausenden von Autofahrern mancher den Kofferraum öffnen mußte, dann ist bei dem Flugtag im pfälzischen Ramstein am Sonntag abseits der Normalität wenig geschehen, worüber Journalisten hätten berichten können. Rund 300 000 Menschen sind nach Polizeiangaben zu der größten US-Basis auf deutschem Boden gekommen. Rund 300 oder auch vielleicht 500 unter ihnen zählten sich zur „Friedensbewegung".

Mehr als sechzig Typen von Flugzeugen, die in den NATO-Streitkräften genutzt werden, waren ausgestellt. Mehrere Dutzend zeigten perfekt ausgebildete Piloten dem staunenden Publikum in den schwierigsten Fluglagen. Es hätte ein Tag sein können, wie ihn Ramstein und eine riesige Menge seit 1955 schon viele Male erlebt haben: eine Volksbelustigung zwischen Popcorn, Bratwurst, Icecream und nervenkitzelnder Fliegerei unter einem strahlenden Himmel.

Doch dergleichen „unpolitisches" Vergnügen an der technischen Faszination lassen die, die den „Rüstungs*wahnsinn" anprangern, nicht mehr* zu. Die wenigen hundert zumeist Jüngeren aus der buntscheckigen „Szene", die in der Landschaft zwischen Reben, Wald und saarländischer Kohle, das Mosaik aus „Friedensbewegung", Alternativen, Autonomen, Grünen und vielleicht auch Kommunisten bestimmen, hatten anderes im Sinn. Sie suchten Ramstein zum Auftakt zu machen für den bevorstehenden Protest-Herbst, der, so hoffen diese Gruppen, die Massen auf die Straße bringen soll zur gewünschten Verhinderung einer von den Regierungsverantwortlichen in der atlantischen Allianz ins Auge gefaßten *Rüstungs-Antwort auf die unvermin*derte Aufstellung sowjetischer SS 20-Mittelstreckenraketen.

Vor diesem Hintergrund wurde „Ramstein" zum Menetekel vor allem dafür, was unser Land in den nächsten Wochen an Beschreibung von Wirklichkeit in den Medien, vor allem den elektronischen, zu gewärtigen hat. Nach diesem Beispiel vom Sonntag und seiner vorbereitenden Intonierung vor allem auf den Bildschirmen ist kaum zu befürchten, daß die kommenden „Aktionen" buntschillernder Ideen und alle gekoppelt mit dem Wort „Frieden" vom Camp bis zur Blockade nicht ihren hervorragenden Platz in der elektronischen Berichterstattung haben werden.

Die Wirklichkeit von Ramstein war eine andere, als sie dem Zuschauer vor *allem in der „Tagesschau"* der ARD am Sonntagabend vorgegaukelt wurde. Im ZDF auf der anderen Seite bemühte sich die „heute"-Redaktion erkennbar um eine nüchtern-distanzierende Darstellung. Dort huschten zumindest kurze Sequenzen von *akrobatisch geflogenen Flugzeugen* über die Mattscheibe neben den Szenen, in denen Autofahrer durchsucht wurden und Sicherheitskräfte Demonstranten festnahmen.

Die ARD indes stellte ihre Berichterstattung vom Ramsteiner Flugtag ausschließlich auf die Optik der Protestierer ein. Für ihren Reporter griffen besonders die US-Sicherheitskräfte „bei jeder Kleinigkeit brutal durch". Die Bilder zeigten wie zum Beweis am Boden Liegende, deren Hände von der US-Militärpolizei auf den Rücken gebunden wurden, und ein – wieder wie zum Beweis – abgelichtetes Transparent mit den Worten „*Schießbefehl gegen Pazifisten*".

Der WELT-Berichterstatter hat diese und eine Reihe anderer Begebenheiten mit eigenen Augen beobachtet. Aus allem muß er den Schluß ziehen, daß nach eigenen Angaben der „*Friedensbewegung*" mehr als dreihundert ihrer Aktivisten auf dem Flugplatz waren, um absichtsvoll die Rechtsvorschriften auf „exterritorialem Gelände", auf dem die deutsche Polizei lediglich „in Amtshilfe" der US-Militärpolizei tätig werden kann, provozierend zu verletzen. Einer unter ihnen bestätigte im Zwiegespräch, daß die ganze Protestiergruppe zentral geführt wurde: „Wir treffen uns mittags vor dem Hauptgebäude und erfahren, was wir tun sollen."

Auch den Propagandatrick dieser „Friedensgruppe" mit dem angeblichen „*Schießbefehl* gegen Pazifisten" haben manche Berichterstatter nach dem Motto übernommen: „Das paßt uns gerade ins Konzept". Die „Friedensgruppe" hatte so ein Mittel zur Hand, die angeblich menschenverachtende Polizeigewalt der Ame*rikaner anzuprangern und gleichzei*tig unter vorgespiegelter Angst von ihrem Plan abzusehen, „ausgestellte Waffen mit unseren bloßen Händen zu zerstören". Dementis über den Schießbefehl, sowohl von einem US-Sprecher als auch vom Polizeipräsidenten von Kaiserslautern gegeben, änderten nichts. In Berichten wurden sie als „verschwommen" qualifiziert.

Seite 2: Treffpunkt Kabul?

Mit der Mannschaft von Dohnanyi ist nicht allzuviel Staat zu machen

Von HERBERT SCHÜTTE

Klaus von Dohnanyis Herz schlug für die Highlands: Die herrlichen Seen, das klare Wasser, die Leere eines Landes, das weniger Einwohner zählt als der Hamburger Stadtteil Wandsbek – das alles, so schwärmt der Bürgermeister von seinem Schottland-Urlaub per Fahrrad, sei einmalig gewesen. Neben dem Urlauber mit schwärmender Stimme saß ein Senatskollege, der die Frohsinns-Töne des Rathaus-Regenten wie Säuretropfen auf eine wunde Seele empfunden haben muß: der Chemiker Hansjörg Sinn, dessen Rücktritt Dohnanyi im Verein mit 50 anderen SPD-Politikern abgewandt hatte.

Der parteilose Wissenschaftler aus Südwestdeutschland hatte vor dem massiven Partei-Aufgebot kapituliert, das ihn zur Pflichterfüllung bis Ende 1984 gedrängt hatte. Selten hat ein Mann so unfroh, traurig und von Selbstzweifeln befallen nach einer Senatssitzung Rede und Antwort gestanden wie Hansjörg Sinn in der letzten Woche. Und selten stach die Erleichterung dessen, der sonst die Last der Nachfolge-Entscheidung zu *tragen hätte, so dagegen ab wie* bei Klaus von Dohnanyi. Der Bürgermeister konnte guter Dinge seinen Urlaub fortsetzen. Sinn bleibt noch ein gutes Jahr in den Sielen.

Der Vorgang erhellt, wie sensibel die Hamburger SPD auf Personalver*änderungen reagiert*. Das Regierungslager hat sich in eine vorgegebene Geschlossenheit eingepuppt, die bei geringem Anlaß aufreißen kann. Die Suche nach einem neuen Senatsmitglied oder eine senatsinterne Lösung mit Hilfe einer Zusammenlegung von Behörden und damit einer Neuaufteilung der Ressorts – beides kann die innerparteiliche Balance schwer belasten. Persönlichkeiten, die als ministrabel gelten können, sind in der Hansestadt rar. Theoretisch könnte die Hamburger Parteispitze auf ihr jetzt zur Opposition verurteiltes Bonner Personal zurückgreifen. Doch die ersten beiden Leute der Bundestagsliste – Helmut Schmidt und Hans Apel – fallen aus. Und Hans-Ulrich Klose – Nachfolger Herbert Wehners im Wahlkreis Hamburg – hatte schon im Januar abgewunken, als Dohnanyi ihm ein Senatsressort anbieten wollte.

Landesbericht Hamburg

Mit der Mannschaft, die dem Bürgermeister *seit der Regierungserklä*rung zur Seite steht, ist allzu viel Staat nicht zu machen. Viel Mittelmaß, wenig Profil. Das neue Sprachrohr der Linken im Senat, der für Ver- und Entsorgung zuständige Jörg Kuhbier, befindet sich auf Tauchsta*tion. Das von der Parteirechten* besetzte Amt der Bevollmächtigten in Bonn wird von Christine Maring so geräuschlos geführt, daß man von ihr nichts merkt. Von den Novizen ist Bausenator Eugen Wagner der einzige, der Entscheidungen deutlich vorantreibt und mit dem Kollege Dohnanyi auch Fraktur zu reden bereit ist. Die stärksten Bataillone im Senat führen Innensenator Alfons Pawelczyk und Wirtschaftssenator Volker Lange. Mit beiden muß Dohnanyi rechnen.

Die Beliebtheitswerte der Bürgermeister liegen nach der letzten Infas-Umfrage weit unter den Werten seines Vorgängers Hans-Ulrich Klose im Jahr 1978 (zu diesem Zeitpunkt hatte Klose ebenfalls die absolute Mehrheit für seine Partei zurückerobert). Diese Aussage machte CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau nach einer Analyse der Umfrage-Ergebnisse. Perschau errechnete aus den Roh-Daten der Befragung eine Zustimmung von 45 Prozent für die SPD, von 42 Prozent für die CDU, von 8 bis 9 Prozent für die Grün-Alternativen und von 2 bis 3 Prozent für die FDP. „Unsere Partei" – so schließt Perschau – „hat sich nach der Dezemberwahl erholt, die SPD ist auf das Niveau der Juni-Wahl zurückgefallen."

Damals, im letzten Sommer, setzten an der Elbe die „Hamburger Verhältnisse" ein, ein Zustand, wie er *wenige Wochen später auch in Hes*sen folgte mit dem Ergebnis der jetzt beschlossenen Selbstauflösung des Landtages. Inzwischen hat sich – so meint der neue Landesvorsitzende, Ortwin Runde – auch die hanseatische SPD wieder konsolidiert. Die Lunte, wie sie die GAL mit ihrem Antrag, Hamburg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, bei der SPD anlegen will, wird vermutlich zuerst nicht zünden: Die Regierungspartei spielt auf Zeitgewinn. Erst einmal wollen die Hamburger Sozialdemokraten am 23. September das Thema „Nachrüstung" bewältigen. Mit einer großen Mehrheit gegen eine Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen, wie Runde erwartet, obwohl die Genfer Ergebnisse bis zu diesem Zeitpunkt keineswegs abschließend bewertet werden können.

Denktasch droht mit der „Republik Nordzypern"

Insel-Griechen setzen auf Initiative der UNO

EVANGELOS ANTONAROS, Athen

Mit verhaltenem Optimismus werden die Aussichten auf eine Annäherung von Griechen und Türken in der Zypern-Frage beurteilt, nachdem der zyprische Staatschef Spyros Kyprianou vor einigen Tagen mit dem griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou in Athen verhandelt hat. Papandreou sprach sogar von „Ansätzen einer Beweglichkeit". Aber die zentrale Frage lautet, ob die Türken ihre Drohung wahrmachen und einen unabhängigen Teilstaat im Norden der Insel proklamieren.

Der türkische Volksgruppen-Führer Rauf Denktasch hatte unmittelbar nach einer für die Insel-Griechen besonders günstigen UNO-Resolution im Mai, in der der Abzug aller türkischen Truppen von der Insel gefordert wurde, die Verfassungsgespräche abgebrochen und mit einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung gedroht. „Wenn die Griechen weiterhin das Alleinvertretungsrecht beanspruchen, die Wirtschaftsblockade gegen die Türken nicht aufheben und die Rechte der türkischen Minderheit nicht anerkennen, so sind wir nicht bereit, diese unzumutbare Situation länger hinzunehmen", sagte Denktasch.

Die „Republik Nordzypern" ist bisher dennoch *nicht proklamiert* worden. Anders jedoch als in Nikosia, wo die türkische Drohung von allen griechischen Parteien ernst genommen wird, scheint die Athener Regierung von der Annahme auszugehen, daß Denktasch mit dieser Verunsicherungs-Taktik die Insel-Griechen zu mehr Konzessionen bewegen will.

Tatsächlich hat Denktasch bei Gesprächen mit dem Zypern-Beauftragten der UNO, Gobbi, Maximalforderungen gestellt, die die Insel-Griechen als „völlig unannehmbar" zurückwiesen. So beansprucht er für seine Administration eine „international anerkannte Rolle" sowie den ausdrücklichen Verzicht der Griechen auf die künftige Einschaltung der UNO. Als Vorbedingung für die Wiederaufnahme des Dialogs nannte er außerdem die Schaffung eines bizonalen zyprischen Bundesstaates. Aus griechischer Sicht können solche Vorleistungen nicht erbracht werden. Sie müssen vielmehr Gegenstand des interkommunalen Dialogs sein, der nach Ansicht Nikosias intensiviert und unter der Oberaufsicht der Vereinten Nationen nach einem konkreten Zeitplan abgewickelt werden muß. Nach Darstellung eines inselgriechischen Regierungssprechers haben die Türken immer wieder „zu viel Zeit" in Anspruch genommen, wann immer griechische Vorschläge eingebracht *wurden, so daß* kein Durchbruch erzielt werden konnte.

Diese „absichtliche Hinhaltetaktik" – so Kyprianou – zwang schließlich die Griechen, sich erneut an die UNO zu wenden. In New York erzielten sie unverhofft einen diplomatischen Erfolg: 103 Staaten stimmten für, fünf dagegen und 20 enthielten sich der Stimme, als der Abzug aller türkischen Truppen verlangt wurde, die seit 1974 knapp 37 Prozent des Inselterritoriums besetzt halten. Zum ersten Mal wurde außerdem UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar, mit der Aufgabe betraut, „Aktionen oder Initiativen zu ergreifen, die er für angebracht hält".

Dieser griechische Punktsieg ist von Anfang an ein Dorn im Auge Ankaras gewesen, wo die UNO-Resolution als „einseitig und unausgewogen" verworfen wurde. Zuvor hatte die UNO-Vollversammlung die Anhörung eines türkisch-zyprischen Vertreters abgelehnt.

Trotz der zunächst negativen Haltung Ankaras hat Pérez de Cuéllar seine Beratungen aufgenommen und bereits Gespräche mit Kyprianou und Denktasch geführt. Auch die Unterredungen Gobbis mit den beiden Volksgruppen finden in diesem Rahmen statt. Zu einer Reise nach Nikosia, Ankara und Athen hat sich Pérez, der jahrelang als UNO-Sonderemissär in Nikosia tätig war, allerdings noch nicht entschlossen, weil die Meinungsunterschiede zwischen Insel-Griechen und -Türken noch unüberbrückbar zu sein scheinen. Daher will er den Erfolg seiner Mission nicht riskieren.

Ankara mag sich über die pro-griechische UNO-Resolution geärgert haben, scheint aber dennoch nicht geneigt zu sein, Denktaschs Unabhängigkeitspläne absegnen zu wollen. Dies wird bei Gesprächen im türkischen Außenministerium deutlich. Aber in Nikosia wollen nur die wenigsten Griechen glauben, daß Ankara die Insel-Türken bremsen will. Von einem „abgekarteten Spiel" ist die Rede, das angeblich die westliche Öffentlichkeit von den Teilungsplänen der Türken ablenken soll. (SAD)

Zögernd gehen Israel und Spanien aufeinander zu

Politiker-Besuche als Vorboten einer Normalisierung

ROLF GÖRTZ, Madrid

Eine Reise des spanischen Senatspräsidenten Federico de Carvajal nach Israel und die Eröffnung eines regelmäßigen Flugdienstes zwischen Madrid und Tel Aviv werden in den Hauptstädten beider Länder als Vorboten einer baldigen Normalisierung der diplomatischen Beziehungen gewertet. Spanien unterhält ein Konsu*lat in Jerusalem. Aber es gilt nicht als* diplomatische Vertretung gegenüber dem Staat Israel. Der spanische Monarch Don Juan Carlos führt unter seinen Titeln auch den des „Königs von Jerusalem", ein Relikt aus der Zeit der katholischen Könige.

Unter den spanischen Politikern, die in den letzten Jahren Israel besuchten, setzte sich am meisten Oppositionsführer Fraga Iribarne (Volksallianz) für die Normalisierung ein. Aber auch sozialistische Parlamentarier wie der Senatspräsident und der Verteidigungsexperte Mugica Herzog pendeln sich in dieser Richtung ein.

Israels Staatspräsident Navon, Nachfahre einer sefardischen Familie, konnte sich mit seinen Gästen aus Madrid sogar auf spanisch unterhalten. Auf eine Frage der WELT nach einer Normalisierung nicht zuletzt aufgrund solcher historischen Bindungen antwortete vor kurzem der spanische Ministerpräsident Felipe González: „Tatsächlich pflegen viele Israelis, auch führende Politiker, immer noch das alte Spanisch." Der *gegebene Augenblick zur Aufnahme* diplomatischer Beziehungen war nach seiner Meinung nach dem Tode Francos. „Jetzt aber, glaube ich, besteht eine solche Möglichkeit nur im Zusammenhang mit der Entwicklung des Friedensprozesses im Nahen Osten."

Nach diesen Worten könnte der Teilrückzug der Israelis in Libanon geeignet sein, den diplomatischen Prozeß einzuleiten. Von israelischer Seite wurden entsprechende Angebote der letzten Jahre wiederholt.

Die historischen Bindungen führten im 14. und 15. Jahrhundert zu einer starken Beteiligung sefardischer Juden an der politischen, wirtschaftlichen und kulturell-wissenschaftlichen Entwicklung Spaniens und Portugals. (Sefarad ist hebräisch für Hispania.) Weil die Sefarden jedoch im städtischen Bürgertum bereits die Kraftzentren der Zukunft aufbauten, fürchtete der Feudalstaat Kastilien um sein Herrschaftssystem: Die katholischen Könige Isabel von Kastilien und Fernando von Aragon vertrieben deshalb nach ihrem Sieg über das letzte Maurenreich in Spanien im Jahre 1492 jene Juden, die sich nicht taufen lassen wollten. Die Getauften aber wurden Opfer der In*quisition, wenn der Verdacht heimli*cher Glaubensausübung bestand oder erfunden werden konnte.

Im Exil hielten die Vertriebenen Jahrhunderte hindurch an ihren sefardischen Sitten und ihrer altkastilischen Sprache fest. In Israel gibt es eine *spanischsprachige* Zeitung („El Tiempo"); sie hat einen Korrespondenten in Madrid.

Erst spät teilte sich die sefardische Emigration in einen europäischen und einen orientalischen Zweig, letzterer mit Siedlungsgebieten an der nordafrikanischen Küste bis nach Marokko. So versteht man im heutigen Israel unter Sefardim meist nur die Abkömmlinge des orientalischen Zweiges.

General Franco knüpfte noch im Zweiten Weltkrieg an die sefardischen Bindungen an und ließ jedem Juden in den Balkanstaaten auf Wunsch einen spanischen Paß aushändigen. Die Begründung: Bei der Vertreibung 1492 war die Staatsangehörigkeit nicht aberkannt worden. Diese Auslegung wurde nach dem Krieg Gesetz. So erhielten während der israelisch-arabischen Kriege ägyptische, libysche und algerische Juden ebenfalls spanische Pässe und damit Sicherheit und Freiheit.

Die fällige Annäherung zwischen Israel und Spanien vollzog sich auf kultureller, wirtschaftlicher und *schließlich diplomatischer* Ebene. Den Anfang machte eine bibliographische Ausstellung sefardischen Schrifttums in der Madrider Nationalbibliothek 1959. 1964 wurde der jüdischen Gemeinde die älteste Synagoge in Toledo als Museum zurück*gegeben*; 1968 wurde zum ersten Mal nach 600 Jahren in Madrid eine Synagoge gebaut.

Die erste Regierung nach Francos Tod bereitete sich 1976 auf eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel vor. Daß es dann aber nicht dazu kam, lag weniger an den historisch guten Beziehungen zu den arabischen Staaten als vielmehr an der Politik der Regierung Suárez (bürgerlich) gegenüber den Palästinensern. Als erster europäischer Regierungschef bereitete er PLO-Chef Arafat einen Staatsempfang. Er knüpfte außerdem enge Beziehungen zu Libyen und Algerien. Erst nach der Regierungsübernahme durch die Sozialisten im Dezember 1982 brachte der Besuch des israelischen Oppositionsführers Shimon Peres bei González eine zumindest atmosphärische Entspannung. (SAD)

Juristen wollen Reform der Ausbildung

AP, Bonn

Der Deutsche Anwaltsverein und der Deutsche Richterbund haben gemeinsam an die Länder appelliert, bei den anstehenden Beratungen über die Juristenausbildung zügig zu einer Einigung zu kommen. In einer gestern in Bonn vorgelegten Erklärung heißt es, statt der bisherigen strikten Trennung zwischen theoretischer und praktischer Ausbildung müsse eine stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis eingeführt werden. Ein vom Bundesrat vorgelegter Reformentwurf, wonach die praktische Ausbildung in Gerichten und Anwaltskanzleien lediglich in den Semesterferien verstärkt werden soll, könne dieses Ziel nicht erreichen.

Der Sprecher des Deutschen Anwaltsvereins, Peter Winters, betonte, die gemeinsame Erklärung sei als politische Unterstützung für Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) gedacht, der eine Straffung der Juristenausbildung von 1985 an mit weitgehend den gleichen Mitteln erstrebe.

Rommel dementiert Berlin-Pläne

dpa, Stuttgart

Der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) denkt nach eigenen Worten nicht an eine Kandidatur für das Amt des Berliner Regierenden Bürgermeisters. Rommel nahm gestern zu Presseveröffentlichungen der vergangenen Woche Stellung, nach denen er als möglicher Nachfolger des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker im Gespräch sei, wenn dieser für das Amt des Bundespräsidenten kandidieren sollte: In seinen Gesprächen mit von Weizsäcker sei es um „alles Mögliche", nicht aber um eine Nachfolge in Berlin gegangen.

Strauß erwartet Gegenleistungen

rtr, München

Der bayerische *Ministerpräsident* und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat die Erwartung bekräftigt, daß die „DDR" mit Gegenleistungen auf den von ihm „eingefädelten" Milliardenkredit antworten wird. „Die Regierung der DDR weiß, daß sie *ohne* solche Gegenleistungen mit keinem weiteren Entgegenkommen der Bundesrepublik Deutschland rechnen kann", schrieb Strauß in einem Beitrag für die Wochenendausgabe der „Passauer Neuen Presse". Er nannte jedoch keine Einzelheiten seiner Erwartungen.

Seine eigene Partei rief Strauß in der Debatte über den „DDR"-Kredit zur Disziplin auf. „Wenn in der großen CDU mit ihrer geographischen Weite und ihren vielfältigen soziologischen Erscheinungen eine solche Disziplin möglich ist, warum sollten die Bayern ein Bild der Disziplinlosigkeit und damit auch ein Bild der politischen Hilflosigkeit und Selbstlähmung bieten", fragte der CSU-Chef. Man solle nicht ihn schlagen, wenn man Bundeskanzler Helmut Kohl meine: „Mit dieser Heuchelei sollte jetzt endlich Schluß sein."

Ausgaben für Bildung steigen

AP, Bonn

Bund, Länder und Gemeinden haben im vergangenen Jahr 81,8 Milliarden Mark für die Bildung ausgegeben. Wie das Bonner Bildungsministerium gestern dazu mitteilte, sind das 1,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Im laufenden Jahr werden die Ausgaben um 2,4 Prozent auf *83,8 Milliarden* Mark steigen. Während die Gemeinden 1982 ihre Bildungsausgaben um 2,7 Prozent auf 14,8 Milliarden Mark drosselten, steigerte der Bund sie um 3,2 Prozent auf 7,1 Milliarden Mark.

FDP-Delegation besucht „DDR"

rtr, Hannover

Eine Delegation der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag ist gestern zu einer dreitägigen Reise in die „DDR" aufgebrochen. Die sechs Abgeordneten wollen die Stadt und den Landkreis Erfurt besuchen, wie der Landesgeschäftsführer der Partei, Heinz Karow, dazu mitteilte. Es seien Gespräche geplant mit der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) und mit Gemeindevertretern im Landkreis Erfurt.

Olympische Spiele 1992 in Berlin?

dpa, Berlin

Ein Verein unter der Schirmherrschaft des Berliner Parlamentspräsidenten Peter Rebsch (CDU) will die Olympischen Spiele 1992 in Berlin organisieren. Wie Rebsch gestern sagte, müsse nach den inoffiziellen Spielregeln die Olympiade 1992 wieder in einer Stadt Westeuropas ausgerichtet werden. Eine Bewerbung Berlins müsse aber vorher mit Frankfurt abgestimmt werden, das ebenfalls Interesse an der Veranstaltung der Spiele *zeige. Ein erstes Konzept will die* Gruppe 1984 während der Olympiade in Los Angeles vorstellen.

Am „DDR"-Strand ist kein Plätzchen frei

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Im Sand liegt man fast enger „gepökelt" als in Rimini, nach Softeis stehen Schlangen, bisweilen geht das Bier aus, und zwischen Strandkorb und Selbstbedienungs-Gaststätte herrschen Disziplin und Ordnung. 2,5 Millionen „DDR"-Urlauber laden in *diesen Ferienwochen an der reizvol*len 360 Kilometer langen mecklenburgischen Küste wieder ihren Arbeits-Akkumulator für den anstrengenden Sozialismus auf. Im dritten Sommer müssen sich Schichtarbeiter von Leuna und Medizinalassistenten aus Erfurt an der See drängeln. Denn seit Oktober 1980 sind, bedingt durch ein faktisches Reiseverbot ins „Freundesland" Polen, Pommerns beliebte Badeorte für „DDR"-Gäste verschlossen.

Weil jenseits der Grenze hinter Ahlbeck im heute polnischen Swinemünde bereits das „off limits" beginnt, das Ost-Berlin aus Furcht vor polnischen „Infektionen" verhängte, ist zwischen Boltenhagen und Heringsdorf kein Plätzchen mehr frei. Für jeden „DDR"-Urlauber bedeuten 14 Tage Ostsee noch immer soviel wie Bundesbürgern in den sechziger Jahren ein Mallorca-Trip. Dieses um so mehr, da früher beliebte Feriendomizile in östlichen Nachbarländern wie der ungarische Plattensee längst zu *teuer geworden sind.*

Dennoch blieb trotz der permanenten Ausbuchung der Charme der Ostsee bewahrt, denn weder Wolkenkratzer noch Maschendrahtzäune kurtaxsüchtiger Gemeindeverwaltungen trüben den Blick. Die „DDR"-Riviera ist quasi von Ostern an und bis in den milden Herbst am Meer durchgehend besetzt. „Alles belegt", meldete in diesen Tagen im Zenit der Urlaubssaison (erst am 1. September beginnt wieder die Schule) das SED-Blatt „Berliner Zeitung" und warnte davor, auf gut Glück mit Sack und Pack und überladenem „Trabbi" in Richtung Norden aufzubrechen.

Nach Ostberliner Zahlen verreisten 1980 – jüngere Angaben finden sich nicht – rund 8,7 Millionen Arbeitnehmer mit ihren Familienangehörigen. Folglich waren knapp 50 Prozent aller „DDR"-Bürger unterwegs. Die Reise-Quote in der Bundesrepublik liegt mit etwa 55 Prozent nicht wesentlich über diesem Wert.

Trotz Erzgebirge oder Thüringer Wald – versetzt nichts anderes einen „DDR"-Werktätigen in derart freudige Wallungen als ein Ostsee-Ferienscheck der staatlichen Gewerkschaft FDGB. Die Faustregel besagt, daß nach dem Gesetz der Serie alle sieben bis zehn Jahre eine 14-Tage-Tour an die Ostsee denkbar erscheint: Denn legt man eine FDGB-Mitgliederzahl von acht Millionen und zum Beispiel 1980 vergebene FDGB-Reisen von 1,8 Millionen zugrunde, sind billige FDGB-Reisen ohnedies nur alle 4,5 Jahre denkbar.

Die Zeiten der 30-Mark-Einheitspreise für zwei Wochen bei einem „Durchgang" sind auch im sozialistischen Teil Deutschlands nur noch ferne Vergangenheit. Je nach Einkommen und Unterkunft – vom pri*vaten Bettenvermieter und mäßigem* Essen in der Vertragsgaststätte bis zur von Schweden erbauten Luxusherberge „Neptun" am Warnemünder Strand – klettern die Preise bis zu 310 Mark für zwei Wochen. Darin ist jedoch bereits das Bahnticket enthal*ten. Zwei Drittel der tatsächlichen* Urlaubskosten schießt der Staat zu.

Private Vermieter an der See sind verpflichtet, sämtliche Lagerstätten zunächst den FDGB-Aufkäufern anzudienen. Der Rest darf dann, meist weit im Hinterland, an private Stammgäste vergeben werden.

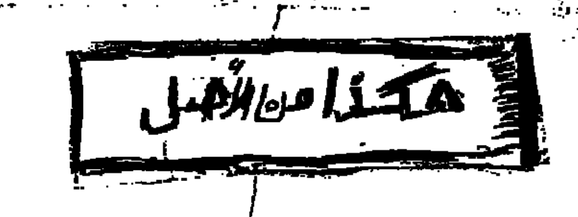
Über die jeweilige „Betriebsgewerkschaftsleitung" (BGL) setzt die staatlich gesteuerte Pseudo-Gewerkschaft einen Seeurlaub auch als fein dosierte Belohnung für die Besten im sozialistischen Wettbewerb ein. Denn über diese begehrten Plätze entscheidet nicht das Los, sondern allenfalls soziale Gesichtspunkte wie Kinderzahl und Gesundheitszustand, sofern die Kriterien gesellschaftlicher Einsatzbereitschaft beim Verteilen „verbraucht" sind.

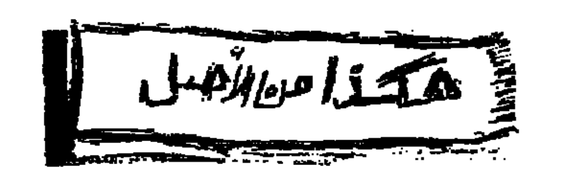
Auch die „DDR"-Oberen wissen, sofern ihnen nicht die Gäste-Areale des Kreml auf der Krim zur Verfügung stehen, Ozon und Brise zu schätzen. Ihr Paradies, zu dem nur eine Fähre das Sesam-öffne-dich bildet, heißt Vilm – eine Miniaturinsel südlich von Putbus auf Rügen. Zu gewisser Berühmtheit gelangte 1980 auch ein Regierungssommerquartier in Dierhagen auf dem Darß.

Auch beim Thema „Ostsee" erweist sich, daß Ost-Berlin für Deutsche Mark alles möglich macht. Im Westberliner SEW-Blatt „Wahrheit" preist ein Reisebüro freie Plätze auf der Insel Usedom *für 340 DM pro* Woche oder für 40 D-Mark mehr auf Rügen an. „Kein Mindestumtausch", lautet die Werbung – er ist längst in den Preis eingearbeitet.

„Wo die Ostseewellen trecken an den Strand" sind auch alle jene *„DDR"-Urlauber mit spendabler* Westverwandtschaft willkommen. Über die dänische GENEX-Einkaufszentrale läßt sich nämlich mühelos vom Westen aus im Fünf-Sterne-Hotel „Neptun" für 1155 D-Mark ein Zweibettzimmer mit Vollpension für eine Woche reservieren.

Von der Ordnungsliebe à la „DDR" bleibt aber auch dieser Kunde nicht verschont. Laut Aushang muß er nämlich bedenken: „Das Füttern der Möwen von Ihrem Balkon aus ist aus Gründen der Reinhaltung des Hotels nicht gestattet."





In Baalbek führt Ayatollah Khomeini Regie

Revolutionsgarden propagieren seine Lehren und kämpfen gegen Israelis und Christen / Auch Libyer in der Bekaa

PETER M. RANKE, **Baalbek**

In den römischen Tempelruinen von Baalbek dirigierte einst Karajan die Berliner Sinfoniker. Künstler aus aller Welt kamen zu Konzert, Theater, Ballett. Heute gibt es andere Vorstellungen in Baalbek, und der Dirigent heißt Ayatollah Khomeini.

Das bärtige, finstere Porträt des iranischen Revolutionsführers „grüßt" von Plakaten und Mauerwänden. Kaum ein Haus ist ohne Parolen und Spruchbänder wie „Tod den USA und Israel". Auf einer Bunkerwand sieht man ihn die „revolutionären Massen" nach Jerusalem zum „befreiten" Felsendom führen. Natürlich gibt es einen Khomeini-Platz und eine Jerusalem-Straße. Denn in dem einst völkerverbindenden Baalbek in Libanon befinden sich seit einem Jahr die Quartiere und das Befehlszentrum der rund 1200 bärtigen Revolutionsgardisten (Pasdaran) und ihrer Mullahs aus Iran, die hier gegen Israelis und Christen kämpfen wollen.

Neben Syrern und Palästinensern sind die Pasdaran die dritte Besatzungstruppe im ostlibanesischen Bekaa-Tal. Die Iraner hausen in Zelten, besetzten Häusern und einer Schule. Alle sind mit Kalaschnikows, Panzerfäusten und Maschinengewehren oder Granatwerfern bewaffnet. Ihr Nachschub kommt mit Lkw-Kolonnen aus Syrien.

Da auch die libanesische Bevölkerung in und um Baalbek aus Moslems der schiitischen Glaubensrichtung besteht, predigen die Pasdaran die politischen und religiösen Lehren Khomeinis. Oder sie wenden Zwang an. Zwar tragen die libanesischen Frauen und Mädchen noch keinen alles verhüllenden Schador-Schleier, aber lange Röcke und Kopftücher sind strenge Vorschrift. Mit männlichen Dorfbewohnern in der Umgebung von Baalbek bekamen die Iraner allerdings heftigen Streit, als sie Haschisch-Felder zerstören wollten. Libanesischer Haschisch ist beliebt als Tauschmittel gegen Waffen und gelangt über Syrien in den Handel.

Fremde im eigenen Land

In Baalbek trifft man auch auf radikale libanesische „Kampfgruppen", die von der gemäßigten schiitischen Amal-Miliz abgefallen sind und jetzt in der Bekaa ein Räuber-Dasein führen. Berüchtigt ist nicht nur die „Dschihad Islam", die wahrscheinlich im April den blutigen Anschlag auf die US-Botschaft in Beirut ausführte, sondern mehr noch die „Amal Islamic Movement" unter dem früheren Lehrer Hussein Mussavi, der heute steckbrieflich gesucht wird.

Vor und in Baalbek wachen Kontrollposten der Palästinenser, der Syrer, der Iraner und der Amal-Miliz; doch mit einem syrischen Presse-Ausweis kommt man durch. Nur das weite Ruinen-Gelände mit den Tempelresten, wo einst die Festspiele stattfanden, ist gesperrt. Dort sollen sich syrische Stellungen befinden. Auch in den steinigen Hügeln oberhalb des palästinensischen Flüchtlingslagers „Jalil" (früher Wavell-Camp), wo rund 15 000 Menschen leben, steht syrische Artillerie hinter braunen Erdwällen.

Baalbek und die gesamte Ebene ist ein Flickenteppich verschiedenster Gruppen und Trüppchen, über die die syrische Armee nur eine lose Kontrolle ausüben kann: Irgendwo in der Bekaa haben sich auch 500 libysche Soldaten mit Panzern eingenistet. Die letzten libanesischen Bauern, die sich selten auf ihre Felder wagen, sind Fremde im eigenen Land. Es gibt zwar noch Bürgermeister, auch die Gendarmerie sowie drei Bischöfe in der christlichen Kleinstadt Zahle, aber sie dürfen nur gelegentlich protestieren. Zu sagen haben sie nichts.

Zahle in einem Bergtal mit klaren Quellen ist seit dem Frühjahr 1981 von den syrischen Truppen abgeriegelt. Die Bauern dürfen nicht auf die verkommenden Felder; Handel und Wandel liegen wegen der strengen Kontrollen auf allen Straßen in der Bekaa und im Gebirge darnieder. Auch fast alle Weinberge an den sonnigen Osthängen verkommen. Der berühmte „Ksara Rose" wird bald knapp werden. Zahle ist eben eine Stadt der Christen, und die haben im schiitisch-persischen Libanon nichts mehr zu suchen.

Überall Geschütze und Panzer

Die Bekaa zwischen Zahle und Baalbek sowie die Straße nach Damaskus wimmeln von syrischen Soldaten und Stellungen. Überall in den nicht mehr bebauten Feldern erkennt man hinter braunroten Erdwällen Panzer, Geschütze, Raketen. Oder sie sind unter Tarnnetzen verborgen. Die Wege zu den Stellungen führen quer durchs Gelände.

Die Stimmung der Bevölkerung ist gedrückt, man spricht viel von einem neuen Krieg zwischen Syrern und Israel. Nur einer scheint zufrieden zu sein: Khomeini, aufgepinselt auf den Denkmalsockel, auf dem ein anderer Volksverführer stand, der Ägypter Gamal Abdel Nasser. Auch er wollte einst mit Hilfe der Syrer in Libanon Fuß fassen. Aber sein Denkmal wurde gesprengt, und Khomeinis Bild wäscht vielleicht der nächste Herbstregen weg. (SAD)

Hans Germani, ein Kenner Afrikas, ist tot

Es gab kaum einen Politiker des Schwarzen Kontinents, den er nicht persönlich kannte. Manche von ihnen kannte er schon zu einer Zeit, als sie noch Buschkrieger und Rebellen gegen den Kolonialismus waren. Er hat die jungen Staaten Afrikas auf ihren ersten schwankenden Schritten in die Unabhängigkeit begleitet. Einen Afrikakenner, der den dramatischen Ereignissen dieser bewegten Epoche so lange wie er nahe war, gab es im deutschen Journalismus der letzten zwanzig Jahre nicht.

Nahe – das hieß für den Doktor Hans Germani, der am frühen Montag in Johannesburg, erst 56 Jahre alt, starb, immer s e h r nahe, unglaublich nahe. Dieser gebürtige Triestiner, der nach Krieg und Kriegsgefangenschaft seinen Doktor der Medizin in Wien gemacht hatte, war ein „weißer Jäger" ganz besonderer Art, ein Jäger der Nachricht, der ihr bis tief in den Dschungel folgte, dorthin, wo die Luft bleihaltig schmeckt und die Kommoditäten der Zivilisation rar sind. Er muß die Gefahr sehr geliebt haben, denn er hat sie so beharrlich gesucht wie wenige in der Branche.

Schon 1956, während des Ungarn-Aufstandes, hatte ihn der Splitter einer sowjetischen Granate erwischt. Er war damals von 1953 bis 1959 Korrespondent des „Spiegel" für Österreich und Südosteuropa mit Sitz in Wien. Doch das konnte offensichtlich nicht seine endgültige Bestimmung sein. Nachdem er zwei Jahre die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" in Kairo vertreten hatte und später für Peter von Zahns „Windrose" in Nairobi tätig war, kam er zur WELT und trat 1963 in den Springer Auslands-Dienst (SAD) ein. Sein Schreibtisch stand zunächst in Nairobi, seit 1976 in Johannesburg. Aber sein Arbeitsplatz war überall in Afrika, wohin ihn ein Hubschrauber oder ein Landrover tragen konnte.

Die Wirren, die der Kongo Mitte der sechziger Jahre erlebte, der Kampf gegen die Abspaltung Katangas, fanden in ihm einen engagierten Berichterstatter. Er hat diese Phase in seinem Buch „Weiße Söldner im schwarzen Land" beschrieben. Wo immer die Flammen eines noch unfertigen Nationalismus aus der heißen Erde Afrikas züngelten, in der Sahel, in Nigeria, in Zimbabwe, im Norden, in der Mitte oder im Süden des Kontinents – Hans Germani war zur Stelle. Der Gedanke, sich zu schonen oder aus der bequemen Distanz des Kolumnisten zu schreiben, war seine Sache nicht.



WELT-Korrespondent Hans Germani
FOTO: DIE WELT

Darüber kam jedoch die Analyse nie zu kurz. Zwei Jahrzehnte Afrika hatten ihn in der dezidierten Überzeugung bestärkt, daß allzuviel auf dem Schwarzen Kontinent in der Hast der Entkolonialisierung eine falsche Entwicklung genommen hatte. Die enge Bekanntschaft mit den Problemen der jungen Staaten hatte aus ihm einen Skeptiker gemacht. Zum Schluß wurde ihm von Robert Mugabe, dem sozialistischen Staatschef Zimbabwes, dem er „außergewöhnliche Intelligenz" bescheinigt hatte, die journalistische Akkreditierung entzogen.

Aber die Situation nicht weniger Länder Afrikas bestätigt heute, daß seine Skepsis nicht auf Vorurteilen beruhte. Er hat sich immer dagegen gesträubt, die Wachstumsprobleme der Dritten Welt mit der ideologischen Elle zu messen. Er wußte, daß sie zu verschiedenartig sind, um sie aus der Distanz zu betrachten. Er hielt nichts von weltanschaulichen Pauschalurteilen – die Zukunft Afrikas, die ihm zur Lebensaufgabe geriet, sollte erweisen, wie recht er damit hatte. HEINZ BARTH

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verwechslung

„Das Ganze bezeichnet ihr noch als national"; WELT vom 28. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

das war ein ausgezeichneter Artikel. Für jeden Kenner der „DDR"-Verhältnisse waren die vernichtenden Kommentare der Mitteldeutschen zu dem Milliardenkredit völlig klar. Bezeichnend für die Situation ist außerdem die Offenheit der Antworten, wenn nur mal jemand aus dem Westen fragt. Der Milliardenkredit verbessert vielleicht das Verhältnis zur „DDR"-Regierung, nicht aber zu den Menschen im Volke.

Anzuregen wäre auch eine Umfrage zu den katastrophalen Aussagen von Strauß, die Polenpakete würden die Würde der Polen verletzen. Diese Hilfspakete mindern zwar das Ansehen der bankrotten sozialistischen Regierung, sind aber trotzdem eine hochwillkommene und dankbar entgegengenommene Hilfe für die Polen und Deutschen in der Volksrepublik Polen. Prominente Ostbesucher verwechseln oft die nicht gewählten und vom Volke verachteten sozialistischen Regierungen mit eben diesem Volke. Das macht demokratische Politiker im Osten wenig attraktiv.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Wulf Rothenbächer,
Diez

Es ist die Ilm

„In der größenden Hand steckt der Zettel mit dem Hilferuf"; WELT vom 28. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrer Orientierung und zur Auffrischung Ihrer Kenntnisse in thüringischer Geographie: „Das Tal der lieblichen Ilmenau" ist nicht in und bei Weimar, sondern viel näher an Hamburg heran. Sie brauchen jetzt dazu nur z. B. nach Bevensen zu fahren. Durch Weimar fließt die Ilm.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Wilhelm Baum,
Hamburg 6

Mummenschanz

Im Mittelalter vermummte sich der Scharfrichter. Das war sein gutes Recht, denn er galt als ehrlos und wollte nicht allgemein erkannt werden. Vermummt waren auch seine Henkersgesellen, die Folterknechte der Inquisition und sonstiger „peinlicher Befragung".

Auch heute gibt es noch Vermummungen: der Handlanger gewisser Blutkulte, etwa der „schwarzen Makumba" in manchen lateinamerikanischen Staaten, oder bei den nächtlichen „Vodoo"-Feierlichkeiten. Wer wüßte nicht, daß auch die Ku-Klux-Klan-Anhänger bei ihren Feuerspielen vermummt sind – Feindbild schlechthin aller freiheitlich gesinnten Kreise! Die Bilder jener makabren Klan-Jünger gleichen haargenau denen von maskierten Bankräubern und Kindesentführern.

Aber hat denn nun der Ku-Klux-Klan die Herrschaft über die deutschen Städte ergriffen – in Krefeld, Bochum, Berlin, auf der Startbahn West, in Ramstein und weiß Gott noch wo? Welch eine böse Diskriminierung edler Fortschrittler! Demonstration kommt doch von „demonstrare" – aufzeigen, öffentlich darstellen. Ein demokratisches Bürgerrecht öffentlicher Kritik, wie ja auch der Staat seine Handlungen offenkundig macht, seine Gerichtsverhandlungen, zum Beispiel. Hat man jemals Richter oder Staatsanwälte vermummt gesehen, „um nicht erkannt zu werden"? Dabei ist doch sogar schon ein Kammergerichtspräsident ermordet worden und bald danach der Generalbundesanwalt – zur „klammheimlichen" Freude vermummter Systemverschlechterer.

Wenn also Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann den Vermummungsschanz beseitigen will, tut er dem demokratischen Staat und allen ehrlichen Demonstranten einen Gefallen – diese wollen doch etwas, was ihnen nicht gefällt „demonstrare", öffentlich aufzeigen. Ihr Bürgerrecht – und dazu gehört auch, sie vor der Meinung der Öffentlichkeit zu schützen, sie seien in Wirklichkeit „klammheimliche" Räuber, Plünderer, antidemokratische Gewalttäter oder gar Jünger des Ku-Klux-Klan.

Hubertus Prinz zu Löwenstein,
Bonn-Bad Godesberg

Wort des Tages

„Die entscheidende Frage an Menschen und Völker ist die: ob es ihnen gelungen ist, sich mit dem Ewigen zu erfüllen, oder, demütiger gesprochen, ob sie das Ewige wirksam werden ließen in ihrem Inneren; ob sie seine Macht durch ihr Schicksal und ihre Werke bezeugten."

Reinhold Schneider, dt. Autor (1903–1958)

Personalien

GEBURTSTAG

Professor **Theodor Schober**, seit 1963 Präsident des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland, feiert am 10. August seinen 65. Geburtstag. Der Pfarrerssohn aus Zirndorf studierte Theologie und wurde 1949 für das geistliche Amt ordiniert. Bis 1955 war er Stadtvikar und Gemeindepfarrer in Erlangen, danach Rektor des Evangelisch-Lutherischen Diakoniewerks in Neuendettelsau. Seit 1963 ist er Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Er ist Präsident des Internationalen Verbandes für Innere Mission ud Diakonie und Vizepräsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Das Diakonische Werk, das er seit so langen Jahren leitet, beschäftigt bundesweit rund 215 000 hauptamtliche Mitarbeiter, davon 24 347 Schwestern. Außerdem ist das Diakonische Werk Träger von 286 Krankenhäusern mit insgesamt 60 000 Betten. Beim Diakonischen Werk liegt auch die Geschäftsführung der 1958 gegründeten Aktion „Brot für die Welt" sowie das Projektprogramm des kirchlichen Entwicklungsdienstes. Professor Schober will im nächsten Jahr in den Ruhestand gehen. Sein Nachfolger soll schon im Oktober dieses Jahres bestimmt werden.

EHRUNG

Professor **Karl Holzamer**, früherer Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens, wurde der Eduard-Rhein-Ring zuerkannt. Der Ring wird nach dem Willen des Initiators und Vorsitzenden der Stiftung, **Eduard Rhein**, der Begründer und erster Chefredakteur der Funk- und Fernsehzeitschrift „Hör zu" war, an Persönlichkeiten verliehen, die sich um die Entwicklung von Rundfunk und Fernsehen verdient gemacht haben. Die Rhein-Stiftung würdigt so Holzamers Leistungen beim Aufbau des ZDF.

*

Georg Wilhelm Erbprinz zu Schaumburg-Lippe, der in der vergangenen Woche im Alter von 27 Jahren bei einem Motorradunfall ums Leben kam, wurde gestern im Bückeburger Mausoleum beigesetzt. An den Trauerfeierlichkeiten nahmen neben Vertretern des europäischen Hochadels auch Niedersachsens Ministerpräsident **Ernst Albrecht** und Ehefrau **Heide-Adele** sowie Wirtschaftsministerin **Birgit Breuel** teil. Der Vater des Erbprinzen, **Philipp Ernst Fürst zu Schaumburg-Lippe**, der auch Chef des Hauses ist, hat inzwischen seinen 22jährigen Sohn **Alexander**, der in Göttingen Jura studiert, zum Erbprinzen bestimmt.

LEICHTATHLETIK / Alle drei 400-m-Läufer im Halbfinale, alle drei Hammerwerfer überstanden die Qualifikation



HELSINKI '83

● Der zweite Wettkampftag in Helsinki: Nur die Bundesrepublik Deutschland stellt drei 400-m-Läufer im Halbfinale. Auch im Hammerwerfen gab es keinen Ausfall. Und heute steht der Tag an, an dem die deutschen Athleten große Chancen haben – durch Ulrike Meyfarth, Harald Schmid, Hans-Peter Ferner, Willi Wülbeck, Karl-Hans Riehm.

Wo liegt Komorit?

Vor den Entscheidungen stehen sehr oft, wenn auch nur für wenige Augenblicke, Athleten im Mittelpunkt des Interesses, die die Weltmeisterschaften so herrlich bunt machen. Oder wissen Sie wo Komorit liegt? Ein Staat, aus dem Soifiya Mohammed kommt. In ihrem Vorlauf über 800 m erreichte sie als Sechste 2:55,64 Minuten – rund eine Minute mehr als die Weltklasse. Komorit ist übrigens eine Insel vor Madagaskar – geographischer Nachhilfeunterricht über den Sport.

Die Langsamsten unter den Schnellen sind auch schon ermittelt: Ismail Mohammad Baraki aus Afghanistan lief über 100 m 12,33 Sek. Damit wäre er in jedem Vorlauf der Frauen ausgeschieden. Eine aber hätte er besiegt – Judith Nimpaye aus Burundi, die nach 14,65 Sek. ins Ziel trabte. Evelyn Ashford hätte bei ihrem Weltrekordlauf (10,79) 30 Meter Vorsprung gehabt.

Aber sie sind dabei – fester Bestandteil eines Weltfestes.

ERGEBNISSE

Kugelstoßen Männer

Gold: Sarul (Polen) 21,39 m, **Silber:** Timmermann („DDR") 21,16, **Bronze:** Machura (CSSR) 20,98, 4. Laut (USA) 20,60, 5. Bojars (UdSSR) 20,32, 6. Beyer („DDR") 20,09.

20 km Gehen

Gold: Canto (Mexiko) 1:20:49 Std., **Silber:** Pribilinec (CSSR) 1:20:59, **Bronze:** Ewsjukow (UdSSR) 1:21:08, 4. Marin (Spanien) 1:21:21, 5. Lelievre (Frankreich) 1:21:37, 6. Blazek (CSSR) 1:21:54.

Marathon Frauen

Gold: Waitz (Norwegen) 2:28:09 Std., **Silber:** Dickerson (USA), **Bronze:** Smechnowa (UdSSR) 2:31:12, 4. Mota (Portugal) 2:31:49, 5. Gareau (Kanada) 2:32:34, 6. Fogli (Italien) 2:33:30.

Mary Wagner operiert

DW. Helsinki

Glück und Pech lagen für die Athleten des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) am zweiten Tag der Weltmeisterschaft in Helsinki dicht beieinander. Die 21 Jahre alte Mary Wagner aus Göppingen stürzte im Vorlauf über 400 m Hürden und zog sich dabei einen Achillessehnen-Abriß zu. Noch am gleichen Tag wurde sie von Mannschaftsarzt Hartmut Grahl operiert. Mary Wagner klagt über Schmerzen an der Achillessehne, seitdem ihr ein Backblech beim Spülen auf die rechte Ferse gefallen war. Durch ihren Ausfall kommt die 4x400-m-Staffel in Bedrängnis. Denn mit Bussmann, Thimm, Gottwald und Daimer stehen nur noch vier Läuferinnen zur Verfügung. Wahrscheinlich muß jetzt die Siebenkämpferin Sabine Everts einspringen.

Die Düsseldorfer Mehrkämpferin gehörte gestern zu den angenehmen Überraschungen der DLV-Athleten. Nach 13,50 Sekunden über 100 m Hürden und 1,86 m im Hochsprung lag sie nach zwei Disziplinen auf dem dritten Platz (2017 Punkte).

Auch die Leistungen der 400-m-Läufer waren überzeugend. Martin Weppler (Sindelfingen) als Vierter in 46,12, Europarekordler Erwin Skamrahl (Groß-Ilsede) als Dritter in 45,90 sowie Europameister Hartmut Weber (Kamen) als Sieger in 46,01 überstanden souverän die Viertelfinalläufe. Der DLV ist der einzige Verband, der alle drei Teilnehmer unter die letzten 16 Läufer brachte. Ebenso sicher erreichte Gaby Bussmann das Halbfinale über 400 m. Sie kam als zweite im Viertelfinale in 51,15 Sekunden hinter der UdSSR-Läuferin Irina Baskowa ins Ziel.

Die drei Hammerwerfer Klaus Ploghaus (Darmstadt), Karl-Hans Riehm (Wattenscheid) und Christoph Sahner (Saarbrücken) haben den Vorkampf des Hammerwurf-Finales erreicht.

Kühle Grete Waitz: „Ich richte mich nicht nach der Konkurrenz. Das Tempo diktiere ich"

KLAUS BLUME, Helsinki

Nach zwei Stunden, 28 Minuten und neun Sekunden, gelaufen über 42,195 km in den Straßen Helsinkis, hatten sie ihr einen großen, schweren Lorbeerkranz um die schmalen Schultern gelegt. Doch das schien sie ebensowenig zu bedrücken wie der überstandene Marathonlauf. Grete Waitz, die 29jährige Norwegerin aus Oslo, sah aus, als hätte sie gerade einen Stadtbummel hinter sich. Kein Schweißtropfen rollte ihr übers Gesicht.

So analysierte die beste Langstreckenläuferin der letzten fünf Jahre ihren großen Erfolg auch überaus kühl: „Ich habe nie gedacht, daß der Endkampf sehr dramatisch sein wird. Ich richte mich ohnehin nicht unbedingt nach der Konkurrenz und auch nicht danach, was andere bisher an Zeiten erzielt haben. Ich diktiere, wenn es zum Schluß notwendig wird, das Tempo. Aber nach 30 Kilometern ergab sich in Helsinki ohnehin alles von selbst."

„Es war ein taktisches Rennen und so etwas habe ich gern", sagte sie. Um in den Straßen Helsinkis das Tempo eines Marathonlaufes so kräftig bestimmen zu können, hatte sie in den letzten drei Wochen vor den Weltmeisterschaften in den Wäldern um Oslo herum geübt. Gemeinsam mit dem Australier Robert de Castella, dem derzeit schnellsten und erfolgreichsten Marathonläufer der Welt. 25 Kilometer an einem Stück hatte die blonde Grete jeweils am Tag absolviert. „Wenn Robert nicht allzu schnell lief, konnte ich mithalten." Wie das geschah, erklärt sie so: „Robert lief längere Strecken. Wenn er am Schluß langsamer wurde, schloß ich mich ihm an." Mit 2:28:09 Stunden hat Grete Waitz den Weltmeistertitel in Helsinki gewonnen. Das ist im Vergleich zu den schnellen Rennen in Boston oder New York nicht unbedingt erstklassig, verdient aber dennoch Beachtung, weil in Helsinki erstmals nicht gemeinsam mit den schnelleren Männern gelaufen wurde.

Und Grete Waitz, die so kühl wie Greta Garbo und so spitzbübisch wie Pippi Langstrumpf reagieren kann, beherrscht die Straßenlauf-Szene der Frauen ohnehin souverän. Die frühere 3000-m-Spezialistin hatte sich im Marathonlauf versucht, als die Zahl der Frauenstarts ebenso zunahm wie die Höhe der Gagen bei Straßenrennen in Amerika, wo 15 000 bis 25 000 Mark für einen Sieg gezahlt werden. Wegen einer Verletzung hatte Grete Waitz im letzten Jahr die Teilnahme an den Europameisterschaften in Athen abgesagt. Aber es war ihr ohnehin zu viel Wagnis, in der griechischen Sonnenglut die Karriere einer Medaille wegen zu gefährden.

Die Zweite von Helsinki, die 22jährige Amerikanerin Marianne Dickerson hatte erst den dritten Marathonlauf ihres Lebens bestritten. Beim Abschlußtraining in Schweden hatte sie sich über ihren Trainer gewundert, der sie 200 m lange Spurts laufen ließ. Doch das zahlte sich aus: Auf den letzten 150 m überspurtete sie die Sowjetrussin Raisa Smechnowa.

Charlotte Teske aus Darmstadt hatte nach 33 km aufgegeben, obwohl sich die Siegerin der Marathonläufe von Rio de Janeiro, Boston und Frankfurt stets in der Spitzengruppe aufgehalten hatte. Sie habe sich den Magen nach einem Schluck Mineralwasser verdorben, sagte sie. Nun ist aber Mineralwasser nicht gerade ein Getränk, das dazu geeignet ist, den Körper durcheinanderzubringen. Der Freiburger Sportmediziner Armin Klümper war nach dieser Entschuldigung denn auch etwas skeptisch. Der rebellierende Magen allein könne es nicht gewesen sein: „Leib und Seele kann man auch bei Charlotte nicht trennen."

Die Seele hatte wohl schon bei der Ankunft in Helsinki und nach der ersten Besichtigung der Strecke Schaden genommen. Zu Hause, in Darmstadt, hatte Charlotte Teske zwar das Profil der Strecke studiert. Doch nun bekam sie Angst vor den Steigungen, vor dem ständigen Auf und Ab. „Das ist keine faire Strecke", sagte sie. Wurde sie besiegt von der eigenen Angst?

Verletzt, deprimiert, tief gestürzt – Udo Beyer



Kugelstoßen aus einem Buch gelernt: Weltmeister Edward Sarul. FOTO: AP

Es war auf dem Weg zum Bus. Udo Beyer, der 1,95 m große und 130 kg schwere Kugelstoßer aus Potsdam, humpelte. Der Weltrekordler (22,22 m) hatte im Weltmeisterschafts-Finale von Helsinki nur den sechsten Platz belegt – es war der bisher tiefste Sturz eines Favoriten. Lächerliche 20,09 m waren dem Olympiasieger von 1976 gelungen. Völlig überraschend gewann der Pole Edvard Sarul (21,39 m).

Wie konnte das geschehen? Hatte Beyer, der hochdekorierte Hauptmann aus der „DDR", zu zeitig die üblichen Dopingmittel abgesetzt? Oder war es wirklich eine Verletzung, die den besten Kugelstoßer der letzten sieben Jahre zurückgeworfen hatte?

Nach dem letzten Versuch hatte sich Udo Beyer an den rechten Oberschenkel gegriffen. Als dies eine halbe Stunde später auch der Masseur der „DDR"-Mannschaft tat, schrie Beyer auf: „Verdammt, hör doch auf. Das tut erbärmlich weh." Die Diagnose: Muskelfaserriß.

„Eigentlich", so Beyer, „hatte ich mir die Reihenfolge dieses Weltmeisterschafts-Finales genau umgekehrt vorgestellt. Also ich als Sieger und der Pole als Sechster." Dann analysierte der Weltrekordler aus der „DDR" seine unverhoffte Niederlage: „Wir stießen diesmal in der Mitte des Stadions. Ich konnte deshalb die Entfernungen überhaupt nicht richtig einschätzen. Ich glaubte, um 21 m herum zu stoßen, doch es waren nur etwas mehr als 20 m. Dann kam der Schock durch Sarul im ersten Versuch mit 21,04 m. Ich wurde immer langsamer, nichts lief mehr. Es war deprimierend."

Bleibt der Verdacht, Beyer habe in der Tat bei der Dosierung der Kraftpille Fehler begangen. Vielleicht auch aus Angst vor den jetzt strengeren Doping-Kontrollen.

Nun sei ja wohl im internationalen Kugelstoßen eine andere Situation entstanden, meinte Beyer. Die jungen Athleten, der 25 Jahre alte Pole Sarul und der 20 Jahre alte Ost-Berliner Ulf Timmermann als Zweiter von Helsinki hätten die Führung übernommen. Beyer: „Aber im nächsten Jahr, bei den Olympischen Spielen in Los Angeles, will ich noch einmal dabei sein. Wahrscheinlich zum letztenmal." Da schwingt Resignation mit. Der Schock von Helsinki sitzt tief.

Tief sitzt auch das Erfolgserlebnis bei Edvard Sarul, einem Bergbau-Techniker aus dem schlesischen Dorf Neukirchen. Es war sein erster großer Erfolg in einem wichtigen internationalen Wettbewerb. Noch im Frühjahr hatte er gegen Udo Beyer verloren, doch anschließend aber mit 21,41 m und 21,68 m polnische Rekorde erzielt.

Als sein berühmter Landsmann, Wladislaw Komar 1972 in München Olympiasieger geworden war, hatte sich Sarul begeistert ein Fachbuch gekauft und danach trainiert. Vor drei Jahren, als er zum erstenmal Wladislaw Komar bezwang, sprach Alexander Aszkiewiecz, Polens führender Wurftrainer, ihn an. Sarul erinnert sich: „Er sagte, du hast das Zeug zum Weltrekordler. Doch das geht nicht in einem kleinen Dorfverein." Sarul wechselte zum Renommierclub Gornik Hindenburg.

Daß es nun in diesem Jahr so steil nach oben ging, daß er, der 1,95 m große und mit 106 kg leichteste Kugelstoßer der Weltspitze, gewann, führt er auf privates Glück zurück. Vor einem Jahr, beim Länderkampf in Budapest, hatte er eine Ungarin kennengelernt. Ein halbes Jahr später haben die beiden geheiratet. Sarul: „Ich war noch nie so locker und gelöst." KLAUS BLUME

Der dritte Tag – großer Tag der Deutschen?

DW. Helsinki

Sieben Titel werden am dritten Tag der WM vergeben. Bei der Europameisterschaft, vor einem Jahr in Athen, wurde dieser Tag zum Triumph der Athleten aus der Bundesrepublik Deutschland: Gold für Ulrike Meyfarth im Hochsprung, Gold für Harald Schmid über 400 m Hürden, der Sensationssieg von Hans-Peter Ferner über Sebastian Coe, Bronze für Margit Klinger über 800 m.

Ulrike Meyfarth sagt: „Ich weiß, was ich kann." Sie war noch wortkarger als sonst, nachdem sie die Qualifikation mit 1,90 m klar überstanden hatte.

Und Harald Schmid? Carlo Thränhardt schrieb in der WELT, er traue ihm einen Sieg über Weltrekordler Edwin Moses zu. Inzwischen sind immer mehr Experten der Meinung, Moses habe seine lange Verletzungspause noch nicht so richtig überstanden.

Medaillenchancen hat auch Karl-Hans Riehm im Hammerwerfen. Christoph Herle hat sich für das Finale der 10 000-m-Läufer qualifiziert. Er sagt: „Vor der WM wollte ich nur in den Endlauf. Jetzt halte ich einen Platz unter den besten Zehn für realistisch. Aber ein wenig träume ich auch vom Vorstoß auf Platz fünf. Das wäre weit mehr, als ich zu hoffen wagte."

400 m Hürden, Männer (16.20) – Unser Tip: 1. Moses (USA), 2. Schmid (Deutschland), 3. Nylander (Schweden).

800 m, Frauen (17.10) – Unser Tip: 1. Kratochvilova (CSSR), 2. Melinte (Rumänien), 3. Gurina (UdSSR).

800 m, Männer (17.20) – Unser Tip: 1. Koskei (Kenia), 2. Cruz (Brasilien), 3. Ferner (Deutschland).

Hochsprung, Frauen (17.40) – Unser Tip: 1. Meyfarth (Deutschland), 2. Ritter (USA), 3. Bykowa (UdSSR).

10 000 m (18.35) – Unser Tip: 1. Cova (Italien), 2. Schildhauer („DDR"), 3. Mamede (Portugal).

Hammerwerfen (19.30) – Unser Tip: 1. Sedych (UdSSR), 2. Riehm (Deutschland), 3. Litwinow (UdSSR).

Siebenkampf, Frauen (19.45) – Unser Tip: 1. Neupert („DDR"), 2. Frederick (USA), 3. Vater („DDR").

● **Im Fernsehen,** alles ARD: 15.15–17.50 (live), 18.30–19.50 (live), 20.15–21.00 (Tageszusammenfassung).

STANDPUNKT / *Veränderung der Marktlage*

Der Kubaner Alberto Juantorena ist bereits am Knöchel operiert worden. Vielleicht war es Nachlässigkeit, vielleicht sogar Hochnäsigkeit, die zu seinem tiefen Fall geführt hatte: In Zielhöhe drehte er sich andauernd nach seinen Gegnern um, bis er die Kontrolle über seinen Körper verloren hatte.

Sara Simeoni aus Italien verletzte sich beim Anlauf zu einem Sprung über 1,87 m. In ihrer Heimat wurde sie Sara Nationale genannt. Wurde – sie wird nicht mehr springen.

Die Dreispringer Wassili Grischtschenko aus der UdSSR, Weltbester dieses Jahres, schaffte die Qualifikationsweite nicht. Der Engländer Keith Connors, Europameister in der gleichen Disziplin, schaffte die verlangten 16,60 m auch nicht. Udo Beyer, nicht selten zwei Meter vor der Konkurrenz im Kugelstoßen, fand sich auf dem sechsten Platz wieder.

Favoriten und alte Stars stürzen bei den ersten Weltmeisterschaften der Leichtathleten. Die Nervosität wächst bei denen, die bisher strahlend im Blickpunkt standen.

Der letzte große Anlauf – wie bei Juantorena und Simeoni – oder das krampfhafte Bemühen, bisherige Leistungen zu bestätigen – wie bei den Dreispringern und Beyer – setzen gerade die besten Athleten mehr denn je unter Druck. Gerade sie wissen nämlich: Die Tage von Helsinki werden ihre Welt verändern. Danach wird abgerechnet, Namen von den Listen der großen Gagen gestrichen, neue Namen vor die fetten Börsen gesetzt, die es bei Sportfesten zu verdienen gibt. Markt und Stellenwert sind eben keine stabilen Größen. Und wenn die Stars von gestern noch so sehr gegen diese Aussage ankämpfen mögen – sie werden es begreifen müssen. Wie sagte doch Sebastian Coe, der vorher absagte: „Mit Taschen voller Geld kann man schlecht laufen." K. Bl.

Heute zweite Bundesliga

Bonn (DW.) – Bereits heute beginnt die zweite Fußball-Bundesliga mit ihrem zweiten Spieltag. Um 19.30 Uhr spielen Essen – Solingen und Wattenscheid – Hannover. Um 20.00 Uhr werden die Spiele Aachen – Hertha BSC, Köln – Osnabrück und Karlsruhe – Duisburg angepfiffen.

Lauda disqualifiziert

Hockenheim (sid) – Formel-1-Fahrer Niki Lauda (Österreich), Fünfter beim Großen Preis von Deutschland auf dem Hockenheimring, wurde nachträglich disqualifiziert. Beim Auftanken hatte Lauda die Boxenmarkierung überfahren und seinen McLaren dann regelwidrig mit Motorkraft zurückgefahren. Ein Zurückschieben durch die Mechaniker ist erlaubt.

Golf: Sutton vor Nicklaus

Pacific Palisades (dpa) – Hal Sutton (USA) gewann die 65. PGA-Meisterschaften der Profigolfer in Pacific Palisades mit 274 Schlägen. Mit einem Schlag Rückstand wurde Jack Nicklaus (USA) Zweiter. Durch den Sieg schraubte Sutton seine Gewinnsumme in dieser Saison um 100 000 auf 397 684 Dollar (etwa 1,06 Millionen Mark).

Hitze in Los Angeles

Los Angeles (sid) – Die Olympiastadt Los Angeles erlebte am Wochenende den heißesten Tag seit 98 Jahren. 41 Grad Celsius wurden am 6. August gemessen. An diesem Tag findet 1984 bei den Olympischen Sommerspielen das Finale der Männer über 10 000 m statt.

Turniersieg im Wasserball

Duisburg (sid) – Durch den Erfolg beim Acht-Nationen-Turnier in Duisburg gilt Titelverteidiger Deutschland bei der Wasserball-Europameisterschaft in Rom (20.–27. 8.) als Favorit. Auch im letzten Spiel gab es für das deutsche Team gegen Weltmeister UdSSR mit 8:7 einen Sieg. Hinter Deutschland (14:0 Punkte) belegten die UdSSR (11:3) und Jugoslawien (10:4) die nächsten Plätze.

TENNIS

74. US-Sandplatzmeisterschaften in Indianapolis, Endspiel: Herren-Einzel: Arias (USA) – Gomez (Ecuador) 6:4, 2:6, 6:4. – **Einladungsturnier in Newport Beach, Finale:** Connors – Mayotte (beide USA) 6:3, 6:4, 6:2 – Spiel um den dritten Platz: Lendl (CSSR) – Wilander (Schweden) 6:4, 6:2. – **Nationale Deutsche Meisterschaften in Braunschweig, Finale,** Herren: Eberhard (Berlin) – Keretic (Stuttgart) 6:0, 7:5, 5:7, 7:6. – Mixed: Keppler/Schwaier (Augsburg/München) – Betzner/Faßbender (Hannover/Karlsruhe) 6:4, 6:3.

FUSSBALL

Turnier in Rotterdam, Finale: Hamburg – Lüttich 3:2. – **Turnier in Bielefeld,** Finale: Bielefeld – Amsterdam 2:2. – **Turnier in Udinese,** Spiel um Platz drei: Frankfurt – Real Madrid 2:1. – **Freundschaftsspiele:** Stettin – Dortmund 2:0, Oberrodenbach – Offenbach 0:10, Tiengen – Kaiserslautern 2:17.

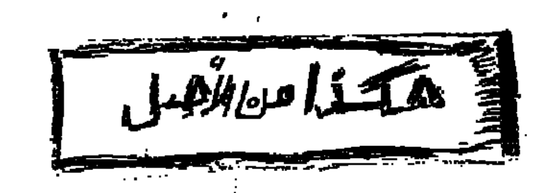
SCHACH

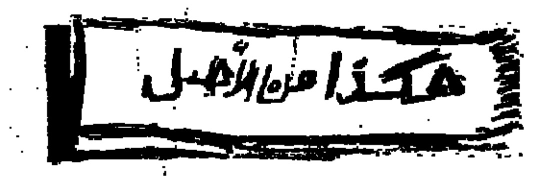
Internationale Deutsche Meisterschaften in Hannover: Zweite Runde: Balaschow (UdSSR) – Georgadse (UdSSR) 0,5:0,5, Bouaziz (Tunesien) – Jingxuan (China) 0,5:0,5, Hartmann (Bamberg) – Ostermeyer (Porz) 0,5:0,5, Pfleger (München) – Bastian (Saarbrücken) 1:0, Sosonko (Holland) – Qminteros (Argentinien) 0,5:0,5, Chen De (China) – Glienke (Duisburg) 0,5:0,5, Lobron (Wiesbaden) – Torre (Philippinen) 0,5:0,5.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 18, 23, 29, 36, 40, 41, Zusatzspiel: 27.

(Ohne Gewähr)





Die Landesrundfunkanstalten (II): Gespräch mit SFB-Intendant Loewe

Will „eingeschlafene Füße" wecken

Nach der klassischen Weisheit „Es muß anders werden, wenn es besser werden soll" versucht seit vier Monaten ein ARD-Intendant „seinen" Sender zum Markenzeichen berlinischer Qualität, Spritzigkeit und politischer Ost-West-Brückenschläge zu befördern: Lothar Loewe, 54, ein sogenannter „Ur-Typ" – im Denken, Handeln und Reden schneller fast als jede Radiowelle.

Seit dem 1. März im Amt, sah er sich als Einzelkämpfer von Anfang an. „Hosiannah" und „Kreuziget ihn" gleichermaßen ausgesetzt. Die Mitte-Rechts-Mehrheit im Rundfunkrat erblickte in ihm den journalistischen Feuerwerker, der die „eingeschlafenen Füße" (Loewe) des Acht-Prozent-Lieferanten im ARD-Gesamtprogramm wecken sollte.

Kreativität und Originalität – im Sender Freies Berlin in manchen Studios und Stuben beim Portier abgegeben – sollten zum Leitmotiv des Hauses mit dem 260-Millionen-Etat und 1400 Mitarbeitern werden. Andere – im Links- und Linksaußen-Spektrum des Senders angesiedelt und publizistischer Rückendeckung in den Printmedien sicher – schmähten den Fernseh-Journalisten frühzeitig in Wort und Schrift. Dies alles belastete und belastet wohl noch immer den Umgang miteinander im Sender.

Äußerlich gelassen, aber von den bösen Scharmützeln der Startphase durchaus bewegt, legt Loewe sein einleuchtendes und für Berlins Image bitter notwendiges Konzept dar: „Dieser Sender muß beim Zuschauer Profil gewinnen, er muß zu einem Charakteristikum werden." Entgegen der früher auch im Rathaus Schöneberg gepflegten These von der „normalen Großstadt wie jede andere" sieht Loewe in Berlin das „politische Ost-West-Zentrum". Was bedingt, daß sich die Stadt und ihr „DDR"-Umfeld in „Tagesschau" und „Tagesthemen" besonders gut, schnell und informativ präsentierten.

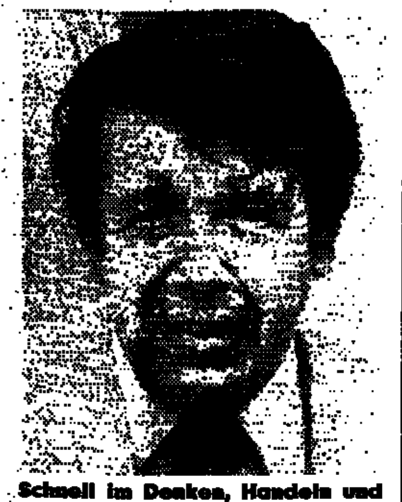
Aus dem Stiefkind der ARD-Familie, über dessen Programm-Offerten bisweilen in den ARD-Schaltkonferenzen die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen wurden, will Loewe zumindest ein gelittenes Junior-Mitglied machen. Loewe bemängelt, daß 46 Prozent der acht Prozent, die der SFB zuliefert, lediglich nachmittags liefen. „Wir sind zur Hauptsendezeit zu schwach vertreten." Dieter Hildebrandts „Scheibenwischer" habe fraglos „sein Publikum und seine Berechtigung", und mit dem Ost-West-Magazin „Kontraste" liege man ebenfalls durchaus nicht schlecht.

Aber Loewe reizen die großen Stoffe, die der SFB – auch weltweit – ins Programm transportieren müsse. Die Afghanistan-Reportage von Heiner Giersberg sei ein verheißungsvoller Anfang gewesen. Mit gezielter Themen-Politik sollen künftig die 23 „Plätze" genutzt werden, die dem SFB anteilmäßig im Hauptabendprogramm jährlich zur Verfügung stünden.

Loewe, dem ARD-Mann vor Ort in Ost-Berlin, bis ihn die „DDR"-Führung 1976 nicht mehr ertragen mochte, liegt die Berichterstattung von drüben am Herzen: „Einiges läuft schon, manches könnte noch besser gehen." Aber angesichts der Probleme mit der Genehmigungspraxis der Ostberliner Behörden sind, wer wüßte es nicht, hier keine Wunder zu erwarten. Immerhin gelang es dem SFB 1981, eine Live-Sendung vom Ostberliner Weihnachtsmarkt zu fahren.

„Nationwide" – das ist das Stichwort, das Loewe liebt und das, ließe es sich stets nach Wunsch und Wollen umsetzen, für Berlins schwankendes Ansehen draußen in der Bundesrepublik so not täte. Der Intendant will neue Furchen auf diesem Acker graben: „Wir werden Martin Held in dem Stück ‚Einmal Moskau und zurück' ausstrahlen, das Boy Gobert zu Helds 75. Geburtstag inszeniert. Von der Deutschen Oper übernehmen wir am Neujahrstag ‚Orpheus und Eurydike'. Ein neuer ‚Tatort' aus Berlin ist abgedreht."

Namen wie Karajan kann sich der Sender weder leisten, noch wäre der Maestro verfügbar – vor Jahren schon sicherte sich das ZDF seinen Taktstock. Die Mainzelmänner bereiten der Intendanz nicht nur durch ihre gute Einkaufspolitik Sorgen – zwischen sechs und sieben Prozent der Berliner TV-Zuschauer im Vorabendprogramm (14 000 von 200 000) wanderten in den vergangenen Monaten zum zweiten Kanal. Gegenüber der leichten ZDF-Kost zum Feierabend kommen die SFB-Beiträge häufig nur schwer an.



Schnell im Denken, Handeln und Reden: Lothar Loewe FOTO: RAINER FISCHER

Allenthalben sieht Loewe Reformbedürftiges, aber auch Positives: „Wir schicken vermutlich drei Olympia-Reporter nach Los Angeles. Unsere Musikabteilung arbeitet vorzüglich." Jüngste Infratest-Zahlen belegen, daß 67 Prozent der Berliner seit mehr als 14 Jahren den SFB hören. In Ost-Berlin und der „DDR" läuft er auf Küchentischen, an Werkbänken und auf Baustellen häufig als selbstverständlicher Funk-Favorit.

Loewe bleibt, zunächst, nur bis 1988 Zeit, um mehr als Schleifspuren zu ziehen. Ob das Ensemble seinem Stil, Tempo und Temperament folgt, muß sich zeigen. Ohne Truppen, die nicht fußkrank sind, nutzt auch Loewe der Marschallstab im Tornister nichts. Loewes Ziel jedenfalls ist aller Ehren und des Schweißes wert – dem SFB unter den Artusrittern in der ARD-Tafelrunde wieder zu einem der besseren Plätze zu verhelfen.

HANS-RÜDIGER KARUTZ

KRITIK

Was Schnitzler so subtil erdachte . . .

Das plätschert, wenn auch nur scheinbar, immer an der Oberfläche daher – schließlich nannte Arthur Schnitzler sein Stück „Liebelei" (ARD), und das ist eben nichts Tieferes. Alles wird ganz beiläufig gesagt, und nur manchmal gibt es plötzlich Löcher im Boden, wenn nicht Abgründe, aus denen eine geheime Melancholie aufschimmert.

Dies Schwebende auf der Bühne zu realisieren gehört für einen Regisseur zu den schwersten Aufgaben. Um so mehr, als der österreichische Dichter seine ohnehin differenzierten Figuren in immer neuem Licht zeigt. Der Chef des Berliner Renaissance-Theaters Heribert Sasse – derselbe, der 1985 Boy Gobert in der Leitung der staatlichen Schauspielbühnen ablösen soll –, muß wohl geglaubt haben, dieses Problem am besten dadurch zu lösen, daß er den ersten Aufzug ganz behutsam spielen läßt – bis hin zum langen Auftritt des Dieners, der ausgerechnet im Salon das Silber putzt.

Damit verunglückt aber nicht nur die Zeichnung des Milieus: Das täuschend Unbeschwerte des Aktes geht verloren, zumal Sasse aus dem Spaßvogel Theodor eine jener Figuren mit einem vergifteten goldenen Weaner Herzen gemacht hat, die viel später erst in den Stücken Ödön von Horváths auftreten. So kommt ein falscher Ton ins Stück, der sich im Hinterhältigen der Frau Binder fortsetzt oder dann, wenn der Regisseur den Bruch in der Rolle der Christine übersieht, die im Schlußakt zu reflektieren beginnt und dabei allzu dramatisch wird. Andrea Nürnberger, sonst so eindrucksvoll in dieser Rolle, kann diesen Regiefehler nicht wettmachen. Und so bekam man denn, was Schnitzler so subtil erdachte, nicht zu sehen.

KATHRIN BERGMANN



Für das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) wird **Herbert von Karajan** bis 1986 jährlich zwei Konzerte mit den Berliner Philharmonikern produzieren. Die Konzerte, für die Karajan die künstlerische Gesamtleitung übernimmt, werden nach Mitteilung des ZDF live ausgestrahlt. Für den Totensonntag wird die „Alpensinfonie" von Richard Strauss produziert; das Silvesterkonzert 1983 besteht aus heiteren Werken der klassischen und romantischen Periode. Mit dem Abschluß des Vertrages werde für die nächsten vier Jahre die 1967 begonnene Zusammenarbeit fortgesetzt. (dpa)





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Vom Webstuhl zur Weltmacht
11.20 Ganz schön mutig
12.10 Paradiese für Steuer-Jongleure
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD-Ferienprogramm für Kinder
14.25 Unsere kleine Farm
Die Stadt (2)
16.15 Leichtathletik-WM
Übertragung vom 3. Wettkampftag in Helsinki
400 m Hürden Männer, Finale / 800 m Frauen, Finale / 800 m Männer, Finale
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 ARD-Sport extra – aus Helsinki
Leichtathletik-WM
Ausschnitte
21.00 Report
Themen: Streit zwischen Bundestag und DRK – Warum ratifiziert Bonn nicht die Genfer Konvention? / Nagasaki heute vor 38 Jahren – Neue Filmdokumente / Wenn die Moral in der katholischen Kirche zum Dogma wird – Die Fälle Weyer und Wefers / Gefährlich und faszinierend – Warum kommen Hunderttausende zum militärischen Schaufliegen?
Moderation: Franz Alt
21.45 Quincy
Die Feindin
Quincy bricht seinen Urlaub ab, als er hört, daß Stadtrat Lawrence Bridges tot aufgefunden wurde. Seine Vertreterin, Gerry McCracken, ist davon gar nicht begeistert, aber bald freundet sie sich mit Quincy an.
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Marianne Hoppe
Marianne Hoppe wurde am 26. April 1911 in Rostock geboren. Im Alter von 17 Jahren bestand sie die Aufnahmeprüfung für die Schauspielschule des von Max Reinhardt geleiteten Deutschen Theaters in Berlin. Gleichzeitig nahm sie bei Lucie Höflich Schauspielunterricht. Ihre Karriere begann . . .
23.45 Tagesschau

ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Pinocchio
Überfall im Wirtshaus
15.45 Till, der Junge von nebenan
Die Musikstunde
16.25 Ferienkalender
16.45 Die Schlümpfe
17.00 Mosaik
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rate mal mit Rosenthal
19.00 heute
19.30 Louis de Funès:
Oscar hat die Hosen voll
Französischer Spielfilm, 1966
Mit Louis de Funès, Bernard Blier, Maria Rosa Rodriguez u. a.
Regie: Jacques Besnard
Anschl.: Ratschlag für Kinogänger „Carmen". Film von Carlos Saura
21.00 heute-journal
21.20 Die Zehn
Soziale Wirklichkeit in Europa: Die liebe Not mit dem Überfluß. Europas Bauern ernten zu viel. Bericht von Jacqueline Pérard.

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

Zukunft mit Zufall. Beispiele europäischer Forschungspolitik. Bericht von Otto Wilfert
22.05 Unser Kosmos
9. Das Leben der Sterne
22.45 Das kleine Fernsehspiel
Der vierzehnte Gesang
Mit Mechthild Reinders, Irene Marwitz, Marita Stolze, Hannah Hurtzig u. a.
Dieses erste Drehbuch der Autorin Murki Wehr ist stark von modernen Kunstrichtungen beeinflußt.
23.20 heute

III.

WEST
18.00 Marco (6)
Ein Grund zum Feiern
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Emm wie Meikel
18.30 Spaß im III.
19.00 Beat-Club
19.15 Frauengeschichten

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Bilder deutscher Städte
Halle gestern und heute
Film von Peter Friedrich Leopold und Jürgen Engert
Halle, eine Stadt mit vielen Gesichtern. Stadt der Wissenschaften mit der 1694 gestifteten weltberühmten Universität, zugleich das „Essen Mitteldeutschlands", zu dem Halle mit seiner Industriekonzentration in den 20er Jahren wurde. Seit 1680 unter preußischer Herrschaft, blieb die Hauptstadt des „DDR"-Bezirks Halle doch von unverwechselbarer sächsischer Wesensart. Hochschulen und Industrie machen auch heute ihre Bedeutung aus.
21.00 Formel Eins
21.45 Design
Industrie-Design – Richard Sapper
22.40 Vor vierzig Jahren
Deutsche Wochenschau vom 11. August 1943
23.10 Letzte Nachrichten
Nur für West
23.15 Soap oder Trautes Heim (19)
Nur für Nord und Hessen
23.15 Dallas
Alte Liebe, neue Hiebe

SÜDWEST
15.00 Der letzte Mohikaner
Amerik. Spielfilm, 1936
Regie: George B. Seitz
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Sprechstunde
Leber
20.15 Zu Gast
Der Einsatz
21.00 Grusel-Filme:
Dracula
Amerik. Spielfilm, 1931
Regie: Tod Browning
22.20 Dallas für Nachzügler:
Rache ist süß

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Die Gleichnisse Jesu
19.30 Formel Eins
20.15 Bergauf – bergab
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
Wenn die Leber krank wird
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
22.35 Dallas
Gewissensprüfung
23.20 Rundschau



Quincy (Jack Klugman) und seine attraktive Kollegin Gerry McCracken (Beverley Sassoon) – „Quincy", ARD, 21.45 Uhr FOTO: ARD

Kosten bei Sozialhilfe sollen gesenkt werden

Initiative Niedersachsens zur Heim-Unterbringung

GISELA REINERS, Bonn

Das Land Niedersachsen versucht aus der Explosion der Kosten für die Heimunterbringung alter Menschen die Konsequenzen zu ziehen. Angestrebt wird eine Änderung des Bundessozialhilfegesetzes in der Form einer Gesetzesinitiative, mit der sich der Bundesrat in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause am 2. September befassen wird. Der niedersächsische Sozialminister Hermann Schnipkoweit (CDU) hat seine Länderkollegen, die ungefähr zur gleichen Zeit in Wiesbaden tagen, schon um Entschuldigung für sein Vorpreschen gebeten mit der Begründung, ihm brenne das Problem auf den Nägeln. Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) hat Sympathie für den Plan bekundet.

Die Hälfte der Aufwendungen des Landes Niedersachsen als überörtlicher Träger für Sozialhilfe wird für die Unterbringung in Heimen gezahlt – und die Tendenz ist steigend. „Wie Pilze aus dem Boden" gewachsen seien in den vergangenen Jahren die Heime für alte Menschen, sagte Winfried Maaßen vom Ministerium für Bundesangelegenheiten – bevorzugt in landschaftlich reizvollen Gegenden wie beispielsweise an der Nordseeküste und im Harz. Doch häufig seien die Kosten überhöht, und nicht selten bestehe überhaupt kein Bedarf für Heimunterbringung, weil die Menschen sehr gut noch in der Lage seien, einen eigenen Haushalt zu führen. „Das Angebot schafft sich seinen Bedarf selbst", so Maaßen.

Einträgliches Geschäft

Alte Leute, die sich entschließen, in einem Heim ihren Lebensabend zu verbringen, schätzen häufig ihre finanzielle Leistungsfähigkeit falsch ein. Über kurz oder lang stellt sich heraus, daß sie die Kosten nicht mehr bezahlen können: Die Sozialhilfe muß einspringen und den Pflegesatz begleichen. Dieser liegt zwischen 1000 und 3500 Mark pro Monat, je nachdem, wie pflegebedürftig der alte Mensch ist. Da die Sozialhilfe so großzügig verfährt, kann die Eröffnung und Führung eines Seniorenheims für private Träger und kommerzielle Investoren ein einträgliches Geschäft sein, welches aber die Länder als Träger der überörtlichen Sozialhilfe in einer Zeit der leeren Kassen zunehmend in Bedrängnis bringt.

Um diesem großzügigen Umgang mit Steuergeldern einen Riegel vorzuschieben, soll künftig über die Notwendigkeit „der Belegung einer Einrichtung" vom Sozialhilfeträger entschieden werden. Zur Zeit kann sich nämlich noch jeder aussuchen, was er möchte, und nur in Extremfällen wird jemand aus einem extrem teuren Seniorenzentrum umquartiert in ein kostengünstigeres Heim. Sonst zahlt die Sozialhilfe die entstehenden Kosten oder wenigstens einen großen Teil davon, wenn sich der Träger damit einverstanden erklärt, daß der alte Mensch dort wohnen bleibt.

Bedarf ist entscheidend

Doch nicht nur über die Tatsache, ob Bedarf für eine Unterbringung im Heim besteht, soll vom Träger der Sozialhilfe entschieden werden. Es soll auch ein Vertrag mit den Trägern oder seinem Spitzenverband geschlossen werden über die Höhe der zu übernehmenden Kosten. Die Vereinbarung würde nur dann abgeschlossen, wenn Bedarf für die Einrichtung besteht, sie für die Gewährung von Sozialhilfe geeignet ist und die Gewähr für eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung öffentlicher Mittel bietet.

In der Begründung zu diesem Gesetzesantrag wird darauf hingewiesen, daß durch vielfach „gewerblich motivierte Investitionsvorhaben", deren „Folgekosten die öffentliche Hand zu einem maßgeblichen Teil" zu tragen habe, sich eine Überversorgung im stationären Bereich abzeichnet: „Hierdurch werden einerseits begrüßenswerte Aktivitäten der Familien- und Nachbarschaftshilfe und der ambulanten sozialen Dienste gehemmt. Andererseits muß längerfristig mit unzureichender Auslastung aller Einrichtungen und damit erheblichen Kostensteigerungen im Einzelfall gerechnet werden." Dem Sozialhilfeträger soll stärker als bisher die Möglichkeit eröffnet werden, Wünsche nach stationärer Betreuung abzulehnen, wenn teilstationäre oder ambulante Hilfen möglich sind.

FDP fordert von SPD Distanz zu den Grünen

hey. Bonn

Das FDP-Präsidium hat den Angriff des hessischen Abgeordneten der Grünen, Frank Schwalba-Hoth, auf den amerikanischen General Paul Williams scharf verurteilt. Gleichzeitig forderte das Führungsgremium der Liberalen die Sozialdemokraten auf, „verbindlich" durch einen Parteitagsbeschluß zu erklären, daß sie zu einer weiteren Zusammenarbeit mit den Grünen nach der Landtagswahl in Hessen am 25. September nicht mehr bereit seien.

Auf der gestrigen Präsidiumssitzung wurde betont, es habe sich bei der „Blutsudelei" nicht um die unüberlegte Tat eines einzelnen gehandelt. Vielmehr sei sie „Teil einer gezielten Kampagne". Mit ihr sollten die Freundschaft zu den USA und die Grundlagen der Sicherheit untergraben, die amerikanischen Streitkräfte hinausgedrängt und der Weg für eine Neutralisierung freigemacht werden. Jeder Angriff auf amerikanische und andere NATO-Soldaten sei „ein Angriff auf unsere Grundfreiheiten".

Gleichzeitig wies das Präsidium *„mit zunehmender Besorgnis"* auf das Abdriften in der SPD in der bisher gemeinsam vertretenen Außen- und Sicherheitspolitik hin.

„Vorprüfung" gegen Stoiber

AP, München

Die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht München I prüft zur Zeit, ob gegen den Chef der bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer falschen eidesstattlichen Versicherung eingeleitet werden muß. Die Einschaltung der Staatsanwaltschaft geht auf einen Streit zwischen der Zeitung „Münchner Merkur" und der Staatskanzlei zurück. Der „Merkur" hatte berichtet, in einer von Kabinettsmitgliedern als „deprimierend" bezeichneten Sitzung habe sich Ministerpräsident Strauß in Zusammenhang mit dem von ihm eingefädelten Kreditgeschäft mit der „DDR" als „Opfer" von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher dargestellt. Stoiber hatte dem Redakteur Rudolf Lambrecht „Informationsfälschung" vorgeworfen und zur Untermauerung einer Strafanzeige eidesstattliche Versicherungen aller Kabinettsmitglieder eingeholt.

Geflohener MiG-Pilot als Kronzeuge gegen Peking

HEINER KLINGE, Taipeh

Seit ein hoher Offizier der Luftwaffe der Volksrepublik China mit seiner MiG-21 nach Südkorea geflohen ist und um Ausreise nach Taiwan ersucht hat, geht durch die Massenmedien der Republik China eine Welle „patriotischer Begeisterung". In Rundfunk und Fernsehen überstürzen sich die Sondermeldungen und Berichte, die betonen, daß Oberst Sun Tiangen seit 1960 schon der siebente geflohene Angehörige der rotchinesischen Luftwaffe ist. In Presse und Fernsehen Taipehs äußerte Major Wu Ronggen, der im Oktober 1982 mit einer MiG-19 nach Südkorea floh, seine Freude über Suns Wagemut.

Kommt auch Oberst Sun nach Taiwan, so erwartet ihn eine fürstliche Belohnung: Gold im Wert von 3,85 Millionen US-Dollar. Major Wu – er kassierte damals Gold für 2,75 Millionen Dollar – wurde im gleichen Rang in die Luftwaffe der Republik China übernommen.

Regierungssprecher James Soong erklärte zu Suns Flucht, sie habe bewiesen, „daß sich unsere Landsleute auf dem Festland nach unserem Regierungssystem sehnen und daß das kommunistische System am Rande des Bankrotts steht". Diese Äußerung verleitete die in Taipeh erscheinende „China Post" zu der überschwenglichen Schlagzeile „Desertion zeigt: Pekinger Regime nähert sich dem Zusammenbruch".

Opposition wird unterdrückt

Die Führung der Republik China sieht sich durch Suns Flucht in ihrer Auffassung bestätigt, daß sich die Chinesen auf dem Festland nach Demokratie *sehnen und den Kommunismus* ablehnen. Somit rücke das Ziel der Wiedervereinigung Chinas auf der Grundlage des „Sanminzhuyi" immer näher. Diese „drei Prinzipien des Volkes" wurden von Sun Yat-Sen, dem Gründer der ersten chinesischen Republik, verkündet und umfassen Unabhängigkeit, Demokratie und Wohlstand.

Zwar haben die 18,5 Millionen Bewohner Taiwans im Vergleich zu der Milliarde Chinesen auf dem Festland viel größeren Wohlstand erzielt. Doch läßt die Demokratie bislang auch in Taiwan selbst zu wünschen übrig: Seit mehr als drei Jahrzehnten ist der Ausnahmezustand auf Taiwan niemals aufgehoben worden, was mit der aus Peking drohenden Gefahr begründet wird. Liberale Opposition in Kreisen der Elite wird scharf unterdrückt. Aus dem zwölfstöckigen Grand Hotel in Taipeh fällt der Blick auf marschierende Soldaten mit olivgrünen Uniformen und Helmen und auf die nahe Kaserne. Ein Drittel des Budgets fließt dem Militär zu.

Allgegenwärtige Disziplin

Selbst beim Ausflug zum Himmelstempel in der malerischen Taroko-Schlucht nahe der Ostküste wird man mit der allgegenwärtigen Disziplin der Inselbewohner konfrontiert: Auf der Straße am Abgrund, wo die Schlucht Hunderte Meter tief zu dem felsenübersäten Bett des weiß schäumenden Flusses abfällt, marschieren in langer Reihe junge Mädchen in Tarnuniformen, gelbe Schutzhelme bedecken die schwarzen Haare, verdecken die hübschen Gesichter. In Sommer-Feriencamps des „Chinesischen Jugendkorps" betreiben die Mädchen Überlebenstraining.

Über die Wiedervereinigung Chinas sagte gegenüber der WELT ein älterer Kraftfahrer in Taipeh: „Wir kleinen Leute haben ja doch keinen Einfluß auf die große Politik. Wir Chinesen waren schon immer große Egoisten. Hüben und Drüben war uns der eigene kleine Vorteil stets wichtiger als das Wohl des ganzen Volkes."

Umgekehrt versteckt sich die Regierung in Taipeh in dieser Frage hinter dem kleinen Mann. Im Hinblick auf das von Chinas „starkem Mann" Deng Xiaoping gegenüber dem US-Wissenschaftler Young bekräftigte Angebot an Taiwan, bei einer Wiedervereinigung könne die Insel ihr Wirtschaftssystem und sogar ihre Streitkräfte langfristig behalten, erklärte Regierungssprecher Soong der WELT: Die Regierung unter Präsident Tschiang Ching-Kuo und Ministerpräsident Sun Yun-Suan habe vom Volk kein Mandat zu Verhandlungen über Taiwans System der freien Marktwirtschaft.

Die Planwirtschaft bleibt. Helfen nun Zuschläge?

In Leningrad wird die „kleine Reform" erprobt

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Bevor in einigen Industriebranchen der Ukraine, Weißrußlands und Litauens am Jahreswechsel das angekündigte „kleine" Wirtschaftsexperiment beginnt, wird es teilweise schon in Leningrad erprobt: Seit dem 1. Juli gelten in fünf Industriebetrieben an der Newa neue Regeln, die das Personal zu besseren Arbeitsleistungen motivieren sollen.

Ingenieure und Techniker genießen generell kein hohes Ansehen in der sowjetischen Arbeitswelt. Die Probleme des Berufsstandes tauchen jetzt häufig in der Presse auf, nachdem die Parteiführung selbst das Thema in die Debatte gebracht hat. Demnach wird das technische Leitungspersonal entweder nicht seiner Ausbildung entsprechend eingesetzt oder ist gezwungen, berufsfremde Arbeiten zu verrichten.

Ingenieure und Techniker erbringen aber selbst auf angemessenen Arbeitsplätzen nicht den Nutzen, den die auf Effizienz erpichte Führung von ihnen verlangt. Sie sollen in den Betrieben nicht nur für bessere Arbeisergebnisse, sondern auch für die schnellere Anwendung neuer Techniken sorgen. Möglicherweise werden sie durch die bürokratische Wirtschaftsstruktur dabei mehr behindert als durch den Mangel an materiellen Anreizen. An den Grundbedingungen der Planwirtschaft wird auch die künftige „kleine Reform" nichts ändern. Stattdessen setzt sie auf ein abgestuftes System von Gehaltszuschlägen und gezielten Prämienzahlungen nach dem Leistungsprinzip.

Als Vorreiter verfügen deshalb die fünf Leningrader Betriebe jetzt selbständig über einen „ständigen Arbeitslohnfonds". Früher wurden sie, wie die gesamte sowjetische Wirtschaft noch immer, für die erwünschte Einsparung von Arbeitskräften geradezu „bestraft", indem man ihnen die überschüssigen Lohngelder wegnahm. Jetzt können die fünf Betriebe mit dem verbleibenden Geld einzelne Mitarbeiter über Tarif *honorieren*, wenn sie ihre Aufgaben nach einer Reihe von Kriterien besser bewältigt haben. Zulagen soll es auch für Mehrarbeit geben, die durch Urlaubs- oder Krankheitsvertretung entsteht. Der Prämienfonds wird nicht mehr gleichmäßig ausgeschüttet, sondern unterschiedlich nach einem „Koeffizienten der Arbeitsbeteiligung".

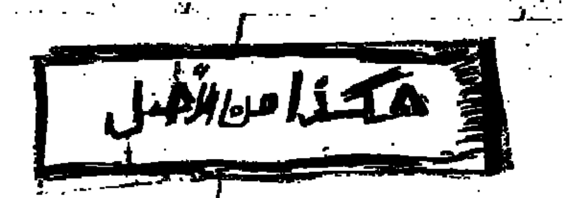
Über die Vergabe sollen die Leiter der beteiligten Abteilungen gemeinsam mit den Gewerkschaften entscheiden. Trotz aller Kriterien, die dabei beachtet werden müssen, sind „subjektive Entscheidungen" nicht auszuschließen. Einige Fachleute, berichtete die Zeitung „Sozialistitscheskaja Industrija", haben schon vor Beginn der Leningrader Reform die Flucht ergriffen und ließen sich versetzen. Sie wollten sich nicht der „außerordentlichen Beurteilung" ihrer Qualifikation durch eine Kommission stellen. Offenbar fürchteten sie aber weniger diese Beurteilung als die Gefahr, für Mißerfolge und Fehlschläge des Experiments verantwortlich gemacht zu werden.

Andererseits haben sich die bisherigen, zuletzt vor sechs Jahren eingeführten Regeln zur „Stimulierung der Arbeitsleistung" gerade beim technischen Personal als völlig wirkungslos erwiesen. Nach der Schilderung eines Generaldirektors können Ingenieure zwar theoretisch Zulagen bis zu 27 Prozent ihres Gehalts bekommen, in der Praxis bleiben aber nur wenige Prozent übrig.

Mehr als vierzig Kennziffern müßten eingehalten werden, wenn die Zulagen voll erreicht werden sollen. Zu diesen Bedingungen zählen viele, auf die der einzelne Ingenieur gar keinen Einfluß hat – etwa, wieviel Brennstoff und Energie der Betrieb verbraucht oder ob er seine Lieferverträge eingehalten hat. Dazu kommt noch eine Strafliste von 30 „Dienstversäumnissen". Trifft auch nur eine im Einzelfall zu, wird der Zuschlag erheblich gekürzt.

Das Problem der sogenannten „Fremdarbeit" ist ein weiteres Hindernis bei der Nutzung qualifizierter Fachkräfte. Wie die Zeitung „Sowjetskaja Rossija" feststellte, verbringen Ingenieuere die *Hälfte* ihrer Arbeitszeit mit der Besorgung dringend benötigten Materials, seien es Ersatzteile, Rohstoffe oder Werkzeuge. Viele betrachteten sich schon eher als Fahrer und Ladearbeiter.







Preis-Schwelle überschritten

J. Sch. (Paris) – Nachdem der Dollar in Frankreich mehr als acht Franc kostet, überschreitet jetzt auch das Benzin eine neue Preis-„Schwelle". In den von den Raffinerien am weitesten entfernten Preiszonen sind von morgen an für den Liter Super erstmals mehr als fünf Franc (1,67 Mark) zu bezahlen. Die höchste Preisspanne beträgt 4,91–5,03 Franc.

Die erneute Erhöhung der behördlich reglementierten Ölproduktenpreise ist aber nicht nur eine Folge der Dollar-Hausse. Die Fünf-Franc-Marke wurde auch deshalb schon jetzt erreicht, weil die Regierung seit einigen Monaten alle Preisrückgänge am Weltölmarkt durch eine Sondersteuer abgeschöpft hat, während sie alle Preiserhöhungen an den Verbraucher weitergibt.

Paris beruft sich dabei auf die Empfehlungen der Internationalen Energie-Agentur (IEA), wonach die Regierungen der westlichen Industriestaaten auch bei am Weltmarkt nachgebenden Rohölpreisen nicht ihre Energiesparpolitik lockern sollten. Dabei ist gerade in Frankreich der Kraftstoffverbrauch in letzter Zeit wieder gestiegen. Deshalb nimmt man an, daß auch die neue Treibstoffverteuerung von den Franzosen „geschluckt" wird. Man würde dafür anderweitig sparen, so sagen die jüngsten Umfragen.

Solches Verhalten scheint der Regierung allerdings genau in ihren Stabilisierungsplan zu passen. Denn einerseits verschafft sie sich aus der bei starkem Benzinverbrauch kräftig sprudelnden Sondersteuer zusätzliche Einnahmen zur Sanierung des Staatshaushalts und andererseits erwartet sie für diejenigen Bereiche mehr Sparsamkeit, die besonders preis- und importempfindlich sind.

Ordnungs-Unsinn

Bm. – Nicht nur für lernschwache Jugendliche fehlen bei uns Ausbildungsordnungen – und es sieht nicht so aus, als ob das hervorragend gelungene Modell des Berg- und Maschinenmannes im Steinkohlenbergbau, der ganz praxisbezogen auf seine Aufgaben vorbereitet wird, in anderen Bereichen Schule machen würde. Auch überall da, wo die rasante technische Entwicklung neue manuelle und zum Teil auch intellektuelle Bildung erfordert, fehlen Ausbildungsordnungen. Selbst um eine Ordnung für den wohl nicht gerade jungen Beruf des Transportfacharbeiters bemühen sich die Kammern bisher vergebens. Und gibt es dann endlich einmal eine solche neue Ordnung, wie etwa die für Gießereimechaniker, so schnürt sie den Auszubildenden mit 25 Seiten Detailvorgaben geradezu ein, statt ein weites Korsett anzulegen, in das der Jugendliche je nach Bedarf hineinwachsen kann. Früher sorgten die praxisnahen Kammern für diese Ordnungen, heute ist ein wolkennahes Bundesinstitut verantwortlich. Und das hält nicht Schritt mit dem Fortschritt.

Permanente Herausforderung

Von DOMINIK SCHMIDT

Die mehr oder minder zaghaften Versuche verantwortlicher Politiker, das Dickicht der Förderprogramme zu lichten, erinnern an Goethes Zauberlehrling: Auch sie, die Politiker, werden die von ihnen geschaffenen Gesetze und Verordnungen nicht mehr los. Die Eigendynamik, die jede administrative Maßnahme entwickelt, macht es schier unmöglich, sie wieder außer Kraft zu setzen.

Einmal geweckte Begehrlichkeiten haben eine lange Lebensdauer. Die Nutznießer von Bundes-, Landes- oder Kommunalprogrammen wollen – durchaus verständlich – den „Besitzstand" wahren. Gute Gründe für die Beibehaltung der Förderung aus Mitteln der öffentlichen Hände lassen sich allemal finden, auch wenn die eigentliche Grundlage dafür längst entzogen ist.

Von solcher Kritik ausgenommen bleiben auch angesichts leerer Haushaltskassen zwei gebietsorientierte Programme, deren Notwendigkeit außer Frage stehen. Da ist zunächst die Berlin-Förderung, der absolute Priorität zukommt, und dann der Zonenrand, dessen Sonderstatus 34 Jahre nach der Teilung Deutschlands unverändert Gültigkeit hat. Die sporadisch zu verzeichnenden Versuche insbesondere aus Richtung Brüssel, die Zonenrandförderung zu durchlöchern und Einfluß auf die Förderpraxis zu gewinnen, sind bislang abgewehrt worden.

Die Bundesregierung tut gut daran, auf ihrem Standpunkt zu beharren, daß die Zonenrandförderung nicht ausschließlich einer ökonomischen Betrachtungsweise unterliegt, sondern vielmehr der deutschlandpolitische Auftrag, der im 1971 verabschiedeten Zonenrandförderungsgesetz formuliert ist, erfüllt wird. Dabei darf die Gesamtheit des Zonenrandgebiets nicht in Frage gestellt werden.

Genau dies nämlich ist der Punkt, an dem immer wieder die Kritik ansetzt. Geographisch gesehen ist die Region ein rund 40 Kilometer breiter Streifen von Flensburg bis Passau entlang des Ostrandes der Bundesrepublik. Das entspricht einem Fünftel des gesamten Bundesgebietes. Etwa 7 Millionen Menschen leben dort. Richtig ist, daß längst nicht der gesamte Raum ein Notstands- oder Sanierungsgebiet ist.

Fest steht jedoch, daß alle Teilräume des Zonenrands miteinander verknüpft sind. Sie haben ein gemeinsames politisches Schicksal und können ihre Chance nur gemeinsam nutzen. Zudem bietet gerade die unterschiedliche Wirtschaftskraft die Möglichkeit, daß die stärkeren Räume des Zonenrands die wirtschaftlich schwächeren in ihrer Entwicklung mittragen. Ohne Zweifel ist das Festhalten am einheitlichen Ganzen der entscheidende Faktor der Zonenrandförderung. Jede andere Handhabung würde darauf hinauslaufen, daß die wirtschaftsschwachen Gebiete die Nachteile der Trennung Deutschlands wieder voll zu spüren bekommen.

Zonenrandförderung war und ist nicht gleichzusetzen mit Subventionierung, wenngleich in den letzten Jahren die Konkurrenz mit anderen Förderinstrumenten ihre Spuren hinterlassen hat. Die Regionalisierung sektoraler Probleme – erinnert sei an die Stahlindustrie und an den Schiffbau – hat die mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" erreichte Reduzierung der Fördergebietskulisse teilweise wieder zunichte gemacht und den vom Gesetzgeber gewollten Abstand zur Zonenrandförderung nivelliert.

Die Besinnung auf die ursprünglichen Ziele der Zonenrandförderung drückt der Haushaltsansatz der Bundesregierung für die Gemeinschaftsaufgabe 1983 aus. Die Mittel dafür wurden um 50 Millionen auf nunmehr 520 Millionen Mark erhöht. Davon sind für das Zonenrandgebiet 237 Millionen vorgesehen. Die drei Zonenrandorganisationen vermerken dies mit Befriedigung. Von einer „notwendigen Wende" spricht die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Zonenrandgebiets.

Immerhin macht es der neue Haushaltsansatz möglich, die 1981 um fünf Prozent gekürzten Höchstsätze für Erweiterungsinvestitionen wieder auf den alten Stand anzuheben. Gleichzeitig wurde die für die standortbenachteiligten Unternehmen im Zonenrandgebiet so wichtige Frachthilfe um sechs Millionen Mark aufgestockt. Für das soziale und kulturelle Förderungsprogramm stehen 115 Millionen Mark zur Verfügung, 15 Millionen Mark mehr als zunächst geplant.

Die Forderungen nach noch stärkerer Flexibilität bei der Anwendung der Zonenrandförderung sind durchaus berechtigt. Das Beispiel der Frachthilfe, der vom Bundesrechnungshof in Teilbereichen die Existenzberechtigung abgesprochen wurde, zeigt, daß auf Länderebene (Bayern) noch einiges zu tun ist.

OECD / Pariser Organisation appelliert an Verantwortung der Japaner

Für Belebung der Weltwirtschaft hat Tokio eine wichtige Rolle zu spielen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Bei der Wiederbelebung der Weltwirtschaft hat Japan eine wichtige Rolle zu spielen. Sie besteht insbesondere darin, den Übergang zu einem dauerhaften und nichtinflatorischen Wachstum zu „begünstigen". Zu diesem Zweck müßte sich der japanische Markt gegenüber ausländischen Produkten stärker öffnen. Außerdem beanstandet die OECD die (real) hohen japanischen Zinssätze und die Unterbewertung des Yen.

In seiner überraschend kritischen Beurteilung der japanischen Handels- und Währungspolitik geht der OECD-Bericht von der Feststellung aus, daß „die Verstärkung des offenen und multilateralen Welthandelssystems" für die westlichen Industriestaaten im allgemeinen und für Japan im besonderen eine „kapitale Aufgabe" der nächsten Jahre ist. Schon heute aber halten die OECD-Experten trotz der in letzter Zeit gelockerten japanischen Normenkontrolle eine verstärkte Einfuhrliberalisierung Tokios für notwendig.

Sollten die Importe Japans in diesem wie im nächsten Jahr „wider Erwarten" nicht steigen, dann müßte der internationale Druck auf „freiwillige Exportbeschränkungen" Japans zunehmen, heißt es im OECD-Bericht. Dabei ist unterstellt, daß die japanische Binnennachfrage in diesem Jahr um real zweidreiviertel Prozent und 1984 um vier Prozent zunimmt, womit sie mehr als im OECD-Durchschnitt steigen würde. Die konjunkturellen Voraussetzungen für mehr japanische Einfuhrfreiheit lägen danach vor.

Allerdings spricht sich die OECD gleichzeitig gegen den Protektionismus anderer Mitgliedsstaaten gegenüber japanischen Erzeugnissen aus. Es dürfe nicht vergessen werden, daß die Verbraucher daraus großen technischen wie preislichen Nutzen gezogen hätten. Angesichts des starken technischen Fortschritts in Japan würde es dem Verbraucherinteresse widersprechen, wenn man die Einfuhr solcher Erzeugnisse behindert.

Obwohl der japanische Warenimport, der von 120 Milliarden Dollar 1982 auf 100 Milliarden 1983 zurückzugehen droht, im nächsten Jahr wieder 119 Milliarden Dollar erreichen soll, wird nach Schätzung der OECD wegen der weiter zunehmenden japanischen Exporte der Handelsbilanzüberschuß von 18 über 30 auf 35 Milliarden Dollar ansteigen. Die japanische Leistungsbilanz könnte dann 1984 einen Aktivsaldo von 22 Milliarden Dollar aufweisen, der damit gut dreimal so hoch ausfiele wie 1982.

Die internationale Wettbewerbsposition Japans hat sich – auch dank des unterbewerteten Yen – weiter verbessert, und die japanische Spitzenposition in der Leistungsbilanzliste der OECD wird sich nach Angaben der OECD noch verstärken. Für 1984 folgen in dieser Liste Kanada mit 3,5 und die Bundesrepublik mit gerade zwei Milliarden Dollar Überschüssen.

Von der OECD wird Japan eingeräumt, daß es 1983 und 1984 ein „eher schwaches" reales Wachstum von 3¼ und 3½ Prozent (gegenüber durchschnittlich 4,8 Prozent zwischen 1971 und 1981) zu erwarten hat, welches damit allerdings immer noch eines der höchsten im OECD-Raum bleiben würde. Immerhin aber dürfte die japanische Arbeitslosenquote von 2,4 Prozent (1982) auf 2,75 Prozent (1983) und drei Prozent 1984 zunehmen. Sie bleibt dann aber immer noch weit unter dem OECD-Durchschnitt.

Die in dem Bericht sehr gelobte Bestleistung Japans ist die unbeschadet seiner relativ expansiven Wirtschaftsentwicklung erzielte große Preisstabilität. Nach einer Inflationsrate von durchschnittlich 8,4 Prozent zwischen 1971 und 1981 erreichte sie 1982 nur noch 2,9 Prozent. Für dieses und für das nächste Jahr werden zwei und 2½ Prozent erwartet. Dies und die entsprechend niedrigen Lohnerhöhungen sind ein wichtiger Grund für die japanischen Exporterfolge.

Die Hoffnung (der OECD), daß sich der Yen-Kurs „schnell und fühlbar" verbessern würde, sei bisher enttäuscht worden, heißt es in dem Bericht. Vielmehr habe er sich während des größten Teils des letzten Jahres abgeschwächt und gegenüber dem Dollar seinen niedrigsten Stand der letzten fünf Jahre erreicht.

FORSCHUNGSPOLITIK

Der Minister soll im Kurswechsel bestärkt werden

HEINZ HECK, Bonn

Die Bonner Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP wollen den im Oktober eingeleiteten Kurswechsel in der Forschungs- und Technologiepolitik parlamentarisch unterstützen und dem Minister gegenüber der „schwerfälligen Forschungsbürokratie" den Rücken stärken. Zur Begründung einer großen Anfrage erklärten die forschungspolitischen Sprecher ihrer Fraktionen, Karl-Hans Laermann (FDP) und Christian Lenzer (CDU), ferner, zentrales Anliegen sei es, daß die Forschungs- und Technologiepolitik neben der Finanzpolitik verstärkt ihre Rolle beim Wirtschaftsaufschwung spielen soll.

Wichtige Ansatzpunkte aus der Sicht der beiden Fraktionen sind unter anderem die beschleunigte Umsetzung neuer Entwicklungen in marktfähige Produkte und eine Änderung der Sicherungsmethoden bei der Kreditvergabe (hier seien Banken- und Versicherungsaufsicht angesprochen).

Die beiden Politiker drängen die Bundesregierung und speziell den Forschungsminister, stärker in die indirekte Forschungsförderung zu gehen und die „Tausende von Projekten abzuschaffen, die nur lüstern machen". Sie bescheinigten Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) einen „guten Kurs". Auch wenn die eingeleitete Verlagerung von der direkten zur indirekten Förderung noch keine „spektakulären Zahlen" erbracht habe, sei das bisherige Ausmaß der Kursänderung „recht beachtlich". Man müsse in der Forschungspolitik auch auf Kontinuität achten und könne nicht einfach Projekte abbrechen. Die beiden Politiker ließen jedoch keinen Zweifel, daß sie vom Parlament her bei der künftigen Gestaltung des Forschungshaushalts die Fortsetzung dieses Kurses beobachten wollen.

Sie räumen ein, daß es auch weiterhin direkte Forschungsförderung, etwa im Umweltschutz, Gesundheitswesen und vor allem in der Grundlagenforschung geben müsse. Kritisch wandten sie jedoch ein, daß unter Riesenhubers Vorgängern „zu sehr in Marktnähe gefördert" worden sei, also praktisch auch das, was dem Markt und dem Unternehmer überlassen bleiben solle. So habe der Staat über drei Milliarden Mark in die Datenverarbeitung gesteckt; und die einhellige Meinung sei heute, daß dies der deutschen Position auf dem Weltmarkt nicht den gewünschten Erfolg gebracht habe. Auch mit der bisher üblichen 50prozentigen Forschungsfinanzierung durch den Staat seien „keine Spitzenprodukte" erzielt worden.

Laermann erinnerte daran, daß fast 500 Projekte in der Kommunaltechnologie (zum Beispiel Abwasseraufbereitung) erfolgreich abgeschlossen worden seien. Doch die Kenntnis der Gemeinden hierüber sei „nahezu Null". Und soweit sie bekannt sei, fehle Geld für die Umsetzung. Daher das Plädoyer für eine Änderung der Rahmenbedingungen durch Änderung der Banken- und Versicherungsaufsicht. Die Banken hätten das begriffen und Technologiefonds mit höheren Risiken aufgelegt.

AUF EIN WORT



„Letztendlich produzieren die Bauern gegen ihre eigenen Interessen; denn die Produktion hat Ausmaße angenommen, die einen Preis- und damit Einkommenskollaps befürchten lassen."

Ignaz Kiechle (CSU), Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten FOTO: WEREK

Weniger Energie verbraucht

VWD, Hamburg

Mit 182,5 Millionen Tonnen Steinkohlen-Einheiten (SKE) blieb der Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik nach den vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen im ersten Halbjahr 1983 um 2,8 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert von 187,8 Mill. t SKE. Der Anteil des Mineralöls stellte sich auf 78,0 Mill. t SKE (81,1 Mill. t SKE) und ging somit überproportional um 3,8 Prozent zurück. Sein Beitrag zur inländischen Energieversorgung machte 42,7 Prozent (43,2 Prozent) aus. Diese Entwicklung ist jedoch fast ausschließlich auf weitere Absatzverluste beim schweren Heizöl zurückzuführen. Eine Hochrechnung des Mineralölwirtschaftsverbandes in Hamburg (MWV) für die ersten sechs Monate läßt erkennen, daß sich die Inlandsablieferungen bei Vergaserkraftstoffen und Dieselkraftstoff mit 11,11 Mill. t bzw. mit 6,53 Mill. t knapp über den Halbjahreszahlen von 1982 bewegten.

FINANZPOLITIK

Die Länder profitieren von Bonner Steuerbeschlüssen

CHRISTIAN SCHÜTTE, Bonn

Auch die Länder profitieren nach Ansicht der Bundesregierung von den Bonner steuerpolitischen Beschlüssen vom 29. Juni. Eine Gegenüberstellung der Steuermindereinnahmen und der gesamten Entlastungswirkungen führt für die Bundesländer insgesamt zu einem positiven Saldo von schätzungsweise 4,21 Milliarden DM 1984 und 4,15 Milliarden DM 1985.

Wie der Finanzstaatssekretär Friedrich Voss (CSU) dem SPD-Bundestagsabgeordneten Helmut Esters weiter mitteilte, schätzt die Bundesregierung die Summe der Steuermindereinnahmen in den einzelnen Ländern (einschließlich ihrer Gemeinden) durch das Steuerentlastungsgesetz und die geplanten Maßnahmen zur Vermögensbildung auf zusammen 1,96 Milliarden Mark 1984 und 3,92 Milliarden Mark für 1985. In der nach Bundesländern aufgeschlüsselten Schätzung schneiden Nordrhein-Westfalen (550 und 1113) und Bayern (336 und 669 Millionen Mark) am schlechtesten ab.

Die Summe der Steuermehreinnahmen aus der zweiten Hälfte der Umsatzsteuererhöhung beziffert Bonn auf zusammen 1,43 Milliarden Mark 1984 und 1,52 Milliarden 1985. Hinzu kommen Mehreinnahmen aus dem zugesagten Bundesausgleich über die Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Länder um einen Prozentpunkt, die 1984 etwa 1,15 und im Jahr 1985 etwa 1,22 Milliarden DM ausmachen werden. Daneben bringen die Bonner Haushaltsbeschlüsse 1984 „erhebliche Entlastungen", vor allem im Bereich der Personalausgaben; 1984 beträgt diese Entlastung 3,59 Milliarden DM und 1985 5,33 Milliarden DM.

Ohne Berücksichtigung der Gemeinden betragen die Einsparungen der Länder 1984 schätzungsweise 2,99 Milliarden DM. 1985 werden diese auf 2,61 Milliarden DM sinken.

BUND DER STEUERZAHLER

Gewerbesteuer: Zahlreiche Mängel legen Abbau nahe

HEINZ HECK, Bonn

„Die Gewerbesteuer ist mit zahlreichen Mängeln behaftet, die ihren Abbau nahelegen." Der Bund der Steuerzahler nennt in seinem gestern veröffentlichten „Plädoyer für die Beseitigung einer unzeitgemäßen Steuer" unter anderem folgende Argumente: Die Gewerbesteuer verstoße gegen das Prinzip einer Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, führe zu einer Doppel- und Sonderbelastung der Einkünfte aus Gewerbebetrieben und bewirke Verzerrungen im nationalen wie im internationalen Wettbewerb.

Darüber hinaus wirke sie konjunktur- und wachstumspolitisch nachteilig und gefährde mit ihren ertragsunabhängigen Teilen (also der Gewerbekapitalsteuer) die Betriebssubstanz. Es dürfe auch nicht übersehen werden, daß die Gewerbesteuer nach dem Motto „Wer zahlt, schafft an" die kommunale Willensbildung gefährde.

Als Motiv für die in letzter Zeit wieder verstärkten Bemühungen zur Beibehaltung der Steuer sieht der Verband vor allem das „Besitzstandsdenken gewerbesteuerstarker Städte und Gemeinden". Eine zielgerichtete Investitions-, Wachstums- und Beschäftigungspolitik erfordere jedoch den Abbau. Der dadurch entstehende Steuerausfall sollte durch eine entsprechende Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgeglichen werden. Wie bereits bei der Einkommensteuer soll den Gemeinden ein Anteil an der Umsatzsteuer kraft Verfassung übertragen werden. Bei der Harmonisierung der Mehrwertsteuersätze in der EG entstünde „hinreichende Verfügungsmasse".

Diese Auffassung wird im Grundsatz auch von der FDP geteilt, wie der Vorsitzende im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages, Gattermann, kürzlich verdeutlicht hat. Wolle man den Gemeinden einen Verfügungsspielraum bei den Steuereinnahmen geben, so könne dies durch Aktivierung des Hebesatzrechts auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer geschehen, meint der Verband.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BP erhöht den Benzinpreis

Hamburg (rtr) – Die Deutsche BP hat am Montag eine neue Benzinpreisrunde eingeleitet: Der Mineralölkonzern verlangt eigenen Angaben zufolge ab sofort drei Pfennig je Liter mehr für Diesel und Benzin. Ein Sprecher des Unternehmens verwies zur Begründung dieser zweiten Anhebung innerhalb von acht Tagen auf den weiter steigenden Dollar, der die Kosten in die Höhe treibe. „Ein Ansteigen des Dollar-Kurses um vier Pfennig bewirkt eine Verteuerung aller Produkte um einen Pfennig", äußerte der BP-Sprecher. Die anderen Konzerne haben am Montag noch keine Entscheidung getroffen. Die Unternehmenssprecher verweisen jedoch bereits auf die Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung angesichts der anhaltenden Verluste im Bereich der Mineralölverarbeitung. Anfang vergangener Woche hatten die in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Mineralölkonzerne die Preise für Dieselkraftstoff und Benzin um zwei Pfennig je Liter angehoben.

IG Bau bleibt skeptisch

Frankfurt (AP) – Die Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden sieht sich durch die steigende Zahl von Baugenehmigungen in ihrem wohnungsbaupolitischen Konzept bestätigt, glaubt aber noch nicht an einen dauerhaften Aufschwung. Der Bundesvorsitzende der IG Bau, Konrad Carl, wies in Frankfurt darauf hin, daß seine Gewerkschaft schon 1981 ein Wohnungsbausonderprogramm gefordert habe. Die gegenwärtigen „leichten Besserungstendenzen" sollten jedoch noch nicht als dauerhafter Aufschwung für die Bauwirtschaft gewertet werden.

Prime Rate erhöht

New York (rtr) – Als erste US-Großbank hat die Citibank ihre Prime Rate um einen halben Prozentpunkt auf elf Prozent angehoben. Andere Großbanken zogen nach. Zwei kleinere Banken hatten bereits in der vergangenen Woche ihre Prime Rate erhöht.

Doch Job-Verluste

Tokio (dpa/VWD) – Die Einführung von Robotern und anderen elektronisch gesteuerten Fertigungssystemen kostet in Japan entgegen früheren Beschwichtigungen inzwischen doch eine größere Zahl von Arbeitsplätzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine erste umfassende Erhebung des Arbeitsministeriums in Tokio, die im November unter 10 000 Firmen mit 100 und mehr Beschäftigten durchgeführt wurde. Die Studie kommt unter anderem zu dem Schluß, daß in 60 Prozent der Firmen mit automatisierten Produktionsabläufen die Zahl der Facharbeiter merklich geschrumpft ist. Verdrängt werden von Robotern, wie es weiter heißt, vor allem Frauen.

Gegen FDP-Forderungen

Bonn (HH.) – Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Vogt (CDU), hat sich gegen Forderungen aus der FDP und dem Sparkassen- und Giroverband ausgesprochen, wonach der Anlagekatalog des Vermögensbeteiligungsgesetzes erweitert werden soll. Es komme darauf an, „die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen zu verbessern und gleichzeitig den Arbeitnehmern den Zugang zu Kapitalbeteiligungen zu eröffnen". Das 624-Mark-Gesetz erfülle diese Aufgaben nicht, da nur zwei Prozent in Kapitalbeteiligungen gingen. Daher solle der um weitere 312 auf 936 Mark aufgestockte Betrag Kapitalbeteiligungen und Darlehensforderungen gegenüber dem Arbeitgeber vorbehalten werden.

„Ölfieber" in Irland

London (fu) – In Irland ist das „Ölfieber" ausgebrochen. Rund 20 Meilen vor der Südküste Irlands (Waterford) ist ein Bohrkonsortium unter Führung des amerikanischen Konzerns Gulf Oil auf kommerziell nutzbare Ölreserven gestoßen. Erste Schätzungen sprechen davon, daß das Feld 200 bis 300 Barrel förderbares Öl hoher Qualität enthalten dürfte. Die jüngsten Nachrichten über den Ölfund haben den Aktienkurs von Atlantic Resources, einen an dem Konsortium beteiligten irischen Unternehmens, in wenigen Tagen von 128 auf 430 Pence klettern lassen.

Wochenausweis

	31.7.	23.7.	30.6.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	69,0	69,1	68,5
Kredite an Banken	66,8	67,0	66,9
Wertpapiere	7,4	7,4	7,4
Bargeldumlauf	102,2	100,1	100,1
Einl. v. Banken	46,3	38,7	46,2
Einl. v. öffentl. Haushalten	1,2	9,0	2,7

PRIVATISIERUNG / London will British Gas verkaufen

Weitere Aktionen geplant

WILHELM FURLER, **London**

Die britische Regierung unter Premierministerin Margaret Thatcher treibt ihre Pläne, die Staatsindustrien und -unternehmen so weit wie möglich zu privatisieren, immer weiter voran. Wie es jetzt in London heißt, wird gegenwärtig auch an den Voraussetzungen für einen Verkauf von 51 Prozent an der staatlichen Gasgesellschaft British Gas gearbeitet. Ein solcher Verkauf würde geschätzte *drei Milliarden Pfund einbringen*, zum gegenwärtigen Kurs umgerechnet etwa zwölf Milliarden Mark.

Damit wäre die Teilprivatisierung von British Gas die zweitgrößte Aktion dieser Art nach dem bereits beschlossenen Verkauf von 51 Prozent *an der staatlichen Fernmeldegesellschaft* British Telecom. Die Teilprivatisierung von British Telecom aller Voraussicht nach im Herbst 1984 *dürfte bis zu fünf Milliarden Pfund* in die Staatskasse bringen.

Der wachsende Finanzbedarf der Regierung hat erst vor kurzem den neuen Schatzkanzler Nigel Lawson zu der parlamentarischen Antwort veranlaßt, das Schatzamt beabsichtige den Verkauf von weiteren acht Prozent der Anteile am britischen Ölkonzern BP. Gegenwärtig hält die Regierung in London knapp 39 Prozent der BP-Anteile. Die acht Prozent *dürften bis zu 500 Millionen Pfund* einbringen.

Neben dem Plan zur Teilprivatisierung von British Gas gibt es im Energieministerium Überlegungen, auch Teile der staatlichen Elektrizitäts-Industrie zu privatisieren, vielleicht sogar *Teile des Bergbaus. Schon seit* längerem bestehen Pläne, die landesweite Kette der Verkaufsräume von British Gas sowie verschiedene Ölfelder im Besitz der Gasgesellschaft zu veräußern. Vor wenigen Tagen hat British Gas für das Ende März abgelaufene *Geschäftsjahr 1982/83 einen* Gewinn vor Steuern in Höhe von 663 Millionen Pfund (2,65 Milliarden Mark) bekanntgegeben.

GROSSBRITANNIEN / Großbanken haben ihre Gebührensätze erheblich erhöht

Risikovorsorge belastet Ergebnisse

WILHELM FURLER, **London**

Die vier großen britischen Geschäftsbanken, die sogenannten Clearing Banks Barclays, National Westminster, Midland und Lloyds, haben für die erste Hälfte des laufenden Geschäftsjahres allesamt erfreuliche Ergebnisse vorgelegt. Lloyds Bank, die in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres einen Rekordgewinn vor Steuern in Höhe von 203 Millionen Pfund erzielte, konnte dieses Ergebnis in der ersten Hälfte des Jahres allerdings nicht ganz halten. Mit 194 Millionen Pfund lag der Gewinn vor Steuern aber deutlich über dem Ergebnis der zweiten Jahreshälfte 1982 (120 Millionen Pfund).

Die anderen drei Clearing Banken steigerten ihren Halbjahresgewinn vor Steuern gegenüber der ersten Hälfte 1982: Barclays Bank um elf Prozent von 236 auf 262 Millionen Pfund (1982: 259 Millionen Pfund), National Westminster Bank von 214 *auf* 230 Millionen Pfund (1982: 225 Millionen Pfund) und Midland Bank sogar um 34 Prozent von 95,1 auf 136,4 Millionen Pfund (1982: 156 Millionen Pfund).

Profitiert haben die „Großen Vier", wie die führenden Geschäftsbanken in Großbritannien genannt werden, vor allem von der 40prozentigen Erhöhung ihrer Gebühreneinnahmen von Januar bis Ende Juni. Dagegen ließ der *Rückgang der Basiszinsen in* der ersten Jahreshälfte die bis dahin sehr hohen Zinseinnahmen schrumpfen. Entsprechend sind die Dividenden mit Sätzen zwischen 10,66 und 11,50 Pence je Aktie nicht so flott gestiegen wie Mitte letzten Jahres. Dies liegt freilich vor allem an der weiterhin hohen Risikovorsorge.

So hat die Barclays Bank für *schlechte und zweifelhafte Kredite in* den ersten sechs Monaten 1982 Rückstellungen in Höhe von 193 Millionen Pfund vorgenommen. Dieser Betrag liegt nur unwesentlich über dem der zweiten Hälfte des Vorjahres, aber deutlich über den rund 130 Millionen Pfund im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Bei National Westminster wurden 135 Millionen Pfund zurückgestellt, nachdem die Vorsorge für solche Fälle von 78 Millionen Pfund in der ersten Hälfte 1982 auf 151 Millionen Pfund in der zweiten Jahreshälfte gestiegen waren.

Bei der Midland Bank blieben die Rückstellungen nahezu unverändert: Sie verringerten sich leicht von 120,8 *auf 118,6 Millionen Pfund. Die besonders* stark im Lateinamerika-Geschäft engagierte Lloyds Bank mußte schließlich noch 120 Millionen Pfund wertberichtigen, nachdem dieser Posten im vergangenen Geschäftsjahr von 60 Millionen Pfund in den ersten sechs Monaten auf 157 Millionen Pfund in den zweiten geklettert war.

Zum zusätzlichen Schutz füllten die Banken ihre eigenen Reserven auf. Jeweils mehr als 100 Millionen Pfund steckten die Barclays, National Westminster und Lloyds Bank aus dem Halbjahresgewinn für ihre Eigenkapitalstärkung weg. Die Midland Bank hatte zwar nur gut 50 Millionen Pfund dafür übrig, wird aber über eine Kapitalerhöhung zusätzlich gut 150 Millionen Pfund erhalten.

MEXIKO / Die Talsohle noch nicht erreicht, aber:

Aussichten werden günstiger

dpa/VWD, **Mexiko-Stadt**

Die Wirtschaftskrise hat bei vielen *Mexikanern deutliche Spuren hinterlassen.* Die Löhne und Gehälter wurden im bisherigen Jahresverlauf um 15 bis 25 Prozent erhöht, die Inflation lag in den ersten sieben Monaten bei 48 Prozent. Der private Konsum sank in den ersten vier Monaten um 28,9 Prozent. Eine Kraftprobe mit unabhängigen Gewerkschaften gewann die Regierung. Universitätsangestellte *und die Arbeiter der staatlichen* Uranwerke hatten ihren Streik ergebnislos abgebrochen, als ihrer Forderung auf 40 und 50 Prozent Lohnerhöhung nicht stattgegeben wurde.

Die Regierung des seit acht Monaten tätigen Präsidenten Miguel de la Madrid meldete für das erste Halbjahr 1983 einen Handelsbilanzüberschuß von über sechs Milliarden Dollar. Gewährte Kredite über 1,42 Milliarden Dollar werden nicht für die laufenden Ausgaben verwendet, sondern zur Begleichung alter Bankschulden. Positiv sind die *anziehenden* Ölpreise, die es Mexiko jetzt erlaubten, den Preis für das schwere Öl um einen auf 24 Dollar zu erhöhen.

Der Handelsbilanzüberschuß ist nicht notwendigerweise ein Signal des Aufschwungs. Finanzminister Jesus Silva Herzog *räumte ein, daß dies* vor allem durch den Rückgang der Importe zu erklären sei. Das wirkt auf einige Industriesektoren lähmend. Diese brauchen nicht nur dringend Rohstoffe, sondern auch Ersatzteile und Maschinen. Die Einfuhren zwischen Januar und Mai 1983 entsprachen nur etwa einem Drittel der vergleichbaren Vorjahreszeit. Die Autoindustrie verkaufte im ersten Halbjahr rund 47 Prozent weniger Pkw als im Vorjahr.

Die Regierung de la Madrid hat mit ihren Sparmaßnahmen im Ausland Vertrauenskapital zurückgewonnen. Ob sie die Verpflichtung gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) einhalten kann, das Haushaltsdefizit von 16,5 Prozent 1982 auf 8,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren, scheint fraglich.

Ziemlich übereinstimmend äußern sich Regierung und Industrie darüber, daß 1983 das schlimmste Jahr sei und es danach wieder aufwärts gehe. Eine Geschäftsbank meinte, gestützt auf eine Umfrage unter 500 mittleren Industriefirmen Anfang August, *Dollarknappheit*, begrenzte Liquidität, knappe Rohstoffe, hohe Zinssätze und sinkende Nachfrage könnten das zweite Halbjahr 1983 zur schwersten Periode seit Beginn der Krise Anfang 1982 werden lassen. Der Präsident der mexikanischen Industriekammern, *Jacobo Zaidenweber*, meinte, die einzelnen Silberstreifen am Horizont bedeuteten nicht, daß die Schwierigkeiten vorüber seien. Mexiko sei aber auf dem richtigen Weg.

Die Regierung leitete in diesen Tagen dem Parlament einen Bericht zu, in dem es hieß, die Aussichten würden immer günstiger. Ohne in dem 26seitigen Papier irgendeine Zahl zu nennen, *meinten Finanzminister* Silva Herzog und Haushaltsminister Carlos Salinas de Gortari, die Gefahr einer Hyperinflation sei gebannt und der Geldumlauf reduziert worden. Die Aussichten für den Peso seien besser geworden und mehr Devisen ins Land gekommen. Dies zusammen mit dem erstmals seit Jahrzehnten erreichten Handelsbilanzüberschuß sind Zeichen eines bemerkenswerten *Aufschwungs, versichern die beiden* Minister.

TOURISMUS / Feriengebiete sind schwächer belegt

Franzosen reisen weniger

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Nachdem Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors mit seinem unglückseligen „Elektroschock" der drakonischen Devisenbeschränkung für Auslandsreisen entgegen seinen Erwartungen auch den devisenbringenden Ausländerbesuch behindert hatte, stimmte er jetzt der von Tourismus- und Außenhandelsministerin Edith Cresson beantragten Erhöhung der Staatssubventionen für diesen Wirtschaftszweig zu. Allein aus Mit*teln des Gebietsausrüstungsfonds* erhält das französische Fremdenverkehrsgewerbe nächstes Jahr 180 Millionen Franc oder 60 Millionen Mark.

Frau Cressons These lautet: Der Tourismus darf (vom Staat) nicht mehr wie früher behandelt werden, denn er wächst nicht mehr allein, sondern bedarf der Unterstützung und Anpassung. Nur dann könne er Frankreich die nötigen Devisen bringen. Das waren 12 Milliarden Franc netto (abzüglich Devisenausgaben für französische Auslandsreisen) im letzten Jahr.

Für 1983 erwartet die Ministerin einen Überschuß in der gleichen Größenordnung. Zwar hätten trotz des starken Zuwachses im Reiseverkehr aus den USA bisher weniger Ausländer als erwartet Frankreich besucht. Gleichzeitig aber schränkten die Franzosen wegen der Devisenbewirtschaftung und der Austerity-Maßnahmen (beispielsweise Steuernachzahlungen) ihre Auslandsreisen ein. Nach vorläufigen Erhebungen sind die französischen Feriengebiete um 10 Prozent weniger von In- und Ausländern belegt gewesen als letztes Jahr.

Besonders stark von den Devisenbeschränkungen betroffen wurde der *Flugverkehr nach* Spanien, dem Hauptreiseland der Franzosen. Bereits im Juni kam es dort im Jahresvergleich zu einem Rückgang um 15,5 Prozent. Nach Italien, Griechenland und der Türkei waren es 2,9 Prozent weniger. Dagegen flogen in die restriktionsfreie Franc-Zone (Schwarzafrika) 3,2 Prozent mehr Franzosen. Die Pariser Flughäfen verbuchten einen Verkehrszuwachs von insgesamt *8,9* Prozent.

Als Beispiele, wie nächstes Jahr mehr Ausländer nach Frankreich gelockt werden sollen, nannte Frau Cresson die Erweiterung und qualitative Verbesserung der Hotelkapazitäten sowie die Förderung des *Thermal- und Fluvial-Tourismus*.

Dank des gut florierenden Wintersportbetriebs war noch im ersten Quartal 1983 der Aktivsaldo der französischen Touristenbilanz gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 35 Prozent gestiegen. Der Jahresüberschuß soll nach Madame Cresson „so schnell wie möglich" verdoppelt werden.

Unter den Ländern mit den höchsten Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr steht Frankreich nach den USA und Italien an dritter Stelle.

Forderungen der Bank Ambrosiano

IZ, **Genf**

Die Liquidatoren der „alten" Bank Ambrosiano fordern von dreizehn ausländischen Banken 645 Mill. *DM* (300 Mill. Dollar). Wegen der Rückgabe bedeutender Guthaben wollen die Liquidatoren in Mailand und New York gerichtlich vorgehen.

Die Mailänder Justiz nennt als Betroffene die AP Bank in London, Ku*wait French Bank*, Al Saudi Bank *und* Banques Louis Dreyfus in Paris, die Banken Williams und Glyn, Banco Real, Nordic Bank sowie die Inter-Alpha in Hongkong. In New York soll es sich um die Finanzinstitute Banco de la Provincia de Buenos Aires, Bank of Credit and Commerce International Overseas in Manila wie die Banco do Commercio e Industria und die Bank Itau in Sao Paolo handeln.

Sparprogramm für Israel

AP, **Jerusalem**

Die israelische Regierung unterzog am Sonntag den vom Finanzministerium vorgelegten *Plan zur Reduzierung* der Staatsausgaben einer ersten Überprüfung. Dies wurde aus Jerusalem bekannt. Der interministerielle Ausschuß für Wirtschaftsfragen ist gestern zusammengetreten, um die neuen Steuern und die Haushaltseinsparungen, *von denen alle Verwaltungen betroffen werden*, festzulegen. Die vorgeschlagenen Einsparungen bedeuten eine völlige Änderung der Wirtschaftspolitik, wie vom Finanzministerium erklärt wurde. Das Defizit der israelischen Handelsbilanz erreichte im ersten Halbjahr 1983 mit rund 1,7 Milliarden Dollar einen Rekordstand. Es lag um 23 Prozent über dem Ergebnis der Vorjahresperiode.

Kürzere Arbeitszeit bei Cockerill

dpa/VWD, **Brüssel**

Mit der Einführung der 35-Stunden-Woche bei dem angeschlagenen belgischen *Stahlkonzern Cockerill-Sambre* will der Arbeitsminister Michel Hansenne die notwendigen Entlassungen bei der Umstrukturierung des Unternehmens auf ein Mindestmaß zurückschrauben. Trotzdem müsse die Zahl der Beschäftigten – derzeit rund 22 000 – bis Ende 1986 um 7900 abgebaut werden. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit entsprechendem Lohnausfall ist das Kernstück eines Sozialplans, den der belgische Politiker in Brüssel vorgelegt hat. Der Plan soll die großangelegte „Roßkur" begleiten, in der der ehemalige Stahl-Gigant seine Kapazitäten um 1,4 Millionen Tonnen abbauen und zahlreiche Walzstraßen stillegen soll.

IRLAND / Von über 800 ausländischen Firmen kommen 122 aus der Bundesrepublik

Steigerung der Exporte hat Vorrang

HERBERT KLAR, ***Dublin***

In keinem anderen Land Europas drängen so viele junge Menschen auf den Arbeitsmarkt, wie in der Republik Irland. Bereits heute sind 50 Prozent der Bevölkerung unter 25 Jahre und 31 Prozent unter 15 Jahre alt. Die *Arbeitslosenquote ist die höchste in* Europa und liegt gegenwärtig bei rund 15 Prozent nach 13,5 Prozent Ende 1982.

Die einzige Chance, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, ist ein weiteres Wachstum der Exporte. *Doch schon heute ist Irland mit nahezu* 50 Prozent Exportanteil am Sozialprodukt eines der exportabhängigsten Länder der Welt. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen, wurde bereits 1949 die „Industrial Development Authority (IDA)" gegründet. Aufgabe *dieser staatlichen Behörde ist es*, mit einer Art Existenzgründungsprogramm kleine einheimische Unternehmen zu unterstützen und ausländische Investoren ins Land zu locken. Besonders interessiert ist man bei der IDA an arbeitsintensiven und *an hochtechnologischen Fertigungen.*

Bisher haben sich über 800 ausländische Unternehmen, die 75 000 Arbeitsplätze geschaffen haben, was rund einem Drittel der Industriebeschäftigten entspricht, in Irland niedergelassen. Darunter sind 122 Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland mit insgesamt etwa 10 000 Beschäftigten. Produziert wird *fast ausschließlich* für den Export. Nach heutigen Preisen beträgt das ausländische Investitionsvolumen 6,1 Milliarden Mark, 1,85 Milliarden Mark entfallen auf deutsche Unternehmen, die damit nach den amerikanischen den zweiten Platz belegen.

Es sind keineswegs nur Großunternehmen, die in Irland eine Produktionsstätte eröffnen. Die Martin Merkel GmbH u. Co. KG, Hamburg, ein Familienbetrieb mit 1150 Mitarbeitern, produziert seit 1978 Packungen *und Dichtungen in Dublin*. Derzeit sind dort 30 Iren beschäftigt. Nach Angaben von Geschäftsführer Dieter Haury ging man vor allem deshalb nach Irland, um die Personalkosten zu senken und in den Genuß der Steuerfreiheit auf Exportgewinne zu *erlangen. Darüber hinaus gibt des* Barzuschüsse der IDA bis zu 50 Prozent der Investitionskosten. „Gut ausgebildete Leute sind genügend vorhanden", so Haury, wenn auch das Facharbeiterniveau nicht ganz deutschen Maßstäben entspreche.

Dennis Keogho, Geschäftsführer der irischen Merkel-Tochter Chemoflon nennt weitere Gründe, warum das Mutterunternehmen zufrieden sein kann. *Das Lohnniveau sei* geringer als in der Bundesrepublik, obwohl sich der Abstand in den letzten Jahren verringert habe. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen der Chemoflon-Mitarbeiter liege bei 1500 Mark. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall betrage nur *10* Tage.

Die IDA, die bisher nur Investitionen von Unternehmen bezuschußte, die ausgereifte Produkte herstellen, geht nun auch verstärkt dazu über, Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Gene Amdahl, Computerpionier aus den USA, erhielt eine Million Dollar Zuschuß von der IDA zur Entwicklung einer neuen Computergeneration. Sein Trilogy-Unternehmen soll 1984 die Produktion in Dublin aufnehmen. In den letzten Jahren haben sich bereits zahlreiche internatio*nale Konzerne* der Computerindustrie, wie Apple, Analog, Fujitsu, Wang, Nixdorf in Irland niedergelassen.

ARBEITSVERMITTLUNG / Jobsuche per Computer

Alle Beteiligten zufriedener

GISELA REINERS, **Bonn**

Beim Arbeitsamt Marburg hilft jetzt ein Computer den Arbeitslosen, einen neuen Job zu finden. Er unterstützt den Vermittler, verkürzt die *Laufzeit und verbessert das* Bewerber-Angebot. Die Zauberwörter heißen „mikros" und „coArb": das sind die Abkürzungen für „Mikroverfilmung offener Stellen" und „computerunterstützte Arbeitsvermittlungen".

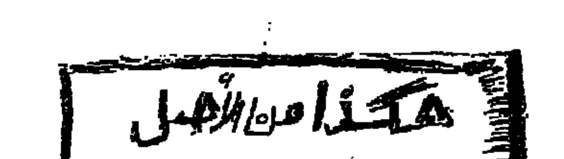
Mikros verhilft dem auf dem Flur des Arbeitsamtes Wartenden zu einer Vorinformation. Dieser nimmt sich einen Vordruck und blättert mit dessen Hilfe per Tastendruck in einem Lesegerät für Mikrofilme das Arbeitsgebiet auf, in dem er eine Stelle sucht. Dort kann er erkennen, ob es eine offene Stelle im Tagespendelbereich von 60 Kilometern im Umkreis gibt – oder nicht; aber auch, ob es einen anderen attraktiven Job gibt, der in Frage käme.

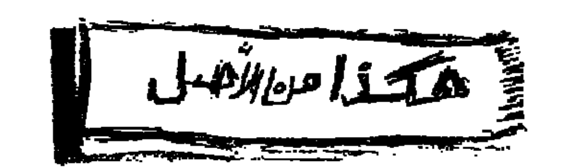
Der Bewerber notiert sich die Nummer dieses Angebots, geht zum Vermittler und erfährt von ihm Näheres über den Arbeitgeber und die Bezahlung. Der Vermittler, wenn er sich überzeugt hat, daß der Bewerber die geforderte Qualifikation mitbringt, läßt gleich per Drucker, der neben seinem Bildschirm steht, die nötigen Formulare ausfertigen, und schon kann sich der Jobsucher auf den Weg zum Vorstellen machen.

Diese Einrichtung hat nach Angaben des Arbeitsamtes Marburg die Arbeit der Vermittler nicht nur erleichtert, weil sie von reichlich Papier- und Schreibkram entlastet werden, sondern hat auch die Einschaltung des Arbeitsamtes durch die Arbeitgeber, die offene Stellen anzubieten haben, erhöht. Die Vermittlung *geht jetzt schneller*, das haben Vergleiche mit anderen hessischen Arbeitsämtern ergeben; und die Arbeitgeber sind zufriedener, weil sie schon vorinformierte Bewerber geschickt bekommen, die präziser ausgewählt wurden.

Verbessert hat sich nach Angaben aus Marburg auch die Mobilität der Arbeitsuchenden, weil sie durch die vergrößerte Transparenz der Stellenangebote auch von Jobs in Nachbarorten erfahren, oder von Arbeitsplätzen, an die der Arbeitslose nicht gedacht hatte.

In Marburg sind zum Teil auch schon Bewerber registriert. Das System soll noch ausgebaut werden, so daß es künftig noch einfacher werden wird, für einen freien Job den Geeigneten zu finden. Mit dem Computer ist es *auch möglich, jederzeit den* Stand an offenen Stellen und Arbeitsuchenden festzustellen – per Knopfdruck und nicht mehr per Karteikarte, Bleistift und Zählliste. Eine Hilfe ist er auch bei der Vermittlung von Schwerbehinderten. Der Spezial-Vermittler ist *nicht mehr auf die Hinweise* seiner Kollegen, die bestimmte Berufssparten betreuen, angewiesen. Er hat jetzt per Bildschirm direkten Zugriff zu allen angebotenen Arbeitsplätzen. Die Vermittlung von Behinderten hat sich dadurch enorm erhöht.





DETHLEFFSEN / Weiter diversifiziert

‚Whiskey-Brothers' geschluckt

JAN BRECH, **Hamburg**

Das Flensburger Spirituosenhaus Herm. G. Dethleffsen AG & Co KG wird zum 1. Januar nächsten Jahres das Lübecker Unternehmen Carl Hertzberg, Wein- und Spirituosen-Import GmbH & Co KG zu 100 Prozent übernehmen. Mit diesem Schritt soll, wie es in einer gemeinsamen Mitteilung beider Firmen heißt, das weitere Unternehmenswachstum gesichert werden.

Die Firma Hertzberg, die bereits 1862 gegründet worden ist und heute den Brüdern Hans-Jürgen und Dietrich Hertzberg gehört, hat zuletzt rund 35 Mill. DM umgesetzt. Schwerpunkt des Geschäfts ist der Vertrieb von spanischem Brandy und Sherry aus dem Haus Osborne. Bei Brandy dürften die Hertzbergs in Deutschland einen Marktanteil von mehr als 50 Prozent halten.

Einen Namen in der Branche haben sich die Brüder Hertzberg Ende der sechziger Jahre gemacht, indem sie mit dem Import des Whiskeys „Medley" in Deutschland eine riesige Bourbon-Welle auslösten. „Medley" kam in den besten Jahren auf weit mehr als 2 Millionen Flaschen Absatz und dürfte heute noch wichtigster Umsatzträger, allerdings mit abnehmender Bedeutung, sein. Im Branchenjargon hat der „Medley"-Erfolg den Hertzbergs zu dem Spitznamen „Whiskey-Brothers" verholfen.

Für Herm. G. Dethleffsen bedeutet die Übernahme der Firma Hertzberg ein weiterer Schritt der in den letzten Jahren zügig betriebenen Diversifikation. Mit dem Hauptprodukt „Bommerlunder" und einem breiten Spirituosensortiment setzt Dethleffsen zur Zeit rund 95 Mill. DM im Spirituosenbereich um. Einschließlich Hertzberg werden es 130 Mill. DM sein. In der Gruppe dürfte Dethleffsen auf mehr als 220 Mill. DM kommen.

TELEFONBAU UND NORMALZEIT / 1983 bleibt es bei einer Geradeausfahrt mit Verbesserungschancen

Für Zusammenarbeit mit neuen Partnern gerüstet

INGE ADHAM, **Frankfurt**

„Sicherlich eine wichtige Rolle in der Geschäftspolitik Telematik des Bosch-Konzerns" wird der Frankfurter Fernmeldekonzern Telefonbau und Normalzeit (TN) nach Einschätzung von Winrich Behr, Leiter der Gesamtgeschäftsleitung, in Zukunft spielen. Bei der Vorlage des Geschäftsberichts präsentierte Behrs designierter Nachfolger (zum Jahresanfang 1984), Michael Schwarzer, den Konzern, der seit Jahresanfang mehrheitlich von Bosch gehalten wird, als dafür gut gerüstet, ohne sich freilich genau in die Karten der noch angestrebten (und notwendigen) Zusammenarbeit mit neuen Partnern sehen zu lassen.

Schwarzer verwies auf die gestiegenen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, die sich in den letzten 5 Jahren verdoppelt hätten und 1982 gut 14 Prozent des Produktionsumsatzes erreichten (Plan für 1983: gut 17 Prozent). Gleichzeitig seien die Dienstleistungen – bei immer erklärungsbedürftigeren Systemen – zielgerichtet weiter ausgebaut worden, zumal für TN zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Produkte auch die „Ausdehnung auf Nachbardisziplinen der Daten- und Bürotechnik" gehört.

In diesem Jahr wird es für TN jedoch bei einer „Geradeausfahrt mit gewissen Verbesserungschancen" (Behr) bleiben. Das erste Halbjahr hat die Umsatzhoffnungen von 890 Mill. DM in der Gruppe nicht erfüllt; erreicht wurden 830 Mill. DM, 5,5 Prozent mehr als in der entsprechenden Vorjahreszeit.

Ob die Auftragseingänge ihren derzeitigen vierprozentigen Vorsprung gegenüber dem Vorjahr halten, ist nach Ansicht von Behr noch unsicher. Derzeit seien die Fertigungskapazitäten zu rund 80 Prozent ausgelastet. Ob – wie im Vorjahr – Kurzarbeit nötig wird, hänge von der konjunkturellen Weiterentwicklung ab. Insgesamt rechnet Behr aber mit einer „weiterhin beständigen Ertragslage", um die man sich auch mit Einsparungen „in allen Bereichen" (Ausnahme Entwicklung) bemühe.

Unter anderem nannte Behr einen Abbau von rund 1000 Arbeitsplätzen bis zum Jahresende auf dann etwa 16 900 (i. V. 17 900) Beschäftigte im Konzern. Mehr als drei Viertel dieser Stelleneinsparungen seien zur Jahresmitte bereits verwirklicht. Weitere Entlassungen sind nicht geplant.

Das vergangene Jahr kennzeichnete Behr angesichts der allgemein schwierigen Konjunkturlage als „recht befriedigend". Es brachte dem Inlandskonzern 1,55 (1,49) Mrd. DM Umsatz, 4 Prozent mehr als im Vorjahr. Weltweit wurden 1,7 nach 1,6 Mrd. DM umgesetzt. Davon entfallen nach wie vor drei Viertel auf die Fernsprechtechnik, wobei die 173 000 Privatkunden „Rückgrat des Geschäfts" sind: Sie lassen ihre gemieteten Anlagen laufend durch TN warten und betreuen.

Der daraus resultierende Festanspruch machte zum Jahresende 731 (659) Mill. DM aus. Dafür wurde wiederum mit 231 (245) Mill. DM der Löwenanteil der Sachinvestitionen von insgesamt 316 (328) Mill. DM für neue Mietanlagen aufgewendet.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen machen 210 (193) Mill. DM aus. Ihre Höhe und höheren Zinsen haben, wie Behr kommentierte, den Jahresüberschuß des Konzerns stärker belastet als im Vorjahr. Die erreichten 58,8 (71,4) Mill. DM Überschuß seien aber „angesichts der Gesamtsituation sicherlich nicht unbefriedigend".

Nachdem TN als „reines Familienunternehmen der Vergangenheit angehört", wird sich aufgrund des (ursprünglich mit AEG abgeschlossenen) Gemeinschaftsvertrages bis 1990 entscheiden, ob die Altgesellschafter alle ihre Anteile Bosch andienen oder als Minderheitsgesellschafter im Unternehmen bleiben.

KATZ WERKE

Sanierung abgeschlossen

MANFRED FUCHS, **Gernsbach**

Die Katz Werke AG, Gernsbach, die wegen hoher Verluste ihrer USA-Tochter Katz of America Inc., Louisville/Kentucky, der verlustreichen 74,8prozentigen Beteiligung an der Staatlicher Majolika AG, Karlsruhe, und aufgrund der Verluste der Tochterfirma L. M. Feddema GmbH, Bad Salzuflen, einen Kapitalschnitt im Verhältnis 10:1 mit anschließender Wiederaufstockung auf die ursprüngliche Höhe von 9,1 Mill. DM durchführen muß, hat ihr Sanierungsprogramm jetzt abgeschlossen.

Wie der Vorstand des Marktführers bei Bierdeckeln sowie Produzent von unter anderem Furnieren, Holz- und Beton-masten vor der Hauptversammlung erklärte, wird für die zweite Jahreshälfte 1983 ein positives Betriebsergebnis und für das ganze Jahr eine Umsatzsteigerung um etwa 5 Prozent erwartet. 1982 stieg der Gruppenumsatz ebenfalls um 5 Prozent auf rund 75 Mill. DM.

Der Jahresfehlbetrag der Katz Werke AG betrug 8 Mill. DM. Stille Reserven wurden aus steuerlichen Gründen nicht aufgelöst. Für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Mai 1983 wird ein Jahresfehlbetrag von 17,6 Mill. DM ausgewiesen, der durch Entnahme aus der gesetzlichen Rücklage von 1,6 Mill. DM und durch den Ertrag aus der Kapitalherabsetzung von 8,2 Mill. DM auf einen Bilanzverlust von 7,8 Mill. DM reduziert wurde.

An der etwa 450 Mitarbeiter beschäftigenden Gruppe hält die Unternehmensverwaltung GmbH & Co. KG, Neumarkt, 50 Prozent, die Karl Richtberg GmbH & Co. KG, Bingen, gut 25 Prozent, freie Aktionäre sind mit 16 Prozent beteiligt.

BAST-BAU / Beim Bauherrenmodell langsameres Tempo

Konjunktur ist noch brüchig

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Läuft's weiter wie bisher, dann werde seine Unternehmensgruppe die Gesamtleistung 1983 um ein Fünftel auf 350 Mill. DM steigern. So prophezeit es nach dem ersten Halbjahr der Architekt und Bauingenieur Emil Bast für die von ihm vor drei Jahrzehnten gegründete Bast-Bau-Unternehmensgruppe, Erkrath bei Düsseldorf. Eine Prognose in der Mischung aus Positivem und Negativem bei einem rührigen Mittelständler, dessen Gruppe im Bau-, Bauträger- und Baubetreuungsbereich längst zu einem der führenden deutschen Regionalanbieter emporgestiegen ist.

Das Positive: Die Bast-Unternehmensbereiche „Schlüsselfertigbau" und „Bauträger" bleiben verläßlich auf Wachstumskurs. Das Negative: Die Plazierung von Wohneinheiten nach dem Bauherrenmodell, die im ersten Halbjahr 1983 um die Hälfte höher als vor Jahresfrist lag, wird nach der zur Jahresmitte abgelaufenen Frist für die hier zuvor stimulierende „Mehrwertsteueroption" (mit Steuervorteilen für die Bauherren) dieses Wachstumstempo nicht fortsetzen.

Emil Bast erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß die Zahl der fertiggestellten Wohnbauten im Bundesgebiet 1983 wohl weiter auf 330 000 (347 000) Einheiten sinken und damit um 40 Prozent unter dem langjährigen Durchschnitt von 1955 bis 1975 liegen dürfte. Zwar würde wegen etlicher auf Ende 1984 gesetzlich terminierter Fertigstellungsfristen ab viertem Quartal und dann besonders 1984 die Beschäftigungslage der Bauindustrie besser werden. Aber für eine dauerhafte Stabilisierung der Baukonjunktur reiche das nicht.

Die hänge weiterhin von den richtigen politischen Signalen ab. Dies gerade auch für das Weiterleben des Bauherrenmodells, das sich nach Basts Urteil in den letzten Jahren als wichtigste Stütze des frei finanzierten Mietwohnungsbaus erwiesen habe.

Frankona Rück will Mehrheit erwerben

sz. **München**

Die Frankona Rückversicherungs-AG, München, einer der größten Rückversicherer der Welt, wird, vorbehaltlich der Zustimmung durch die britische Versicherungs-Aufsichtsbehörde, eine Mehrheitsbeteiligung an der Crosswall Reinsurance Company, London, erwerben. Die Frankona, bisher schon mit sechs Prozent am Grundkapital von 2 Mill. Pfund der Crosswall beteiligt, erwartet dadurch nach eigenen Angaben eine Stärkung ihrer Position auf dem wichtigsten Rückversicherungsmarkt der Welt.

Im Zuge der Eingliederung in die internationalen Frankona-Gesellschaften soll die Crosswall unter dem Namen Frankona Reinsurance (UK) Ltd. unter Beibehaltung ihrer bisherigen Underwriting-Politik fortgeführt werden. Die Brutto-Prämieneinnahmen der Crosswall beliefen sich zuletzt auf jährlich rund 6 Mill. Pfund.

Die Frankona, 1886 gegründet, ist derzeit in mehr als 100 Ländern vertreten. 1982 wurden über 1,3 Mrd. DM Brutto-Prämien akzeptiert und dabei ein Netto-Prämienvolumen von mehr als 1 Mrd. DM erreicht.

Dunlop AG wieder in der Gewinnzone

dpa/VWD, **Hanau**

Die Dunlop AG, Hanau, ist im 1. Halbjahr 1983 wieder aus den roten Zahlen gelangt. Nach zwei Verlustjahren konnte die Tochtergesellschaft des britischen Reifen- und Gummikonzerns einen Überschuß von 3,6 Mill. DM erzielen, nach 13,3 Mill. DM Verlust in der Vorjahresvergleichszeit beziehungsweise 22,4 Mill. DM im Gesamtjahr 1982. Die Erholung führt die Geschäftsleitung auf die verbesserte Produktpalette bei Reifen zurück. Im Segment Breit- und Hochgeschwindigkeits-Reifen seien im Erstausrüstungs- und im Ersatz-Geschäft Marktanteile hinzugewonnen worden.

Babcock kürzt bei Textilmaschinen

J. G. **Düsseldorf**

Bei Aufrechterhaltung der breiten Produktpalette wird die Babcock Textilmaschinen GmbH, Seevetal, die bei 1000 liegende Belegschaftszahl ihrer beiden Werke Maschen (Niedersachsen) und Kornwestheim (Baden-Württemberg) mit Sozialplan bis 1984/85 um ein Fünftel verringern. Die Konzernmutter Deutsche Babcock AG, Oberhausen, begründet die Kapazitätsanpassung mit dem Ausfall wichtiger Absatzmärkte in Afrika und Lateinamerika sowie mit zunehmender Schwäche der Nachfrage nach Textilveredelungsmaschinen aus den RGW-Ländern.

NAMEN

Dr. **Friedrich G. W. Ebeling** wurde per 1. August zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Mobil Oil AG. ernannt. Er ist Nachfolger von Dr. **Frank C. Völcker**, der ein neues Aufgabengebiet der Mobil Oil Corporation in New York übernimmt.

Erwin H. Röslmair hat am 1. August die Leitung des neuen Geschäftsbereichs Ost-West-Handel der Essm Chemie GmbH, Köln, übernommen.

Eckart Reich (38), bisher langjähriger Landesgeschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU e. V. in Rheinland-Pfalz/Saarland, wurde zum Geschäftsführer der Diät-Pils GmbH, Köln, ernannt.

RAILSHIP / Auftrag für Bremer Seebeck-Werft

Zweites Fährschiff bestellt

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Railship-Gruppe, die eine Eisenbahn-Fährverbindung zwischen Finnland und der Bundesrepublik betreibt, hat bei der Seebeckwerft in Bremen ein zweites Eisenbahn-Fährschiff einschließlich 6 Rangierloks bestellt. Der Bremer Werftbetrieb, der zur notleidenden AG „Weser" gehört, hat damit bis zum Termin der Ablieferung Ende 1984 eine Grundauslastung gesichert. Der Auftrag, der gegen insgesamt 24 Wettbewerber gewonnen wurde, steht unter dem Vorbehalt der Gewährung eines staatlichen Schiffbauzuschusses. Einschließlich der Beschaffung von Waggons und der Erweiterung der Umschlagsanlagen in Finnland wird Railship rund 100 Mill. DM investieren.

Die Bestellung des MS „Railship II" begründet das Unternehmen mit Kapazitätsengpässen. Das bestehende Schiff MS „Railship I" sei voll ausgelastet, ohne daß das Marktpotential auch nur annähernd ausgeschöpft werde. Zudem werde die Anfälligkeit der Transportabwicklung behoben. Im vergangenen Jahr hatte ein Brand an Bord der Railship einen Ausfall von 8 Wochen verursacht.

Die Railship-Organisation ist 1973 gegründet worden und gehört zu 42 Prozent der Schenker GmbH & Co., zu 25 Prozent der finnischen Reederei Effoa/Finland Steamship Com. Ltd., zu weiteren 25 Prozent der Hamburger Reederei H. M. Gehrckens und zu 8 Prozent der Ostmare AG. Das Transportunternehmen Kühne & Nagel, das bei der Gründung ebenfalls beteiligt war, hat 1982 seinen Anteil an Schencker verkauft.

Die Gruppe mit zwei Besitzgesellschaften verfügt neben dem bestehenden Fährschiff über 340 geschlossene und 265 offene Waggons. Das gegenwärtige Ladungsaufkommen in beiden Richtungen beträgt bei durchschnittlich 96 Schiffsrundreisen im Jahr rund 390 000 Tonnen.

Elektronik-Markt wächst weiter

dpa/VWD, **München**

Der Markt für Informationstechnik wächst nach Schätzungen der Beratungsgesellschaft Diebold bis 1990 um durchschnittlich 7,5 bis 10 Prozent. 1983 wird der Umsatz auf diesem Markt weltweit 1 Billion DM überschreiten, wovon etwa 30 Prozent auf Westeuropa entfallen. Auf diese Zahlen wies gestern die Münchner Messegesellschaft anläßlich der bevorstehenden Informationsfachmesse „System '83" hin.

Die Informationstechnik in der Bundesrepublik erreicht zur Zeit ein Umsatzvolumen von 80 Mrd. DM. Den größten Marktanteil hat die Kommunikationstechnik mit 58 Mrd. DM, gefolgt von der Datenverarbeitung mit 18 Mrd. und der Bürotechnik mit 4 Mrd. DM. Noch höhere Wachstumsraten errechnet Diebold für benutzernahe Geräte und Systeme sowie für Produktinnovationen. Diese Märkte sollen zwischen 12 und 20 Prozent wachsen. Dem Markt für Mikrocomputer wird von 1982 bis 1987 eine Verdoppelung des Umsatzes von 711 Mill. auf 1,4 Mrd. DM vorhergesagt.

BERUFSGENOSSENSCHAFT FEINMECHANIK UND ELEKTROTECHNIK

Erfolg im Kampf gegen Betriebsunfälle

HANS BAUMANN, **Essen**

Verwaltungsberichte von Berufsgenossenschaften sind seit Jahrzehnten Stiefkinder des öffentlichen Interesses. Hier werden Mitglieder- und Beitragsbewegungen buchhalterisch erfaßt, Unfälle aufgelistet und ihrer Verursachung zugeordnet. Hier wird herausgestellt, welche große Anstrengungen man unternimmt, um die Zahl der Unfälle und auch deren Folgen einzudämmen – zugunsten der Arbeitnehmer und natürlich auch der Volkswirtschaft. Diese – vermeintliche – statistische Langeweile kehrt der Jahresbericht 1982 der Berufsgenossenschaft Feinmechanik und Elektrotechnik in höchste Aktualität: Es wird sicherer am Arbeitsplatz, die Zahl der Unfälle und der Todesfälle wurde kräftig reduziert in den letzten beiden Jahrzehnten.

Die Meinung, daß hier die Sorge um den Arbeitsplatz manchen Unfall ungemeldet lassen würde, ist falsch. Denn die Berufsgenossenschaft geht mit ihrer Statistik bis in das Jahr 1960 zurück, sie durchschreitet also Boom und Baisse. Dabei stellt sich heraus, daß bei dieser Berufsgenossenschaft die Gesamtzahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten von 166 147 in 1960 auf 66 546 in 1982 zurückgegangen ist. Allein von 1979 auf 1980 sank die Unfallzahl um gut acht Prozent und 1982 um weitere gut 15 Prozent.

Interessant ist, daß von diesen „Arbeitsunfällen" 1982 allein 11 007 auf dem Weg zur Arbeitsstätte geschahen, 1960 waren es noch 23 839, obwohl sich seither die Zahl der Automobile mehr als verdoppelt hat. Wie gefährlich der An- und Abmarsch zur Arbeitsstätte ist, zeigt die Tatsache, daß 1982 am Arbeitsplatz bei Unfällen 43 Personen ums Leben kamen. Im gleichen Jahr aber starben auf dem Arbeitsweg 88 Menschen (1960 waren es 163 und im Betrieb 106).

Berlin hat unter den Städten nach dieser Statistik seine Unfallhäufigkeit besonders stark reduzieren können (siehe Tabelle).

Einen ganz besonders großen Erfolg kann die Berufsgenossenschaft Feinmechanik und Elektrotechnik für 1982 melden: Zum ersten Mal ist es einer Industrie-Berufsgenossenschaft gelungen, die Traumgrenze von 30 Unfällen je 1000 Versicherte mit 28,9 zu unterschreiten. Während 1960 noch jeder 11. Mitarbeiter im Betrieb verunglückte, war es 1982 nur noch jeder 35. Darin sind auch die Stromunfälle und die Berufskrankheiten in rund 58 000 Betrieben mit über 1,9 Millionen Versicherten enthalten. Die Belastung hat sich also auf weniger als ein Drittel verringert.

Dies hat auch eine beachtliche volkswirtschaftliche Komponente: Die Sicherheitsbemühungen führten dazu, daß Entschädigungsleistungen in Höhe mehrerer hundert Millionen Mark eingespart wurden – und der Arbeitsfluß in den Betrieben zugunsten der Produktivität kontinuierlicher war. Noch ein Wort zu den tödlichen Unfällen. Mit 88 Opfern auf dem Weg von und zur Arbeitsstätte war diese Zahl fast genau doppelt so groß wie die der Toten in den Betrieben.

Stadt	Jahr	Unfälle	tödl.	davon im Betr.	davon a. d. Weg	tödl.
Berlin	1960	14 816	10	12 268	2 548	7
	1982	3 231	4	2 668	563	3
Nürnberg	1960	24 864	54	20 459	4 405	34
	1982	12 541	26	10 106	2 435	17
Braunschweig	1960	33 252	51	27 480	5 772	29
	1982	14 210	29	11 726	2 484	20
Köln	1960	49 131	68	43 826	5 305	40
	1982	18 807	31	16 199	2 608	22
Stuttgart	1960	44 084	86	38 275	5 809	53
	1982	17 757	41	14 840	2 917	26
Summa	1960	166 147	269	142 308	23 839	163
	1982	66 546	131	55 539	11 007	88

Am 8. August 1983 ist mein Mann

Dr. Hans Germani

geb. am 11. April 1927 in Triest

nach kurzer, schwerer Krankheit gestorben.

Monika Germani

Johannesburg, Südafrika

Wir trauern um

Dr. Hans Germani

Im Alter von 56 Jahren starb am 8. August 1983 in Johannesburg der langjährige Afrika-Korrespondent des Springer Auslandsdienstes. Er war ein engagierter Journalist, ein immer hilfsbereiter Freund und Kollege, ein hervorragender Kenner seines Berichtsgebietes. Er wird uns sehr fehlen.

Axel Springer Verlag AG

Am 8. August 1983 ist unser guter Freund

Dr. Hans Germani

für immer von uns gegangen.

Leonid und Sophie von Manzyreff
Elisabeth
Peter
und **Seraphim**

Pretoria, Südafrika

Mein herzensguter Mann, unser liebevoller Vater, Großvater, Bruder und Schwager

August Frese

* 3. 10. 1901 † 2. 8. 1983

ist nach einem erfüllten Leben sanft eingeschlafen.

In Dankbarkeit für alle Liebe

Ursula Frese geb. Berg
Raimund Frese und Frau Edythe geb. van Rhoon
Hinrich Frese und Frau Korinna geb. Klasen
Jan-Karl

Hamburg-Blankenese
Goßlerstraße 19

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreise stattgefunden.

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, den Tod von

August Frese

anzuzeigen, der am 2. August 1983 im 82. Lebensjahr verstarb.

Herr August Frese hat unserer Rechtsvorgängerin, der Deutsch-Asiatischen Bank, nahezu 4 Jahrzehnte angehört und die Geschicke der Bank während seiner über vierzehnjährigen Tätigkeit als Vorstandsmitglied maßgeblich mitgeleitet und dabei am Wiederaufbau der Deutsch-Asiatischen Bank nach dem Kriege entscheidend mitgewirkt.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand und Mitarbeiter
European Asian Bank Aktiengesellschaft

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von unserer *lieben Mutter, Großmutter,* Schwester und Schwägerin

Anne-Marie Isenberg

geb. Jencquel

Sie hat am 7. August 1983 im Alter von 82 Jahren *ihre ersehnte Ruhe gefunden.*

Jutta Düring-Röder geb. Isenberg
Karl-Günther Düring-Röder
Jürgen Isenberg und Frau Erika Isenberg
geb. Defoy
Berent Isenberg, California/USA
und Frau Marilynne geb. Ericson
Oscar Jencquel und Frau Lotte Jencquel
geb. Droege
alle Enkel und die Familie

Die Trauerfeier findet in der St.-Katharinen-Kirche zu Grassau am Freitag, dem 12. August, um 15.30 Uhr statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80,
– 39 42 oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 02 17 001 777 as d
Berlin 01 84 611
Kettwig 08 579 104

Wenn Sie es eilig haben,

können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 08 579 104 aufgeben

---

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

FINANZANZEIGE



Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen

Aktiengesellschaft

Auslosungsbekanntmachung

In der am 8. August 1983 durch den Treuhänder unserer Bank durchgeführten Auslosung sind zur sechsten planmäßigen Tilgung per 10. Oktober 1983 bei den **8%igen Kommunal-Schuldverschreibungen Emission 161 10. 10. gzj.**

– Wertpapier-Kenn-Nummer 241 351 –

die Stücke mit den zweistelligen Endnummern

05 08 22 35 55 60 85 86 91 96

gezogen worden.

Die ausgelosten Schuldverschreibungen werden ab 10. Oktober 1983 gegen Einreichung der Stücke mit den Zinsscheinen per 10. Oktober 1984 uff. an unseren Kassen sowie bei allen Banken und Geldinstituten im Bundesgebiet und in West-Berlin zum Nennwert eingelöst.
Der Einlösungsbetrag wird um den Betrag etwa fehlender Zinsscheine gekürzt.
Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 9. Oktober 1983.

Restantenliste

Von unseren folgenden, gekündigten bzw. verlosten Schuldverschreibungen sind uns bis jetzt noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden:

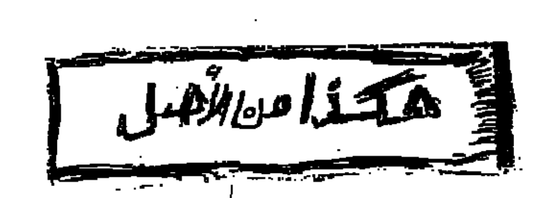
1.	4 %	Pfandbriefe	Emission 59 A/O	– 241 015 –
2.	4 %	Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission 61 A/O	– 241 307 –
3.	4 %	Pfandbriefe	Emission 56 J/J	– 241 012 –
4.	4 %	Pfandbriefe	Emission 58 J/J	– 241 014 –
5.	4 %	Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission 60 J/J	– 241 306 –
		1–5 sämtliche Stücke über DM 50.- gekündigt zum 1. 10. 1962 bzw. 2. 1. 1963		
6.	4 %	Altsparer-Pfandbriefe	Emission 63 J/J	– 241 017 –
		Zertifikate J/J – 241 018 –		
7.	4 %	Altsparer-Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission 64 J/J	– 241 308 –
8.	4 %	Altsparer-Pfandbriefe	Reihe 31 J/J	– 318 023 –
		6–8 sämtliche Stücke gekündigt (Restkündigung zum 1. 2. 1957) (Zertifikate) bzw. 1. 7. 1976		
9.	8,5%	Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission 164 2.5.gzj.	– 241 354 –
10.	8,5%	Pfandbriefe	Emission 166 M/N	– 241 074 –
11.	9 %	Pfandbriefe	Emission 170 A/O	– 241 077 –
		9–11 sämtliche Stücke gekündigt zum 2. 1. 1979		
12.	8 %	Pfandbriefe	Emission 145 J/J	– 241 066 –
13.	8 %	Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission 149 F/A	– 241 344 –
14.	8 %	Pfandbriefe	Emission 151 J/J	– 241 069 –
15.	8 %	Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission 160 M/N	– 241 350 –
16.	8 %	Pfandbriefe	Emission 167 F/A	– 241 075 –
		12–16 sämtliche Stücke gekündigt zum 1. 3. 1979		
17.	9 %	Pfandbriefe	Emission 190 A/O	– 241 078 –
		sämtliche Stücke gekündigt zum 1. 4. 1979		
18.	8 %	Kommunal-Schuldverschreibungen	Reihe 87 J/J	– 318 320 –
		aus Verlosungen und Restkündigung 1. 4. 1979		
19.	8 %	Kommunal-Schuldverschreibungen endfällig am 1. 3. 1982	Emission 243 1.3.gzj.	– 241 417 –
20.	8 %	Kommunal-Schuldverschreibungen endfällig am 1. 11. 1982	Emission 163 M/N	– 241 353 –
21.	6 %	Pfandbriefe endfällig am 1. 3. 1983	Emission 314 1.3.gzj.	– 241 110 –
22.	7 %	*Pfandbriefe* endfällig am 1. 4. 1983	*Emission 153 A/O*	*– 241 070 –*

Wir bemerken noch, daß aus Teilkündigung bei den nachstehend aufgeführten Emissionen einige Stücke noch nicht zur Einlösung gelangten:

Stücke zu nom. DM 100,– und DM 500,–

5% Pfandbriefe Emission 87 A/O – 241 030 –
5% Pfandbriefe Emission 90 M/N – 241 032 –

Frankfurt am Main – Bremen, im August 1983 DER VORSTAND



Einschlag am Rentenmarkt

Die Furcht vor steigenden Zinsen in den USA und in der Folge auch in der Bundesrepublik hat das Angebot in öffentlichen Anleihen merklich wachsen lassen. In einigen Emissionen gab es Abschläge von rund 0,75 Prozentpunkten. Der größte Druck herrschte in Papieren mit längeren Laufzeiten. Die neue Bundesanleihe ist mit ihrer Rendite von 8,33 Prozent nicht mehr marktgerecht und wird mit Abschlägen von einem Dreiviertelpunkt angeboten. DM-Auslandsanleihen werden ebenfalls zurückgenommen. Pfandbriefkurse mußten sich Korrekturen nach unten gefallen lassen.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bundesbahn

		8. 8.	5. 8.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,8G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,05G	100,05G
10 dgl. 73 II	11/83	100,9	100,9
7½ dgl. 72	2/84	100,55	100,55
8 dgl. 72	9/84	101,5	101,5
8¼ dgl. 76	9/84	101,7	101,75
6 dgl. 78 III	11/84	99,1	99,1
6½ dgl. 79	2/85	99,05	99,2
8½ dgl. 73	2/85	101,8	101,85
7 dgl. 77	2/87	96,9	96,9

Bankschuldverschreib.

	8. 8.	5. 8.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	90,5G	90,5G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	99,1	99,1
F 7½ Bakola Pf 104	99,9G	99,9G
9 dgl. Pf 106	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 108	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	96,25G	96,25G
9 dgl. KS 189	102,3G	102,3G

	8. 8.	5. 8.
M 5½ Bayer. Hdbs Pf 14	90G	90G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf 2	93,75G	93,75G
7 dgl. Pf 3	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 27		
6½ dgl. KS 14	94,25G	94,25G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 6 Bayer. Hypo Pf 33	121,8G	121,5G
5½ dgl. Pf 11	129,5G	129,5G

	8. 8.	5. 8.
Br 6½ dgl. Pf 77	93	93G
6 dgl. Pf 42	99,5bG	99,65G
8½ dgl. Pf 47	101,25G	101,25G
F 5 Pfl. Hypobk. Pf 66	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 83	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78,5	78,5
6 dgl. Pf 130	90,6G	90,6G
8½ dgl. Pf 133	86G	86G
10 dgl. Pf 168	100,25	100,25

	8. 8.	5. 8.
H 8 Schiffshyp. Pf 28	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
M 6 Südboden Pf 41	89GTG	89GTG
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93G	93G
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 104	95G	95G
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien

[illegible]

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen die Goldnotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Mit Ausnahme der laufenden Sicht, die Verluste aufzeigte, konnte sich Silber in allen Kontrakten verbessern. Geringfügig schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Uneinheitlich notierte Kaffee. Durchweg schwächer Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	5. 8.	4. 8.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	378,50	377,00
Dez.	396,50	395,00
März	405,00	402,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	5. 8.	4. 8.
St. Lawrence 1 CW	234,89	237,09
Amber Durum	241,14	243,24
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	153,00	148,00
Dez.	156,00	151,00
März	160,50	155,50

[illegible]

Genußmittel

Kakao		
New York ($/t)		
Sept.	2190	2258
Dez.	2245	2311
Terminkontr. März	2240	2297
Umsatz	6230	5100
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	11,58	11,38
Okt.	11,80	11,80
Jan.	12,40	12,35
März	12,86	12,95
Mai	13,05	13,18
Umsatz	12 809	21 530

[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

Erläuterungen – Rohstoffpreise

[illegible]

Westdeutsche Metallnotierungen

[illegible]

NE-Metalle

[illegible]

Messingnotierungen

[illegible]

Zinn-Preis Penang

[illegible]

Deutsche Alu-Gußlegierungen

[illegible]

Edelmetalle

[illegible]

Internationale Edelmetalle

[illegible]

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Londoner Metallbörse

[illegible]

Spitzenaktien verlieren zweistellig

Zins- und Dollaranstieg verprellen die Anleger

DW. – Das offensichtliche Unvermögen der Notenbanken, den Kurs der DM gegenüber dem Dollar zu stabilisieren, führte am Wochenbeginn in einigen Spitzenaktien zu Verkäufen aus dem Ausland, wo zunehmend bezweifelt wird, daß die DM zu den aufwertungsverdächtigen Währungen zählt. Die relativ geringe Umsatztätigkeit auf dem Aktienmarkt läßt aber erkennen, daß von einer Flucht aus deutschen Aktien noch nicht die Rede sein kann. Wenn es dennoch in Papieren wie Daimler, Mercedes oder Siemens zu zweistelligen Kursverlusten kam, ist dies in erster Linie dem geschwundenen Anlageinteresse zu verdanken.

Auslandsabgaben waren auch in den Titeln der Großchemie zu beobachten, hier gingen die Abschläge jedoch über 3 DM nicht hinaus. Mit Tagesverlusten bis zu 6 DM vermochten sich die bisher favorisierten Einzelhandelsaktien noch einigermaßen zu behaupten. Der befriedigend ausgefallene Sommerschlußverkauf erwies sich bei ihnen als eine Kursstütze. Preussag Aktien, in den vergangenen Wochen aufgrund von Fondskäufen kräftig heraufgesetzt, litten jetzt unter Gewinnmitnahmen und gaben um 9 DM nach.

Düsseldorf: Zum Wochenauftakt kam es an der Düsseldorfer Börse in allen Marktbereichen zu einem scharfen Kurseinbruch. Stinnes ermäßigten sich um 18 DM auf 552 DM, Bilfinger verminderten sich um 10 DM auf 234 DM, Ravensburger Spinne gaben um 5 DM auf 150 DM nach und Gerresheimer Glas fielen um 5 DM auf 114,50 DM. Stolberger Zink erhöhten sich um 10 DM auf 1060 DM.

Frankfurt: Die Spitzenwerte mußten Tagesverluste zwischen 5 und 10 DM pro Aktie hinnehmen. Diese werden erklärt mit dem anhaltenden Höhenflug des amerikanischen Dollar und der Verlagerung der Kapitalströme zugunsten der amerikanischen Währung.

Hamburg: Flensburger Schiffbau schwächten sich auf 128 DM minus 1,80 DM ab. NWK-Vz. fielen auf 162 DM minus 2 DM zurück. HEW begannen zu 101,10 DM und lagen später bei 100 DM unverändert. Phoenix Gummi waren bei 139,50 DM minus 0,50 DM knapp gehalten. Hapag Lloyd waren nach Doppelplusankündigung bisher ohne Geschäft und wurden mit 45 DM taxiert.

München: Agrob St. verminderten sich um 10 DM auf 370 DM, Dywidag fielen um 3 DM auf 288 DM, Hutschenreuther ermäßigten sich um 3 DM auf 285 DM und Süd Chemie sanken um 5 DM auf 380 DM.

Berlin: Spinnstoffabrik Zehlendorf mußten ein Minus in Höhe von 20 DM und DUB-Schultheiss in Höhe von 9 DM hinnehmen. Berthold und Dt. Hyp. Berlin gaben um 4 DM, Kempinski um 3,50 DM, Berliner Kindl um 3 DM.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Wien

Kopenhagen

Den Danske Bank	285,75	284,25
Jyske Bank	513,5	514
Kopenh. Handelsbk.	257,25	257
Novo Industri	2785	2790
Privatbanken	266,75	265,75
Ostasiat. Komp.	147,75	150
Dan. Sukkerfabr.	620	617,5
For. Bryggerier St.	985	985
Kgl. Porc. Fabr.	355	374,74

Brüssel

Arbed	1214	1240
Brux. Lambert	2250	2280
Cockerill Ougrée	150	152
Ebes	2355	2390
Gevaert	2440	2440
Kredietbank	6400	6410
Pétrofina	5800	5800
Soc. Gén. d. Belg.	1920	1950
Sofina	4950	4950
Solvay	2925	2950
UCB	4000	3930
Index	131,26	125,4

Hongkong

Singapur

Cycle + Car.	5,80	5,85
Cold Storage	5,00	5,00
Dev. Bk. of Sing.	9,20	9,40
Fraser + Neave	8,75	8,95
Kl. Kepong	2,65	2,69
Mal. Banking	8,50	8,80
Nat. Iron	7,30	7,35
OCBC	10,40	10,40
Sime Darby	2,25	2,28
Singapur Land	6,50	6,55
Un. Overs. Bank	5,35	5,40

Sydney

Optionshandel vom 8. 8.

Kaufoptionen: AEG 10-90/1, 1-85/12, 1-70,7,40, 1-75/8,50, 4-70/11, 4-75/8, 4-85/6, 4-90/5, 4-95/3,20, Siemens 10-308,05/42, 10-330/33, 10-350/17,50, 10-380/14,40, 1-330/37, 1-370/17,40, 1-304/9,90, 4-370/29, 4-400/13,80, 4-410/11, 4-420/6, Veba 10-170/15, 10-180/8,50, 1-170/21, 1-180/11, 1-190/8, 4-190/13,10, 4-200/9,90, BASF 10-140/17,40, 10-145/12,60, 10-150/8,45, 10-170/2, 1-160/8,40, 1-170/4, 4-150/20, 4-170/9,50, 4-180/5,20, Bayer 10-146,10, 4-150/8,40, 1-136/22,50, 4-160/10,90, 4-170/7,80, Hoechst 10160/6, 10-170/2,40, 1-150/16,90, 1-160/11, 1-170/5,80, 4-160/16,60, 4-170/9,90, BMW 1-420/12, VW 10-170/40, 10-180/37, 10-190/23, 10-200/17,85, 4-210/14,80, 10-220/10, 1-170/46, 1-180/41, 1-190/21,80, 1-200/15,50, 1-210/22, 1-230/11, 4-210/57, 4-220/19,10, 4-230/14, 4-210/12,20, Conti 1-100/15, 1-110/9,30, 4-120/6,85, Lufthansa Vorz. 1-137,50/4, Commerzbank 10-170/14, 10-190/3, 10-200/1,40, 1-170/22, 1-180/14,40, 1-190/10,40, 1-230/3,95, 4-180/23,20, 4-190/17,40, 4-200/9,50, 4-220/6, 4-230/6,40, Deutsche Bank 10-330/12, 1-330/14,35, 1-370/7,90, Dresdner Bank 10-195/6, 1-190/10,30, 1-220/3,05, 4-180/25, 4-190/18,40, 4-200/12, 4-220/6,65, Hoesch 10-45/5, 10-50/3,80, 10-55/0,90, 1-45/8, 1-50/4,50, 1-55/2, 4-60/3, Mannesmann 10-150/2, 1-140/13,70, 1-150/7, 4-130/13,50, 4-160/6, Preussag 10-280/5,90, 1-280/16,40, 1-290/11, 1-300/6, 4-300/9, Thyssen 10-75/1, 10-70/4,50, 4-70/9,30, 4-75/6,90, 4-80/5, 4-90/3,10, 4-100/2, BHF 1-270/40, Bewag 1-100/6,85, BBC 10-220/8, 1-220/9, 4-220/20, Daimler 1-610/19,85, Deutsche Babcock 10-170/9, 10-180/6,60, Babcock Vorz. 1-170/8,40, GHH 10-150/6,90, 1-170/3,50, Kali + Salz 1-200/9, Karstadt 1-260/20, 1-280/12,50, Kaufhof 10-270/14, Kloeckner 1-40/6, MAN 1-150/9,40, RWE 4-180/11, RWE Vorz. 1-180/4,40, Alcan 1-110/4, Chrysler 10-80/3,90, 1-80/5, Philips 10-50/2,20, Royal Dutch 4-140/8, Norsk Hydro 4-190/26. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-65/1,90, 10-70/4,35, 4-80/13,85, Siemens 1-350/6,60, 4-340/5, Veba 10-180/5,60, 4-180/8, Bayer 10-150/2,50, 4-150/5, Hoechst 10-160/2,50, 1-160/4,50, BMW 10-270/3,30, VW 10-210/7,30, 1-180/2,50, 1-210/8, 4-210/9,60, Conti 10-10/4,40, 1-110/4,50, Commerzbank 10-180/6, 4-180/8, Dresdner Bank 4-180/8, Hoesch 10-50/4,10, 1-55/7,35, 4-50/6,50, 4-55/7,50, Mannesmann 10-150/8, 1-150/10, 4-150/12,80, Preussag 1-270/6, 1-280/11, 4-280/15, Thyssen 10-70/4,10, 1-70/5,40, Bewag 10-100/3, 1-100/3,90, BBC 10-210/7,90, 1-100/3,90, BBC 10-210/7,90, 1-210/13,80, Babcock 1-170/7,50, GHH 10-160/20, Kaufhof 4-280/12, Kloeckner 1-35/2, 4-40/3,95, MAN 4-150/22, RWE 1-170/6,50, 4-170/9,20, Chrysler 10-758, 1-75/8,60, IBM 1-820/19,95, Litton 1-160/9, Xerox 1-130/8, Philips 1-50/6, 4-45 / 5,10, Norsk Hydro 10-190/7.

995 Optionen 31 050 (49 950) Aktien, davon 143 Verkaufsoptionen = 7 700 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞–10⅛	5⅛–5½	4⅞–5
3 Monate	10½–10¾	5½–5⅞	4⅞–5⅛
6 Monate	10⅞–11⅛	6 –6⅛	4⅞–5¼
12 Monate	11⅛–11⅜	6¼–6⅜	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1575,00	1920,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1253,00	1469,11
5 US-Dollar (Liberty)	536,00	666,61
1 £ Sovereign alt	258,00	314,64
1 £ Sovereign Elizabeth II	249,00	306,66
20 belgische Franken	192,00	252,08
10 Rubel Tscherwonez	268,00	334,02
2 südafrikanische Rand	253,00	311,22
Krüger Rand, neu	1122,00	1324,68
Maple Leaf	1122,00	1324,68
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	257,00	327,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	215,00	273,60
20 franz. Franken „Napoléon"	214,00	272,46
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1040,00	1254,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	209,00	261,06
10 österr. Kronen (Neuprägung)	110,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	482,00	569,38
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	113,00	151,62

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

8. 8. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.-Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,6954	2,7034	2,6864	2,65	2,74
London1)	3,997	4,011	3,963	3,92	4,07
Dublin1)	3,153	3,167	3,099	3,11	3,25
Montreal3)	2,1792	2,1872	2,1612	2,14	2,23
Amsterd.	89,370	89,500	89,39	88,50	90,50
Zürich	123,570	123,770	123,67	122,50	125,25
Brüssel	4,1984	5,004	4,95	4,88	5,10
Paris	33,150	33,310	32,38	32,25	34,25
Kopenh.	27,740	27,880	27,52	26,75	28,75
Oslo	35,810	35,990	35,20	35,00	36,75
Stockh.**)	34,080	34,240	33,72	33,25	35,00
Mailand2) **)	1,683	1,693	1,638	1,65	1,75
Wien	14,210	14,250	14,224	14,14	14,38
Madrid**)	1,765	1,775	1,653	1,73	1,88
Lissabon**)	2,185	2,305	2,090	1,84	2,74
Tokio	1,1005	1,1035	—	1,06	1,12
Helsinki	46,950	47,150	46,13	46,00	47,75
Buen. Air.	-	—	—	—	29,00
Rio	-	—	—	0,19	0,75
Athen*) **)	3,043	3,097	—	2,55	3,35
Frankf.	-	—	—	—	—
Sydney*)	2,3500	2,3680	—	2,27	2,40
Johannesbg.*)	2,4200	2,4380	—	2,00	2,25

Alles in Hundert: 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der überraschend hohe *Anstieg der Geldmenge* M1 war am 8. 8. die Grundlage für die erneute Dollarbefestigung. Vorbörslich wurde bis 2,7025 bezahlt, doch kam es unter Gewinnmitnahmen zu einem Rückgang bis auf 2,6950. Die Bundesbank verkaufte zur amtlichen Notierung 76,4 Mio. US-Dollar. Ob sie darüber hinaus im Freiverkehr ebenfalls tätig war, war nicht festzustellen. Die Prime-Rate-Erhöhung der Citibank von 10½ auf 11 *Prozent nahm keinen Einfluß mehr auf die* Kursgestaltung. Die Kurse der anderen amtlich notierten Währungen entwickelten sich unterschiedlich. Das Englische Pfund befestige sich um 2,4 Pf auf 4,004 und der Japanische Yen um 20 Punkte auf 1,1020. Dagegen notierte der HFL und der SFRS mit 89,48 und 123,67 geringfügig über Freitag. US-Dollar: Amsterdam 3,0170, Brüssel 53,8825, Paris 8,1180, Mailand 1597,80, Wien 18,9710, Zürich 2,1827, Ir. Pfund/DM 3,160, Pfund/Dollar 1,4633.

Ostmarkkurs am 8. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Bedingt durch anziehende DM-Zinssätze wurden am 8. *August die Dollar-Deports niedriger als am* Freitag gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,19/1,09	3,34/3,24	6,50/6,30
Pfund/Dollar	0,11/0,13	0,31/0,35	0,52/0,56
Pfund/DM	2,10/0,70	4,70/3,30	8,70/7,30
FF/DM	35/19	92/76	180/164

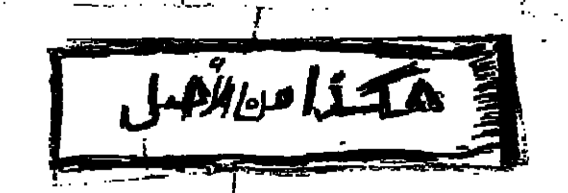
Geldmarktsätze

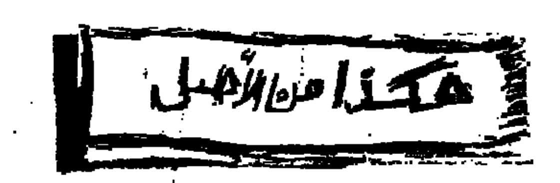
Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8. 8.: Tagesgeld 5,0–5,15 Prozent; Monatsgeld 5,45–5,6 Prozent; Dreimonatsgeld 5,7–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 8. 8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 20. Juli 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern *Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer*): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25)–6,50 (5,35)–8,25 (6,25)–9,00 (6,87)–9,25 (7,27)–9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25)–6,50 (5,37)–8,25 (6,32)–9,00 (6,98)–9,25 (7,43)–9,75 (7,82)–9,75 (8,09) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,09. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.





Hymne an die Freude

eka – „Wir freuen uns auf Ihren Besuch!" – So frohlockt es teils in zierlichen, teils auch grobschlächtigen Lettern unter unzähligen Inseraten im deutschen Blätterwald. Friseure, Fußpfleger, Kosmetikerinnen, Hautbräunungs-Institute, Gast- und Kaffeehausbesitzer, Hoteliers, Chemisch-Reinigungen, Autowäschereien, Boutiquen aller Art – kurz: jedwedes Gewerbe, die Chefs inklusive engster Mitarbeiter, ja ganze Belegschaften, freuen sich auf Besuch. Einzig die Erd- und Feuerbestattungs-Institute wollen sich (noch) nicht freuen. Dafür schließen sich der Besuchsfreude innig an die Beauftragten gewerkschaftlicher Massen-Veranstaltungen, die Vertreter der Kirchengemeinden, alle Mitglieder politischer Parteien.

Es freuen sich Bundesbahn, Kurkliniken, Groß- und Kleinstädte. Freuen sich auf wen? Auf uns, auf Sie, auf mich. Jeder ist gemeint. Sollte dies die vielzitierte „Wende" bewirkt haben? Dann wäre sie wahrhaft schicksalhaft. Die bis dato oft tiefschichtig mürrische, quänglerische Bundesrepublik wird von nicht einzudämmender Freude durchjauchzt. Aus keinem weiteren Anlaß als dem eines Besuchs.

Genau an diesem Punkt schleicht sich Verruchtheit ins Hirn. Sollten die Anzeigen-Phantasten sich etwa gar nicht auf uns, auf mich freuen, sondern lediglich das Ziel zur Entleerung von Geldbeuteln im Herzen tragen? Für meine Person: Das würde mich kränken. Auch von der lügnerischsten Schmeichelei kann man erwarten, daß sie ein Gran Wahrheit enthält. Was tun? Man handhabe den Umkehrschluß. Vor aller Freude steht die Vorfreude.

Abwegig besaitete Zeitgenossen werden es folglich eilig haben, ihren Hautbräuner etc. aufzusuchen, in den Gewerberaum hineinzuwinken: „Ich möchte Ihnen Vorfreude bereiten. Komme bald vorbei. Besuche Sie gern, wenn's weiter nichts ist." Solche, die mit einer Laute umgehen und mit der Stimme entzücken können, haben es noch leichter. Sie stellen den Fuß in die Tür und stimmen die Hymne aller Hymnen an: Freude, schöner Götterfunken...

Im Gespräch: Brauchen die Deutschschweizer eine eigene Hochsprache?

Bitte kein Ketchup-Alemannisch

Ob es ein Glück ist, Schweizer zu sein – darüber läßt sich streiten. Bisher war ich jedoch immer der Meinung, daß der Deutschschweizer zum mindesten auf *einem* Gebiet sich in einer privilegierten Situation befinde: dem der Sprache. Diese Meinung stützte sich auf das, was etwa dem Norddeutschen als ein Handicap vorkommen mag: auf das jedem Deutschschweizer eigene Spannungsverhältnis zwischen Mundart und Hochsprache.

Für den alemannischen Schweizer ist die Mundart keine mindere Sprache, keine bloße Vorstufe zur Hochsprache. Sie ist ihm vielmehr die Sprache des Herzens, die Sprache der Verständigung in der heimatlichen Umwelt. Und sie ist ein sehr differenziertes Instrument: nicht nur hat jeder Kanton seinen eigenen Dialekt – allein in meiner Vaterstadt Basel gibt es, grob gezählt, drei verschiedene Mundarten.

Diese Art der Differenzierung mag nicht immer erwünscht sein. Aber sie ist ein Beispiel dafür, daß man in der Mundart den anderen nur schwer etwas vormachen kann. So wie man sich in ihr auch nicht pathetisch und verstiegen geben kann. Beispielsweise kommt in den alemannischen Mundarten der Schweiz der Ausdruck „Ich liebe dich" nicht vor – man kann den Zustand nur umschreiben.

Für die großen Worte ist nämlich die Hochsprache da: Sie ist die Sprache der Theorie, der Prinzipien, der Allgemeinheiten. Gewiß bedarf es auch der Abstraktion, um sich in unserer komplizierten Welt zurechtzufinden. Wer aber, wie der Deutschschweizer, über eine im Konkreten so präzise Mundart verfügt, in der man zwar blödeln, aber nicht mogeln kann, der wird sich nie ganz an die Abstraktion, die Theorie verlieren.

Die Spannung zwischen Mundart und Hochsprache lähmt den Deutschschweizer keineswegs, sondern läßt ihn die Komplexität der Welt als befruchtende Kraft erleben: In der Mundart versichert er sich seiner Verwurzelung im Eigenen; über die Hochsprache, die ja auch (und immer noch) eine Weltsprache ist, greift er zu den Sternen. So versinkt er nie ganz in die Biederkeit – und zugleich verliert er nie ganz den Boden unter den Füßen.

Die Nationalsozialisten, die ja von Psychologie etwas verstanden, setzten deshalb in ihrer Auseinandersetzung mit der Schweiz nicht Hochsprache gegen Mundart. Als einer eminent süddeutsch-österreichischen Bewegung war dem Nationalsozialismus die Schweiz kein Buch mit sieben Siegeln. Zu seinen gefährlichsten Ernstfall-Vorbereitungen im Hinblick auf die Schweiz (und das Elsaß!) gehörten Büros in Stuttgart und anderen Städten des Südwestens, in denen an einer „gesamtalemannischen" Sprache laboriert wurde.

Um so überraschender ist es, daß der Ruf nach einer alemannischen Schriftsprache nun in der Schweiz erhoben wird. Allerdings ist der Fall etwas kompliziert. Das Feuilleton der NZZ (Fernausgabe Nr 126) druckte aus dem noch ungedruckten Buch „Abgewandt Zugewandt" eines schweizerischen Autors des Jahrgangs 1922. Es enthält dreierlei: hochdeutsche Gedichte, Mundartgedichte (die dieser Autor erst seit zwei Jahren schreibt) und eine großangelegte Auseinandersetzung mit dem schweizerischen Sprachenproblem, aus der die NZZ nur einen Teil drukken konnte. Der Witz der ganzen Angelegenheit ist, daß es sich um Kuno Raeber handelt, der seit 1959 in München lebt und für sein ausgezeichnetes – Hochdeutsch bekannt ist.

Was will Raeber mit seinem NZZ-Beitrag, der in der Schweiz so viel Aufsehen erregt hat? Will er überhaupt etwas? „Die Annahme des Alemannischen als Hoch- und Schriftsprache", schreibt er, „wird die Schweizer, wenn sie sich mit dem Hochdeutschen schon nicht befreunden können, von ihrer sprachlichen Schizophrenie heilen, ihr Verhältnis zu sich selbst und damit auch zu ihren Nachbarn entspannen. Vor allem die Beziehung zu Deutschland, ein höchst komplexes Verhältnis der Haßliebe, worin freilich der Haß in den letzten fünfzig Jahren zweifellos bei weitem überwog, wird sich endlich entscheiden."

Die Warnung, daß der Deutschschweizer durch Aufgeben des Hochdeutschen sich von einer Weltsprache abnabele, wischt Raeber mit der Bemerkung unter den Tisch, die Entscheidung für das Englische als Weltsprache sei längst gefallen. Die kontinentaleuropäischen Sprachen hätten „ihre Weltgeltung weithin verloren". Selbst wenn das stimmen würde: Die Funktion einer Hochsprache erschöpft sich nicht in ihrer geographischen Reichweite.

Von uns aus möchten wir den Hinweis auf die Verständigungsschwierigkeiten der Welschschweizer in der deutschen Schweiz als peripher bezeichnen. Gewiß kann sich ein Genfer mit einem alemannischen Schweizer nicht in dessen Umgangssprache unterhalten, da er ja nicht zwanzig Dialekte lernen kann. Da jedoch jeder halbwegs urbane Deutschschweizer französisch spricht (mit Akzent), ist die Verständigung kein Problem, und dieses Entgegenkommen der Deutschschweizer verschiebt die seit Jahrhunderten stabile Sprachgrenze um keinen Kilometer.

Erstaunen mag, daß wir auch das Argument nicht anerkennen, schon die in der Schweiz weitverbreitete Animosität gegen die Deutschen verlange eine Abkehr vom Hochdeutschen als „Unterrichts-, Kirchen-, Parlaments-, Gerichts- und Mediensprache". Gegen diese Animosität können die Schweizer schon deshalb auf *keinem* Felde etwas unternehmen, weil es sich im wesentlichen um einen importierten Affekt handelt. Genauer gesagt: um den Schutzreflex eingewanderter Deutscher, die sich durch 200prozentige Assimilation ihrer in zwei verlorenen Weltkriegen ramponierten deutschen Identität entledigen wollten. Wo immer ich unter „Landsleuten" auf rabiate Deutschenfresser gestoßen bin, ließ sich feststellen, daß mindestens ein Elternteil von „drüben" gekommen war.

Trotz seines Münchner Halb-Exils kennt Raeber die Schweiz noch gut genug, um zu wissen, daß es unter den schweizerischen Mundarten keine gibt, die sich – wie das Kastilische in Spanien – aus eigener Kraft gegen die anderen Idiome durchsetzen könnte. Er sagt: „... der weitere Verlauf, wenn nur einmal die grundsätzliche Entscheidung für eine ‚schweizerdeutsche' Hoch- und Schriftsprache gefallen ist, läßt sich im einzelnen nicht voraussehen und ist auch nicht so wichtig." Herr Doktor, da machen Sie es sich wirklich etwas zu einfach!

Wir glauben, Kuno Raeber ziemlich genau sagen zu können, wie so eine „alemannische Hochsprache" allein entstehen könnte: durch eine Nivellierung auf dem niedersten Niveau – als eine bloße „Verkehrssprache" nach Art des Pidgin-Englisch. Einem solchen Ketchup-Alemannisch würde der vertraute Zauber der Mundart genauso abgehen wie die härtende, anspruchsvolle Abstraktion der Hochsprache. Man kann den alemannischen Schweizern alles mögliche wünschen – das nicht.

ARMIN MOHLER



Gehört zum Grundstock der Sammlung Theo Wormland: René Magrittes Bronze „Die natürlichen Gnaden" von 1957 FOTO: KATALOG

München zeigt die Sammlung Wormland

Erbschaft, die verpflichtet

Vor der guten Tat stand der Ärger: Die Sammlung Theo Wormland, für die der Stifter eigens in Grünwald vor den Toren Münchens ein Haus mit Park gestalten ließ, mit der feinen Absicht, daß hier nach seinem Tode ein Zentrum künstlerischer Aktivitäten entstehen sollte, scheiterte am Einspruch der Nachbarn. Sie fürchteten um ihre Ruhe. Jetzt ist die Kunstsammlung des im Januar dieses Jahres verstorbenen großherzigen Kaufmanns Wormland zum ersten Mal öffentlich zu sehen. Die Staatsgalerie moderner Kunst in München, die den Löwenanteil erhielt, präsentiert derzeit 63 Gemälde und Plastiken der insgesamt 93 Werke. Sie werden im Herbst in die vorhandenen Bestände integriert und gehen schrittweise in den Besitz der Staatsgemäldesammlungen über.

In dieser Ausstellung kann man nun die hohe Qualität der Werke dieses noblen Sammlers augenfällig nachprüfen. Peu à peu entstand in den letzten dreißig Jahren eine gediegene Sammlung eines wählerischen Einzelgängers, der mit Ernst und Solidität sammelte, die jede Spekulation ausschloß. Die Schwerpunkte dieser Sammlung liegen beim Surrealismus und dessen Auswirkungen. Der erste Kauf eines Bildes von Max Ernsts „Muschelblumenbild" aus dem Jahr 1961 legte den Grundstein. Von diesem Künstler wurden insgesamt 13 Bilder und Skulpturen erworben, u. a. „Die Erde von der Maximiliana aus gesehen" (Öl auf Plexiglas) sowie die Bronze „Cheri bibi" (1975). Ein weiteres Standbein dieser hervorragenden Sammlung bilden die Werke von René Magritte: So „Der Schlüssel der Träume" (1930), „Das Naturschauspiel" (1940), „Die dritte Dimension" (1942).

Diese künstlerischen Hauptwerke festigen weiterhin den bereits hochrangigen Anspruch der Modernen Staatsgalerie. Mit viel Glück und Geschick gelang es dem Sammler Wormland in diesem Zusammenhang auch 1980 Picassos „Femme" von 1930 hinzuzukaufen. Als sich in der Kunstgeschichte das Informel durchsetzte, war es auch Wormland, der es begierig aufgriff in seine Sammlung.

Typische Boteros befinden sich in dieser Sammlundg ebenso wie frühe farbtrunkene Nays, und auch ein vorzüglicher Klapheck. Als letzten Ankauf erwarb der Mäzen das Werk Klaus Fussmanns „Selbst im Spiegel". Nicht nur die Gemälde wurden mit Geschick und Gespür zusammengetragen, sondern auch die Skulpturen – von Laurens und Alfred Lörrher, Erich Hauser, Otto Freundlich und Joannis Avramidis. Selten findet man bei einem Sammler moderner Malerei auch eine so gleichgewichtige ausgeprägte Begeisterung für Skulpturen. Die Dauerleihgabe soll dann, wenn der Stiftervertrag erfüllt wird, in 23 Jahren, am 100. Geburtstag des Sammlers, Eigentum des Freistaates Bayern werden.

Nach dieser Überlassung ist der Neubau einer Staatsgalerie moderner Kunst in München dringlicher denn je. Das sehen auch bereits die Kultusbehörden ein. Sprach doch Staatssekretärin Berghofer-Weichner vom Kultusministerium bei der Eröffnung dieser Präsentation davon, daß „Erben verpflichtet". Die Entscheidung liegt allerdings beim Bayerischen Landtag (bis 11. September, Katalog DM 27,50).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Moskau: Düsseldorfer Maler im Haus der Künste

Zeigt uns mehr davon!

Schon zum dritten Male hat das Moskauer Publikum in diesem Jahr Gelegenheit, Gegenwartskunst aus der Bundesrepublik Deutschland kennenzulernen. Den Anfang machte im Frühjahr die große Ausstellung „Mensch und Landschaft" mit 150 Werken westdeutscher und Berliner Künstler. Die von der Deutschen Bank und dem Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen organisierte Bilderschau zog in der sowjetischen Hauptstadt rund hunderttausend Interessenten an. Anschließend wurde sie in Leningrad gezeigt. Im Juli eröffnete der „Verfremder" Otto Dressler mit einer Kunstaktion, bei der er blutrot gefärbten Kunststoff über die Aufreihung der Kriege seit den Kreuzzügen goß, im sowjetischen „Haus des Künstlers" an der Moskwa seine pazifistische Ausstellung mit dem Titel „Die Jahrhundertspur". Während sie noch läuft, wurde jetzt eine Etage höher die dritte westdeutsche Ausstellung dieses Jahres eröffnet. Einen Monat lang präsentiert der Düsseldorfer „Verein zur Veranstaltung von Kunstausstellungen" 122 Werke, die von 42 seiner Mitglieder stammen. Der Verein beantwortet damit eine etwa gleichgroße Beteiligung des sowjetischen Künstlerverbandes an der Düsseldorfer großen Kunstausstellung vom Dezember vorigen Jahres.

Obwohl sich schon im Frühjahr herausgestellt hat, daß es in Moskau weder an Interesse noch an Aufgeschlossenheit und teilweise auch an Sachverstand für moderne westliche Kunst fehlt, ist der Zustrom des Publikums vorläufig noch schwach. Da auf solche Veranstaltungen in den sowjetischen Medien praktisch nicht aufmerksam gemacht wird, sind sie auf die Wirkung der Mundpropaganda angewiesen. Das kostet Zeit. Wenn der Vereinspräsident und Maler Günter Kremers bedauert, daß der Düsseldorfer Ausstellung rund ein Drittel weniger Zeit zur Verfügung stehen wird als der vorausgegangenen sowjetischen Gegenveranstaltung am Rhein, hat das also durchaus praktische Gründe.

Er hat darauf nicht öffentlich hingewiesen, sondern bei der Eröffnung lediglich beklagt, daß in Moskau kein Katalog herausgegeben wurde – „einfach schon deshalb, weil wir für sie auch keinen gemacht hatten". Immerhin hat der sowjetische Künstlerverband in ansprechender Aufmachung für ein Heft mit vier Innenseiten gesorgt, das die teilnehmenden Künstler und ihre Werke aufzählt. Dort ist auch ein Bild angegeben, das in der Ausstellung fehlt: Aus „moralischen Gründen", wie erst nach dem Auspacken zu erfahren war, haben sowjetische Kontrolleure einen weiblichen Akt von Norbert Tadeusz vorsorglich entfernt. Um nicht die ganze Veranstaltung zu gefährden, hat der Düsseldorfer Verein auf einen öffentlichen Protest verzichtet.

Die neue Ausstellung westdeutscher Gegenwartskunst, die allerdings kaum Werke jüngerer Künstler enthält, ist überaus vielfältig. Sie umfaßt Gemälde, Grafiken und plastische Arbeiten. Gegenständliches und Abstraktes hält sich bei den Bildern ungefähr die Waage. Die westdeutsche Frühjahrsausstellung hatte die sowjetischen Besucher vor allem durch ihren aggressiven Realismus verblüfft. Dieser Tendenz modernen Kunstschaffens werden sie in der gegenwärtigen Schau kaum begegnen. Wo es gegenständlich zugehe, stellte ein sowjetischer Maler schon bei der Eröffnung fest, stoße er auf eine eher konservative Neigung. Das habe ihn überrascht. Die abstrakten Arbeiten wiederum entziehen sich dem Verständnis vieler Betrachter.

Am wichtigsten sei es, hatten im Frühjahr zahlreiche Besucher sowohl in Moskau wie in Leningrad dankbar in die ausgelegten Notizbücher geschrieben, die Kunst des Westens überhaupt kennenlernen zu können. „Zeigt uns mehr davon!".

FRIED H. NEUMANN

Stieftöchter der Emanzipation (III): Ricarda Huch, die Schriftstellerin des gelassenen Widerstands

„Herrliche Frau mit Kraft, Geist und Mut"

Als 1933 das „Reich der Hölle" anbricht, ist Ricarda Huch achtundsechzig Jahre alt. Die bedeutenden Erzählwerke „Aus der Triumphgasse" (1902), „Lebenslauf des heiligen Wonnebald Pück" (1905), „Der Fall Deruga" (1917) und die kulturhistorischen Abhandlungen „Die Romantik" (1908) und „Der große Krieg in Deutschland" (1912/14) haben ihren internationalen Ruhm begründet, während der dritte Band der „Deutschen Geschichte" wegen ihrer Auffassung von Freiheit und Beschränkung der Zentralgewalt bei den nationalsozialistischen Machthabern auf wütenden Widerstand stoßen wird.

Ricarda Huch, 1864 in Braunschweig geboren, stammt aus einer literarischen Dynastie: der Bruder Rudolf sowie die Vettern Felix und Friedrich, ein Enkel Friedrich Gerstäckers, sind Schriftsteller; mütterlicherseits ist sie mit jener Catharina Dorothea Viehmann verwandt, der die Brüder Grimm die Überlieferung mehrerer Volksmärchen zu verdanken haben. Bereits die Sechsjährige führt Tagebuch, das sie 1946 kommentiert herausgibt; den Erlös stiftet sie für den Wiederaufbau Jenas, wo sie seit 1936 lebt.

1950 erinnert sich Alfred Döblin an diese „herrliche Frau mit Kraft, Geist und Mut, ‚Ihr werdet niemals ihresgleichen sehen'". Ricarda Huchs Konflikt mit der Macht beginnt zwei Wochen nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler.

14. Februar 1933: In Berlin rufen Plakate zur Aktionseinheit von SPD und KPD auf; zu den Unterzeichnern gehören Käthe Kollwitz und Heinrich Mann. Der Präsident der Preußischen Akademie, Max von Schillings, legt Heinrich Mann, dem Vorsitzenden der Sektion, den Rücktritt nahe: Er nimmt an und scheidet, wie Käthe Kollwitz, aus der Akademie aus. Döblin protestiert energisch; Benn beginnt seine widerliche Rolle zu spielen. In der März-Sitzung bringt er eine Resolution ein, die allen Mitgliedern zur schriftlichen Abstimmung vorgelegt werden soll: „Sind Sie bereit, unter Anerkennung der veränderten geschichtlichen Lage weiter Ihre Person der Preußischen Akademie der Künste zur Verfügung zu stellen? Eine Bejahung dieser Frage schließt die öffentliche politische Betätigung gegen die Regierung aus und verpflichtet Sie zu einer loyalen Mitarbeit."

Die Sektion hat 27 Mitglieder, 18 antworten mit „Ja". Rudolf Pannwitz, Thomas Mann und Alfred Döblin erklären ihren Austritt; acht Mitgliedern wird am 5. Mai mitgeteilt, daß sie nach der „Neuordnung der kulturellen staatlichen Institute" aus der Akademie ausgeschlossen worden sind. Fünf Tage danach brennen die Bücher.

Am mutigsten und unmißverständlichsten reagiert Ricarda Huch auf die berüchtigte „Loyalitäts"-Erklärung. 16. März: Sie bestreitet die Kompetenz des Präsidenten, ihr „eine Frage von so unübersehbaren Konsequenzen vorzulegen", und lehnt es ab, „sie zu beantworten". Von Schillings argumentiert mit „politischen Umwälzungen". 24. März: „Dies Ja kann ich aber um so weniger aussprechen, als ich verschiedene der inzwischen von der neuen Regierung vorgenommenen Handlungen auf das schärfste mißbillige." Der Präsident versucht, ihre „deutsche Gesinnung und nationale Einstellung" gegen sie auszuspielen. 9. April: „Was die jetzige Regierung als nationale Gesinnung vorschreibt, ist nicht mein Deutschtum. Die Zentralisierung, den Zwang, die brutalen Methoden, die Diffamierung Andersdenkender, das prahlerische Selbstlob halte ich für undeutsch und unheilvoll."

Der Brief endet mit dem Satz: „Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Akademie." Da ihr Name weiterhin auf der Mitgliederliste geführt wird, verbittet sie sich auch das ausdrücklich. Die ihr 1934 zuerkannte Ehrengabe der Akademie (500 RM) weist sie zurück und regt an, den Betrag für Kollegen zu verwenden, die „noch wehrloser" sind als sie. Die „innere Emigration" beginnt. Einige ihrer Bücher werden auf den Polizeiindex und auf die „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums" gesetzt.



Ein Leben lang im Konflikt mit der Macht: Ricarda Huch (1864–1947) FOTO: DIE WELT

1937 äußert sie sich freimütig zur „Judenfrage", wird von einem SS-Führer denunziert und zusammen mit ihrem Schwiegersohn Franz Böhm in ein Verfahren wegen „Vergehens gegen das Heimtückegesetz" verwickelt. Böhm verliert seine Professur, sie und ihre Tochter werden verhört. Als der Prozeß nach der von Hitler verfügten Amnestie von 1938 niedergeschlagen wird, erhebt sie Einspruch und will das Verfahren erzwingen, was ihr nicht gelingt. Böhm knüpft neue Verbindungen zum Widerstand: Goerdeler, Graf Yorck und Ernst von Harnack gehören zu ihrem Kreis; sie lernt „einen jungen Pfarrer" kennen, der ihr vom Schicksal Martin Niemöllers berichtet: Es ist Helmut Gollwitzer. Sie fühlt sich „innerlich krank", ihre Briefe spiegeln die Verzweiflung wider: „Das ganze Volk sollte aufstehen und sich wehren." (15. 11. 1941)

Dennoch findet sie Kraft, ihre literarische Arbeit fortzusetzen. Neben den Studien für den abschließenden Band der „Deutschen Geschichte" entstehen Gedichte, Autobiographisches und Erzählungen wie „Der falsche Großvater", eine Satire auf den nationalsozialistischen Ahnenkult.

Man verwehrt ihr Auslandsvisa, schließt sie aus Anthologien aus: Sie ist nicht zu beugen. Als sie vom Attentat des 20. Juli erfährt, faßt sie den Plan, „den Märtyrern ein Denkmal zu setzen": 1946 veröffentlicht sie den berühmten „Aufruf", in dem sie um Material über den deutschen Widerstand bittet.

Die Zweiundachtzigjährige recherchiert in den Trümmern von Berlin, in Jena spricht sie mit Hunderten aus den Familien der Betroffenen. Vorgesehen sind etwa achtzig Lebensläufe; nur weniges kann sie noch ausführen, darunter eine Skizze über die Geschwister Scholl. Das Auswahlprinzip bestätigt noch einmal ihre Haltung: es komme „nicht auf die Unschuld, sondern auf die Schuld an". In Günther Weisenborns Dokumentation „Der lautlose Aufstand" (1953) lebt ihre Idee in veränderter Form fort.

Das Ende des Krieges erwartet Ricarda Huch in Tautenburg bei Jena. Nachdem die Amerikaner, die ihr keinerlei Beachtung schenken, aus Thüringen abgezogen sind, nehmen die sowjetischen Besatzungsbehörden schon bald Kontakt zu ihr auf. Sie wird nicht nur mit Lebensmitteln und Kohlen versorgt, sondern auch in das neu erwachende demokratische Leben einbezogen. Als Ehrenpräsidentin des Kulturbundes und Alterpräsidentin des Thüringer Landtages fühlt sie zum ersten Mal öffentliche Wirksamkeit. Sie beschließt, in Jena zu bleiben; doch die Lage verändert sich schnell.

1946 wird in Thüringen gewählt. Als Jakob Kaiser in einer „sehr aufregenden Rede" das „Ostproblem" berührt, entzieht ihm ein sowjetischer Offizier (Ricarda Huch sitzt neben ihm) das Wort. Wo „schlecht" gewählt worden ist, werden Gas und Strom abgeschaltet. Junge Männer, die man beschuldigt, Werwölfe gewesen zu sein, verschwinden auf Nimmerwiedersehen. Die sowjetische Militäradministration verbietet die Festschrift zur Wiedereröffnung der Jenaer Universität; sie enthält einen Aufsatz Ricarda Huchs, in dem sie Gedanken aus ihrer „Deutschen Geschichte" entwickelt, die die Nazis so erbittert bekämpft hatten.

Nun ist sie entschlossen, zu ihrer Familie in den Westen überzusiedeln, der Antrag wird abgelehnt; im Herbst 1947 bereitet sie sich heimlich auf die Ausreise vor. Da sie zur Ehrenpräsidentin des Ersten Deutschen Schriftstellerkongresses gewählt wird, der am 4. Oktober in Berlin tagt, kann sie Jena verlassen, ohne Argwohn zu erregen. In Westberlin besteigt sie den Zug nach Frankfurt am Main, nachdem sie noch drei Wochen Material für ihr Märtyrerbuch gesammelt hat. Am 17. November 1947 stirbt sie in Schönberg im Taunus.

Auf dem Kongreß hat sie ihre Freude darüber ausgedrückt, „daß Schriftsteller sich aus allen Zonen zahlreich eingefunden haben. Das gibt das Gefühl, in Deutschland zu sein, nicht nur in einem Teil, sondern im ganzen, einigen Deutschland... In der Zeit, als Italien von vielen fremden Fürsten regiert war, errichteten die Italiener in allen Städten ihrem größten Dichter Dante Denkmäler: es war das Symbol ihrer Einheit, die politisch nicht bestand." Der nächste Satz lautet: „Wir Deutschen hätten es nicht so leicht."

BERND JENTZSCH

JOURNAL

Pantheon in Rom wiedereröffnet

dpa, **Rom**

Touristen in Rom können jetzt wieder das Pantheon besichtigen. Die vor fünf Monaten begonnenen Restaurierungsarbeiten an dem zur Kirche umgestalteten Tempel wurden unterbrochen, damit das 2000 Jahre alte Gebäude wenigstens im Haupturlaubsmonat (August) betreten werden kann. Das Pantheon war im vergangenen März geschlossen worden, nachdem sich ein Stück des Deckenputzes gelöst und einen deutschen Touristen verletzt hatte. Nicht zu besichtigen sind in Rom weiterhin die Trajanssäule, die Triumphbögen der Kaiser Konstantin und Septimus Severus, die Reiterstatue des Kaisers Marc Aurel auf dem Kapitol sowie viele andere Monumente, die restauriert werden.

Saline Lüneburg wird Industriedenkmal

Hdt. **Bielefeld**

Die unter Denkmalschutz stehenden Gebäude der alten Saline Lüneburg, einer der ersten industriellen Großbetriebe Europas, werden auch in Zukunft erhalten bleiben und zum Industriedenkmal ausgebaut werden. Wesentliche finanzielle Hilfestellung gibt dazu die Edeka Handelsgesellschaft Lüneburg, die das Grundstück erwarb und hier gegenwärtig einen Neukauf-Markt errichtet, der unter gleichem Dach ein Saline-Museum enthalten wird. Außerdem stellt sie der Stadt unentgeltlich die Grundstücksteile mit den noch erhaltenen, unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden des alten Siedehauskomplexes zur Verfügung. Der materielle Wert dieser übereigneten Flächen beträgt allein 1,7 Mill. DM.

Marcel-Marceau-Schule in der Toskana

AFP, **Montepulciano**

Eine internationale Pantomimenschule will der Franzose Marcel Marceau in Montepulciano bei Siena einrichten. Die Schule soll sommers arbeiten, im Wechsel mit der bereits bestehenden Pantomimenschule in Paris, an der nur im Winter unterrichtet wird. „Der moderne Pantomime hat seine Wiege in Paris, wo Jacques Copeau und Jean Louis Barrault eine neue Ära eingeleitet haben", sagte Marceau, „aber in der Vergangenheit waren die Wiege das antike Griechenland und Rom." Er wolle mit der Entscheidung für Montepulciano auch ein Zeichen der Rückkehr zu diesen Quellen seiner wortlosen Schauspielkunst setzen. Die neue Schule, in der zunächst etwa 60 Schüler erwartet werden, nimmt im kommenden Jahr unter Marceaus Leitung die Arbeit auf.

Bilanz des Deutschen Theaters in Rumänien

rst. **Temeswar**

Insgesamt 146 Vorstellungen gab in der soeben beendeten Saison 1982–1983 das Deutsche Staatstheater in der rumänischen Stadt Temeswar. Sie wurden von 30 157 Zuschauern, also von durchschnittlich 210 je Vorstellung, besucht. In der vergangenen Spielzeit wurden neun Premieren aufgeführt, darunter Gogols „Die Heirat" und Ibsens „John Gabriel Borkman". Großes Interesse fand das Unterhaltungsprogramm „Mitgesungen, mitgelacht" mit 67 Vorstellungen.

Römischer Gutshof bei Regensburg ausgegraben

dpa, **Regensburg**

Eine römische „Villa rustica", ein 1700 bis 1900 Jahre alter Gutshof, ist auf dem Gelände der geplanten BMW-Zweigfabrik am Stadtrand von Regensburg entdeckt worden. Bisher wurden die Grundmauern des Wirtschaftsgebäudes, ein Trokkenraum für Hülsenfrüchte sowie Reste von Herdstellen, Keramikbrennöfen und befestigten Palisadenzäunen freigelegt. Dazu kommen Werkzeuge und Bruchstücke einer steinernen Getreidemühle. Alle Siedlungsspuren werden mit Zeichnungen und Fotos dokumentiert, weil sie später überbaut werden. Nur solche „mobilen" Funde wie die Werkzeuge und die Kornmühle kommen ins Museum.

Zensur für ausländische Kamerateams in Indien

AFP, **Neu-Delhi**

Keine Drehfreiheit mehr haben ausländische Filmregisseure und Fernsehteams in Indien. Künftig werden begleitende Verbindungsoffiziere darüber wachen, daß die Kameras keine „negative Werbung" für Indien betreiben. Sollten die Betroffenen geforderte Schnitte ablehnen, kann das Filmmaterial konfisziert oder dessen Ausfuhr untersagt werden.

Zum dritten Mal: Die Freiburger Jazztage

DW. **Freiburg**

Nach zweijähriger Pause finden vom 4. bis 5. November die dritten Freiburger Jazztage statt. Die Schwerpunkte bei diesem Jazz-Wochenende werden Jazz-Rock und Funk, Vocals sowie Bebop und Hard Bop sein. Die Freiburger Jazztage sind eines der wenigen Festivals, das seinen Etat nahezu ausschließlich aus Eintrittsgeldern finanziert.

Der gute Tip ist bald Geldes wert

Kölner Modell: Gebühren für Verbraucherberatung

AP, **Frankfurt**

Auch Geldnot macht erfinderisch. Da sich Bund und Länder nicht über die weitere Finanzierung der ohnehin mager ausgestatteten Verbraucherberatung einigen können, geht die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen jetzt eigene Wege. Die Kölner Zweigstelle startete ein Pilotprojekt, bei dem Ratsuchende für bestimmte Dienstleistungen bezahlen müssen. Die Stadt Münster folgt am 1. September mit einem weiteren, zeitlich befristeten Modell. Verbraucherorganisationen und Politiker reagieren noch mit Wohlwollen, obwohl bereits Befürchtungen laut wurden, daß das zweigleisige Beratungssystem das Prinzip der Gemeinnützigkeit unterlaufen könnte.

„Es kommen immer mehr Leute mit immer schwierigeren Problemen, und es ist nicht einzusehen, warum diese Verbraucher nicht für einen Zusatzservice bezahlen sollen, wenn sie hinterher x-fach davon profitieren", sagt *Karl-Heinz Schaffartzik*, Geschäftsführender Vorstand der Verbraucherzentrale in Düsseldorf. „Wir können doch nicht in einer von Tag zu Tag unbefriedigender werdenden Lage verharren, sondern müssen uns etwas einfallen lassen, wie wir die Verbraucherberatung aufrechterhalten und, wo möglich, ausbauen können." Nach Berechnungen der Düsseldorfer Zentrale bearbeiten im Landesdurchschnitt zwei Berater rund 30 000 Anfragen pro Jahr. Wenn die Büros im Ballungsraum des Ruhrgebiets nicht chronisch unterbesetzt wären, so eine Schätzung der Zentrale Nordrhein-Westfalen, „hätten wir eine quantitative Zunahme von zehn Prozent".

Die Beratungsstellen für Verbraucher registrieren gerade bei der besserverdienenden Mittelschicht ein zunehmendes Bedürfnis an intensiver Individualberatung, die aber aus Steuermitteln allein nicht finanziert werden kann. „Moralische Bedenken, wie öffentliche Gelder eingesetzt werden, gibt es da nicht, sondern wir fragen pragmatisch, wie Angebot und Nachfrage in Einklang miteinander gebracht werden können", erklärt Schaffartzik den Kölner Ansatz. Er glaubt nicht, daß über die Kostenbeteiligung der Verbraucher ein Zwei-Klassen-System eingeführt werden könnte. Im Gegenteil erhöhe die Möglichkeit, zusätzlich Geld hereinzuholen, die Qualität der Beratung: „Wir können dann einen breiteren und fundierten Service für mehr Kunden bieten." Allerdings bleibe natürlich das Grundsatzproblem, wie hoch die Gebührenschwelle sein dürfe.

Neben der weiterhin kostenlosen kurzen Routineberatung können die Kölner gegen eine Gebühr von 36 Mark ein auf ihren Fall maßgeschneidertes Beratungssgespräch führen. Nach dem Sozialplan der Kölner ermäßige sich diese Gebühr um die Hälfte für Rentner, Studenten sowie einkommensschwache Ratsuchende. Mit oder ohne Gebühr erfüllt die Verbraucherberatung aber nach Ansicht der nordrhein-westfälischen Zentrale unverändert ihre Funktion, eine „gegengewichtige Markttrasparenz" herzustellen. Entscheidend, so Schaffartzik, sei und bleibe, daß die Verbraucherberatung ihre ordnungspolitische Aufgabe löse, die Angebote des Marktes effizienter zu machen.

Die verbrauchspolitische Sprecherin der SPD, Anke Martiny, plädierte derweil für ein Konzept, das es den Verbraucherzentralen ermögliche, Eigeneinnahmen zu erwirtschaften. Es gehe nicht an, einfach Mittel zu kürzen und die Beratungsstellen ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) in Bonn fand „gewisse kostendeckende Beträge" in Ordnung.

Der Bund hat seit 1980 seine Sachaufwendungen für die Verbraucherberatung nicht erhöht. Nach Auskunft des Bundeswirtschaftsministeriums zahlte Bonn 1981 Zuschüsse von 5,6 Millionen Mark, 1982 rund 5,5 Millionen Mark, und für 1983 sind im Etat 5,7 Millionen Mark angesetzt. Das Aufkommen der Bundesländer für den Verbraucherschutz betrug im vergangenen Jahr knapp 15 Millionen Mark, von denen das Land Nordrhein-Westfalen mit 7,5 Millionen Mark den höchsten Eigenanteil besaß. Das Saarland bildete das extreme Gegenbeispiel, das im Rahmen der Mischfinanzierung 90 Prozent seiner Verbrauchermittel aus Bonn erhielt.

Die Querelen zwischen Bund und Länder *um die Mischfinanzierung* bilden den Hintergrund für die Schwierigkeiten des Verbraucherschutzes. Es geht dabei um finanzverfassungsrechtliche Bedenken gegen eine institutionelle Förderung des Verbraucherschutzes durch den Bund. Seit ein Beschluß des Bonner Haushaltsausschusses vom 2. Juli 1980, läßt eine Lösung auf sich warten. Danach bleibt die Bundesregierung aufgefordert, „sich mit den Ländern dahin zu verständigen, daß die in den Zuständigkeitsbereich der Länder fallenden Aufgaben im Rahmen der Verbraucherberatung von den Ländern gefördert werden sollen".



Ein zeitgenössischer Stich aus den guten Tagen der holländischen Dreimastbark „T' Vliegend Hert" (Bildmitte).

250 Jahre ruhte nagelneuer Schatz im Meer

ELFRUN JACOB, **Vlissingen**

In Vlissingen knallten gestern die Champagnerkorken. Das vor knapp 250 Jahren gesunkene Schiff „T' Vliegend Hert" der Vereinigten Ostindischen Compagnie hatte britischen Tauchern einen reichen Goldschatz beschert. In 20 Meter Tiefe bargen die Sporttaucher aus dem Wrack eine mannshohe Kiste mit 2000 holländischen Golddukaten und 5000 spanischen Silber-Realen. (s. WELT v. gestern). Ein Fund, den Kenner für einmalig in der Welt erachten. Die Höhe der Beute ist noch gar nicht zu überblicken.

Im staatlichen Münzkabinett im Haag läßt Direktor Jacobi die funkelnden Goldmünzen durch die Finger gleiten: „Schon den Goldgehalt schätze ich auf mindestens 300 000 Mark. Logisch, daß der antiquarische Wert weit höher liegt."

Die Golddukaten wurden 1729 in Holland geschlagen. Sie sind prägefrisch, wurden noch nie benutzt, und so sehen sie auch aus: „Phantastisch erhalten", schwärmen Numismatiker, auch wenn der Glanz über die Jahrhunderte matt geworden ist. Das Geld war in Säcken zu je 100 Münzen verpackt. Dazwischen lag Torf, um Beschädigungen vorzubeugen. Dagegen hat das spanische Silbergeld, das augenscheinlich nicht ganz so liebevoll verpackt worden war, schwer im Seewasser gelitten. volle vier Tage dauerte es noch, nachdem die Taucher in dem trüben Wasser ihre Beute geortet hatten, bis man die metallbeschlagene Kiste aus schwerem Eichenholz hochhieven konnte. Die Taucher benutzten dazu Luftballons, die unter Wasser mit Preßluft aufgeblasen wurden.

Zehn Prozent des Fundes gehören dem niederländischen Staat, der über verschlungene juristische Pfade Rechtsnachfolgerin des berühmten Handelsimperiums „Vereenigde Oostindische Compagnie" geworden ist. Die übrigen 90 Prozent gehen auf die Konten der beiden Engländer Rex Cowan und John Rose sowie ihre North Sea Archeological Group – eine Gruppe, die sich auf die Suche nach historischen Wracks spezialisiert hat. Noch Anfang des Jahres war die Prämie für den holländischen Staat mit 25 Prozent sehr viel günstiger bemessen. Als sich jedoch für die Schatzsucher eine Pleite anzubahnen schien, reduzierte der Staat seinen Anspruch, um die Suche nicht einschlafen zu lassen.

Am 3. Februar 1735 war die 45 Meter lange Dreimastbark von Fort Ramsake auf der Insel Walcheren in See gestochen. Hauptzweck: Die *Lohngelder* für die Ostindische Kompanie nach Batavia, dem heutigen Djakarta, zu bringen. Schon elf Stunden später strandete das Schiff auf einer der tückischen Sandbänke in der Scheldemündung. Das gleiche Schicksal traf übrigens das Schwesterschiff „Anna Catherina": mehr als 500 holländische Seeleute ertranken bei fieser Katastrophe in den eisigen Winterfluten. Möglicherweise hatte der Kapitän der „T' Vliegend Hert" Cornelis von der Horst bei dem Sturm ein verhängnisvolles Kommando gegeben, als er Segel setzen ließ.

Die Wracks versanken, wurden vergessen, bis fer Utrechter Archäologe Professor Schilder das Wrack der „T' Vliegend Hert" auf einer uralten Schiffskarte ortete. Das war vor vier Jahren. Über das Rijksmuseum von Amsterdam, wo die Karte zu sehen war, wurden die britischen Bergungsspezialisten aufmerksam. Doch die Aktion gestaltete sich jahrelang *mehr* als enttäuschend. Außer einer Bronzekanone, einige Pfeifen, einem Zinnteller aus dem Jahre 1724 und einer Reihe dickbauchiger, versiegelter Flaschen mit Rot- und Weißwein fand man bis zu diesem sensationellen Fund so gut wie nichts. die Engländer wollten schon aufgeben und wurden erst durch den teilweisen Prämienverzicht des holländischen Staates zum Weitermachen bewogen.

Nun aber ist an ein Aufgeben nicht mehr zu denken. Nach den Annalen sollen sich noch zwei Kisten in der Tiefe befinden, von denen allerdings eine zu Bruch gegangen sein muß. Taucher entdeckten rund 600 Münzen auf dem Meeresboden verstreut. *Die übrigen scheinen endgültig im* Schlick untergegangen zu sein. Die dritte Kiste läßt Taucher Rex Cowan, einen früheren Anwalt, nicht ruhen: „Die wollen wir uns auf jeden Fall noch angeln."

Palermos Kampf gegen die Mafia geht in eine neue Runde

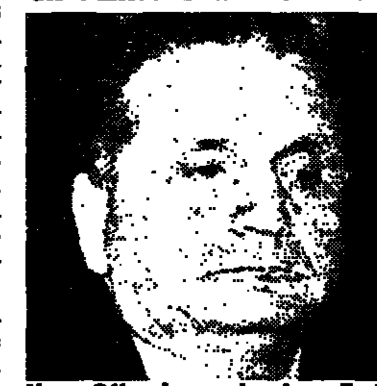
Nach dem Mord an Richter Chinnici geraten auch die Hintermänner ins Visier

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Der jüngste Mafia-Mord in Palermo, dem der Untersuchungsrichter Rocco Chinnici und mit ihm drei weitere Menschen zum Opfer fielen, hat erneut bewiesen, daß der italienische Staat bisher der sizilianischen Verbrecherorganisation unterlegen ist. Doch läßt die Reaktion der kleinen Schar mutiger Anti-Mafia-Spezialisten des örtlichen Richterstands darauf schließen, daß man endlich den Drahtziehern, Organisatoren und Nutznießern der Mafia auf der Spur ist. Zum ersten Mal sind verschiedene als unantastbar geltende Persönlichkeiten festgenommen worden. Ihre Namen werden geheimgehalten. Sicher ist aber, daß es sich nicht um Berufskiller und ausführende Organe, sondern Großverdiener des sizilianischen Wirtschaftslebens handelt.

Unter Beschuß sind außerdem Ignazio und Nino Salvo geraten, die eine richterliche Vorladung erhalten haben, ihr jedoch bisher nicht nach*gekommen sind. Ignazio* Salvo und sein Neffe Nino genossen Jahrzehnte lang das Vertrauen des italienischen Staates. Besorgten *sie doch bis vor* kurzem die Eintreibung der Steuern. Ein einträgliches Geschäft, das sie zur mächtigsten Finanzgruppe der Insel werden ließ. Sie rühmten sich ganz offen dieser Machtstellung.

Giovanni Falcone, der im Auftrag des ermordeten Rocco Chinnici in Thailand die Verflechtung der Mafia mit dem dortigen Drogenhandel durchleuchtete, hat nach seiner Rückkehr den Stein ins Rollen gebracht. Er war der engste Mitarbeiter und Vertraute Chinnicis. Unter Verwendung der geheimen Unterlagen, die man in der Wohnung des toten Richters fand, und im Verein mit den anderen überlebenden Spezialisten hat er die Jagd auf den Generalstab der Mafia-Holding eröffnet. Es sieht ganz danach aus, als ob es nun doch den Hintermännern der vielen Morde an den Kragen ginge.



Neue Offensive nach seinem Tod: Richter Rocco Chinnici. FOTO: AP

Der Erfolg dieser neuen Phase der Anti-Mafia-Operation hängt freilich davon ab, wie Rom in Zukunft diesen *Kampf unterstützen will. In diesem* Sinne hat die christdemokratische Bürgermeisterin von Palermo, Elda Pucci, einen Brief an den neuen Regierungschef Bettino Craxi gerichtet, in dem die dramatische Situation der von der Mafia beherrschten Stadt geschildert wird.

In der Wachau inszeniert ein Weltstar seinen eigenen Niedergang

Alkohol *ruiniert* Oskar Werner / Publikumsbeschimpfung bei Werner-Festwochen in Krems

KURT POLLAK, **Wien**

Im malerischen niederösterreichischen Wachau-Städtchen Krems an der Donau geht in diesen Tagen die persönliche Tragödie eines Schauspielers, der noch immer als Weltstar gilt, über die Bühne. Oskar Werner (62), heute von Alkohol gezeichnet, besaß den Mut, aus eigener Tasche und mit großem propagandistischen Aufwand seinen Schwanengesang zu inszenieren, in dem er die rebenumkränzte Wachau zum Schauplatz von „Oskar-Werner-Festwochen" machte. Als „Prinz von Homburg" und mit Dichterlesungen wollte der ehemalige Burg- und Filmschauspieler, der für seine Rolle in dem Film „Das Narrenschiff" einen Oscar bekam, ein Comeback versuchen.

Doch Oskar Werners ständiger Begleiter, der Alkohol, ließ den guten Vorsatz im Keim ersticken. Schon nach den ersten Proben schrieb das österreichische Nachrichtenmagazin „Profil": „Was sich vor unser aller Augen vollzieht, ist die Selbstzerstörung des Mythos Oskar Werner. Ein Betrunkener, der abgemagert und verwüstet einer fassungslosen, biederen Kremser Wirtsfamilie die tyrannische Launenhaftigkeit eines Weltstars vortobt, der sich mit echten Tränen vor dem Kitschaltar seiner Selbstvergötzung prostituiert, während er gegen das Hurengewerbe der Schauspielerei zetert . . ."

Oskar Werners künstlerischer und menschlicher Abstieg manifestierte sich schon in den ersten Apriltagen, als er während einer Dichterlesung in der Kremser Minoritenkirche sein spärlich erschienenes Publikum, das sein unverständliches Geplapper nicht verstand, mit den Worten beschimpfte: „Ihr Bauernlümmel, warum seid's ihr überhaupt gekommen?"



Fiasko beim Comeback-Versuch: Oskar Werner FOTO: DPA

Auch im Kulturamt der Stadt Krems weiß man von des Mimen Launen ein Lied zu singen: „Herr Werner beschimpfte uns alle unflätig, wenn wir nicht sofort seinen undurchführbaren Plänen zustimmten. Außerdem war er dauernd betrunken."

Am Sonntagabend schließlich wurde die ausverkaufte Premiere des „Prinz von Homburg" zu einem totalen Debakel. Von den 500 Premierengästen hatte zur Pause die Hälfte den Saal verlassen. Kritiker erklärten übereinstimmend: „Eine insgesamt sehr problematische Aufführung. Oskar Werner selbst sprach sehr verwässert in der Artikulation. Dreiviertel des Textes ging unter. Das sagt *wohl alles . . ."*

WETTER: Sonnig

Wetterlage: An der Südostflanke einer von den Azoren bis nach Skandinavien reichenden Hochdruckbrücke wird Warmluft nach Deutschland geführt.



Vorhersage für Dienstag:

Gesamtes Bundesgebiet und Raum Berlin: heiter und trocken. Tageshöchsttemperaturen 25 bis 30 Grad, nächtliche Tiefstwerte 16 bis 12 Grad. *Schwachwindig.*

Weitere Aussichten:

Fortdauer des sommerlich warmen Hochdruckwetters.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	22°	Kairo	30°
Bonn	24°	Kopenh.	22°
Dresden	17°	Las Palmas	24°
Essen	23°	London	20°
Frankfurt	21°	Madrid	22°
Hamburg	23°	Mailand	23°
List/Sylt	22°	Mallorca	31°
München	19°	Moskau	22°
Stuttgart	21°	Nizza	27°
Algier	27°	Oslo	19°
Amsterdam	23°	Paris	23°
Athen	28°	Prag	20°
Barcelona	21°	Rom	24°
Brüssel	22°	Stockholm	28°
Budapest	23°	Tel Aviv	31°
Bukarest	23°	Tunis	32°
Helsinki	23°	Wien	19°
Istanbul	26°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 5.59 Uhr, Untergang: 20.55 Uhr; **Mondaufgang:** 7.47 Uhr, Untergang 22.16 Uhr.
*in MEZ, zenraler Ort Kassel

Ein wissenschaftlicher Skandal mit Fragezeichen

JOCHEN AUMILLER, **München**

Falschspiel oder Intrige – auf diese Frage läuft die Diskussion um den international renommierten Schweizer Wissenschaftler Professor Karl Illmensee, Genf, hinaus. Ihm wird von engsten Mitarbeitern, ebenfalls angesehene Wissenschaftler, vorgeworfen, Versuchsprotokolle gefälscht zu haben – für Wissenschaftler ein Kapitalverbrechen.

Illmensee tat sich in den letzten Jahren durch Manipulationen an Zellkernen hervor. Der Zellbiologe verpflanzte den Kern einer Mäuse-Krebszelle in die befruchtete Eizelle eines anderen Mäusestamms, um somit grundlegende Wachstumsgesetzmäßigkeiten aufzudecken. Seine Versuche sind außerordentlich schwierig und zeitaufwendig. Sie konnten von anderen Forschergruppen bislang nicht nachvollzogen werden. Und Illmensee, von einer amerikanischen Untersuchungskommission zur Wiederholung der Experimente aufgefordert, lehnt ab. Wie er jetzt in „Bild der Wissenschaft" sagt, wäre er damit einfach überfordert: „Man macht sich keine Vorstellungen, wieviel Zeit und Mühe in diese biologischen Experimente eingehen." Die amerikanische Kommission war zu dem Ergebnis gekommen, daß es keinen Beweis für einen Betrug gebe, aber auch „keinen positiven Beweis für die wissenschaftliche Richtigkeit der Versuche".

Die Affäre hatte der Vizerektor der Universität Genf, Marcel Guenin, ins Rollen gebracht. Er bezichtigte im Mai Illmensee öffentlich der Fälschung von Versuchsprotokollen. Dabei gerieten nicht nur seine Versuche mit Mäuse-Zellkernen unter den Verdacht, getürkt zu sein, sondern auch frühere Versuche, die weltweit Schlagzeilen gemacht hatten. Illmensee berichtete als einer der ersten über die erfolgreiche Klonierung, also die Erzeugung genetisch völlig identischer Lebewesen.

Ob sich Illmensee tatsächlich eines Vergehens der Wissenschaftskriminalität schuldig gemacht hat, läßt sich noch nicht absehen. Es gibt jedoch immer mehr Stimmen, die meinen, Illmensee sei einer Hausintrige zum Opfer gefallen und die Anwürfe seien bei kritischer Betrachtung unbegründet. Illmensee selbst besteht auf einer lückenlosen Aufklärung des Skandals, allerdings nicht durch ein Genfer Gremium, sondern durch eine internationale Wissenschaftler-Kommission. Das lokale Klima sei derart vergiftet, so Illmensee, daß objektive Urteile kaum zu erwarten seien. Der Wissenschaftler hat inzwischen eingestanden, *an den Protokollen nach*gebessert zu haben: „Zufällige Fehler, wie etwa eine Verwechselung des Datums oder der Protokollnummer, sind mir unterlaufen, und nachdem ich sie bemerkt hatte, habe ich sie korrigiert."

Vorerst aber steht Illmensees wissenschaftlicher Ruf auf dem Spiel. Ein in seiner Tragweite bislang beispielloser Skandal in Europa. In den USA sind solche Affären wenn auch nicht an der Tagesordnung, so doch *recht häufig. Die Forscher-Gemeinde* hält über solche Selbstreinigungsprozesse ihren Ruf und Standard aufrecht. Dieser Tage bewegen neben dem Schweizer Fall noch zwei weitere die amerikanischen Gemüter. Einmal trickste ein Kardiologe nachweislich bei der Prüfung eines Herzmedikaments, im anderen Fall ist ein Krebsforscher beim Spiel mit gezinkten Daten *ertappt worden*. Der an der ehrenwerten Harvard-Universität in Boston „entlarvte Herzbube" ist für die nächsten zehn Jahre von staatlichen Forschungsgeldern abgenabelt worden – das Ende für jede Wissenschaftlerkarriere in den USA.

Besonders schlimm scheint es bei den Medizinern zuzugehen. In einer der letzten Ausgaben des renommierten „New England Journal of Medicine" wurden gleich zwei Arbeiten widerrufen, die 1979 und 1981 erschienen. Untersuchungskommissionen konnten für viele der angeblich *studierten Patienten keine Unterla*gen finden. Aus vorhandenen Krankengeschichten ging zudem hervor, daß sich die Angaben im Krankenblatt und in der wissenschaftlichen Publikation in vielen Fällen widersprechen.

Warum, so mag man fragen, sind bisher aus der Bundesrepublik Deutschland noch keine ähnlichen Vergehen bekannt geworden? Sollten amerikanische Wissenschaftler besonders anfällig für betrügerische Machenschaften sein? Einige Verstöße wurden auch hierzulande ruchbar – man vermied es jedoch peinlichst, daraus Affären werden zu lassen: Schwarze Schafe tauchen unter – ohne juristische und journalistische Begleitmusik.

Ölpest nahm Kurs auf das offene Meer

dpa, **Kapstadt**

Der fast 500 Quadratkilometer große Ölteppich, der am Wochenende durch den Untergang des spanischen Großtankers „Castello de Bellver" entstand, treibt von der südafrikanischen Küste fort. Gerade noch rechtzeitig hatte am Sonntag der Wind nach Durchzug einer Kaltfront von Nordwest auf südost gedreht. Die Experten jubeln: „Wir können uns keine bessere Wetterlage denken." Nun besteht Aussich, daß die riesige Öllache vom kalten Benguela-Strom weiter in den *Südatlantik hinausgetragen* wird.

Für den fischreichen Küstenstreifen zwischen Kapstadt und der Saldanha-Bucht ist die Gefahr einer Ölverschmutzung jedoch noch nicht gebannt. Der Heck-Teil des Tankers mit einem großen Teil der ursprünglichen Ölladung von 250 000 Tonnen ist am Sonntagmorgen 25 Seemeilen westlich der Saldanha-Bucht gesunken. Ausfließendes Öl kann noch ein ganzes Jahr lang die Küste und den Meeresboden der ertragreichen Langusten-Fanggebiete vernichten. Seit Sonntag werden ölverklebte Pinguine im Meer gefunden.

Die Bugsektion des Tankers ist von dem südafrikanischen Hochseeschlepper „John Ross" fast 30 Kilometer weit vom Unfallort weggezogen worden. Der stärkste Schlepper der Welt macht mit dem hoch aus dem Wasser ragenden Bug bis zu zwei Seemeilen Fahrt. Sein Standort wurde gestern als „65 Kilometer westlich von Cape Columbine" angegeben. Die drei vermißten Seeleute der 36köpfigen Besatzung wurden auch gestern nicht gefunden.

Skandal zieht Kreise

hey. **Bonn**

Die Grünen haben einen neuen Skandal: Drei ihrer Fraktionsmitarbeiterinnen haben sich in einem Flugblatt dagegen gewehrt, daß sie von einem der Abgeordneten sexuell belästigt worden sind. Nach einem Bericht von „Bild am Sonntag" soll es sich bei ihm um den Vorsitzenden des Forschungsausschusses, den hessischen Grünen Klaus Hecker, handeln. Mit dem Vorfall will sich heute auf einer nichtöffentlichen Sitzung die Fraktion befassen.

Aufgrund der Veröffentlichung wollen die Grünen jetzt eine Dokumentation „über Fälle sexueller Ausbeutung am Arbeitsplatz im gesamten Bundesgebiet" erstellen.

Sommer-Comeback

AP, **Frankfurt**

Bei wenig bewölktem Himmel hat sich gestern der Sommer in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland wieder eingestellt. Wie die *Meteorologen* vom Deutschen Wetterdienst in Offenbach versprachen, werden die Temperaturen zur Wochenmitte wieder die 30-Grad-Marke erreichen. Für Donnerstag allerdings wurde besonders im südwestlichen Teil Deutschlands eine Gewitterfront angekündigt. Ein Tiefdruckgebiet *ziehe* aus Spanien über Frankreich heran und werde große Niederschlagsmengen mit sich bringen.

Häftlinge geflohen

rtr, **München**

Fünf Häftlinge im Alter zwischen 15 und 20 Jahren sind am späten Sonntag abend aus der bayerischen Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau im Landkreis Berchtesgadener Land ausgebrochen. Sie hatten in ihrer Gemeinschaftszelle zwei Gitterstäbe durchsägt.

Sicherungs-Schreck

dpa, ***Formia***

Mit einem Hilferuf haben sich die Eltern von Benedetto Gupino, der von übernatürlichen Kräften geplagt wird, an den italienischen Staatspräsidenten Sandro Pertini gewandt. Der 16jährige Junge aus Formia unweit von Rom läßt auf unerklärliche Weise elektrische Sicherungen ausrasten und verursacht Brände durch seine einfache Anwesenheit.

Arzt erstochen

dpa, **Lübbecke**

Mit durchschnittener Kehle ist gestern in seinem Zimmer im Personalheim eines Krankenhauses in Lübbecke ein 35jähriger indonesischer Arzt aufgefunden worden. Der Mediziner war nicht zum Dienst erschienen und daraufhin gesucht worden. Der Hintergrund des Verbrechens ist noch völlig rätselhaft.

Beben in Japan

AFP, **Tokio**

Ein Erdbeben der Stärke 5,8 auf der nach oben offenen Richterskala in Teilen Mittel- und Ostjapans hat gestern ein Todesopfer und mindestens 20 Verletzte gefordert. Der Haneda-Flughafen Tokios wurde aus Sicherheitsgründen für eine Viertelstunde geschlossen, um die Landepisten auf eventuelle Schäden hin zu überprüfen. *Das gleiche* galt für die Schnellstraßenverbindung zwischen Tokio und dem 80 Kilometer entfernten Kofu. Der zwischen Tokio und Shizuoka in Mitteljapan verkehrende Hochgeschwindigkeitszug fiel vorübergehend aus.

ZU GUTER LETZT

„In den Bäumen hingen Jacke und Leitwerk des Flugzeugs." Aus dem Bonner „Express"

